

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis vierteljährlich: 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustriertem Sonntagsheft „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Ostpreußen 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserations-Gebühr
 beträgt für die sechsgetragene Zeile oder deren Raum 40 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (fortgedruckt) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1982.

Mittwoch, den 21. Februar 1906.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Zur preussischen Schulreaktion.

In den trüben Gang der Beratungen der Schulgesetzkommission soll neuerdings ein etwas regeres Leben Einzug gehalten haben. Der Finanzminister hat, wie die „Frankfurter Zeitung“ zu melden wußte, verschiedene finanzielle Sorgen der rechtsstehenden Parteien gehoben. Was das bedeutet, ist unschwer zu erraten. Die den ostelbischen Junkern durch die neue Schulvorlage eingeräumte, geradezu monarchische Machtvollkommenheit gegenüber der Schule und ihren Lehrern war offiziell an die Voraussetzung größerer Leistungen der Gutsbezirke für die Schule geknüpft. Eine derartige unerhörte Zumutung an die Herren Junker, auch nur einen Pfennig mehr bezahlen zu sollen, hatte sie wie üblich, zu männlichem Widerstande aufgerüttelt. „Daß an dieser Klippe der Entwurf scheitern könnte, ist nicht ausgeschlossen“, so krächzte unheilvoll die agrarische Egeria in der „Deutschen Tageszeitung“.

Die hündlerfromme Bülowregierung wird diesen Wind mit dem Raumpfahl verstanden und ihm wohl auch bereits Folge geleistet haben. Die Agrarier werden schon im Besitze der finanzministeriellen Zusicherung sein, daß die Regierung ihnen die mit den neuen Rechten verknüpften finanziellen Pflichten abzunehmen und sie auf den Staatsfiskus zu übernehmen bereit ist. Nunmehr haben die Junker natürlich keinen Grund mehr, um die Kommissionsberatungen in die Länge zu ziehen; im Gegenteil können sie sich nur wünschen, daß sie ihre materielle Schärfe nach oben und nach rechts, und es fehlt ihm der Rückhalt im Volke. So ist er ein Spiel vor jedem Druck der Luft. Dabei verläuft auch die vom Liberalismus ins Leben gerufene Protestbewegung gegen die Schulverfassung ohne erhebende Momente und ohne Aussicht auf den geringsten Erfolg.

Freilich brauchen sich die Mehrheitsparteien durch die bürgerliche Protestbewegung gegen die Schulvorlage nicht aus der Gemütsruhe bringen zu lassen. Sie ist matt und ohne Durchschlagskraft wie der ganze Liberalismus. Es fehlt ihm die tühne, unbegrenzte Schärfe nach oben und nach rechts, und es fehlt ihm der Rückhalt im Volke. So ist er ein Spiel vor jedem Druck der Luft. Dabei verläuft auch die vom Liberalismus ins Leben gerufene Protestbewegung gegen die Schulverfassung ohne erhebende Momente und ohne Aussicht auf den geringsten Erfolg.

Der liberalen Schulopposition fehlt das Rückgrat. Sie kann sich nicht darauf berufen, daß ihr wirklich das Wohl der Schule am Herzen liegt, denn hohnlachend wird ihr in solchem Falle von links und rechts das Verhalten des Liberalismus in Staaten und Städten, wo er bestimmenden Einfluß besitzt, unter die Nase gehalten. Die bürgerliche Klasse besitzt kein ökonomisches Interesse an einer weiteren Gebung der Volksschule, ihre Ansprüche an die allgemeine Bildung der Arbeiter werden sogar geringer; darum ist es ökonomisch wohl zu erklären, daß die Freikonservativen und die Nationalliberalen, die Parteien der Großindustrie und der Schloßbarone, die 1892 noch zur Schulopposition gehörten, inzwischen völlig eingeknickt sind und sich zu den eifrigsten Befürwortern der Schulverfassung umgemauert haben.

Der regsamste der liberalen Schulpolitiker, Lehrer Lews, macht den Nationalliberalen in seiner soeben erschienenen Schrift („Die preussische Schulvorlage. Eine Abwehr.“) einen bitteren Vorwurf aus der Kadenbergschen Unterschrift unter dem Schulkompromiß. „Nachdem dies geschehen, war allem späteren Widerstande die Kraft genommen.“ Schon recht. Aber Lews darf nicht vergessen, daß die Nationalliberalen eine Stütze für ihren Umfall in der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten fünfzehn Jahre haben, und ferner sollte er auch bedenken, daß die gleichen harten Bemerkungen über Kapitulation vor reaktionären Mächten, mit denen er die Nationalliberalen regaliert, auch mit derselben Schärfe für seine eigenen Parteigenossen zutreffen. Der Liberalismus aller Linien hat so oft aus selbstischen Gründen die Interessen des Volkes verraten, daß er sich nicht einmal zum politischen Moralprediger nach rechts eignet. Um wieviel weniger steht den Liberalen ihr dreimalgeheiltes Ratgeben nach links an! Herr Lews beliebt es nämlich, die Arbeiterschaft mit folgenden Worten anzureden:

„Sie zerbrechen sich die Köpfe über den Zukunftsstaat und lassen es unterdessen unter Hohn und Spott auf die liberalen Idealisten geschehen, daß man ihren Kindern das geistige Brot verkümmert und damit die Bedingungen des geistigen und sittlichen Wachstums entzieht. Es ist ein Vergehen gegen die Lebensinteressen des Volkes, daß sich die Führer der Arbeiterschaft der positiven Mitarbeit an der Gestaltung des Volksschulunterrichts so lange entzogen haben. Mit einigen radikalen Phrasen ist da nichts getan. Hätte die sozialdemokratische Arbeiterschaft bei der Landtagswahl diejenigen liberalen Kandidaten, die volle Gewähr für eine Förderung der Volksschule bieten, unterstützt, so würden diese heute nicht in so verschwindender Minorität im Abgeordnetenhaus sitzen.“

Herr Lews ist sehr offenherzig und naiv. Wie kann er im Ernste der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zumuten, sie solle als Schutztruppe hinter dem lendenlahmen Liberalismus herlaufen? Wenn wirklich noch einige liberale Abgeordnete mehr gewählt worden wären, was wäre damit gewonnen worden? Nichts, gar nichts! Der Liberalismus würde sich darum genau so feige, opportunistisch und regierungsfürchtig benehmen, wie er es jetzt tut. Für die Volksschule würde nicht für eine Mark mehr herausgeholt werden.

Uebrigens ist es eine alberne Behauptung des Herrn Lews, daß die Sozialdemokraten sich den Kopf über den Zukunftsstaat zerbrechen, anstatt zu verhindern, daß ihren Kindern das geistige Brot verkümmert wird. Abgesehen von dem unausgeglichenen Vorwärtsdrängen liberaler Stadtverwaltungen durch die sozialdemokratischen Stadtverordneten hat die Sozialdemokratie auch gegen die preussischen Schulgesetzreaktionäre weit wirkungsvoller protestiert und demonstriert als der Liberalismus trotz seiner Vielgeschwätzigkeit. Die politische Ursache der Schulverfassungsbestrebungen ist das erbärmliche Dreiklassenwahlrecht. Würde dieses nicht sein, würde auch zum preussischen Landtage das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht Geltung haben, so wäre ein gesetzgeberisches Ungetüm wie die Schulinteraktionsvorlage einfach unmöglich gewesen. Der weiteren Verschlechterung der preussischen Volksschule wirkt man deshalb als der Liberalismus dadurch entgegen, daß man das allgemeine Wahlrecht, wie es für den Reichstag gilt, auch für den preussischen Landtag einzuführen sucht. Nichts hat aber diesen Bestrebungen einen so gewaltigen, hinreißenden Anstoß gegeben wie die Wahlrechtsdemonstrationen vom 21. Januar. Es sind die Liberalen, auch die näheren Freunde des Herrn Lews, die an dieser großen Demonstration herumrädeln und ihre Bedeutung zu vermindern suchen, anstatt mit Begeisterung, auch im Interesse der Volksschule, dafür einzutreten.

Zu gegebener Zeit wird die deutsche Arbeiterklasse zu einer ähnlichen oder noch imposanteren Befundung ihrer Meinung über das Dreiklassenparlament aufgerufen werden. Da wird sich dann wohl Gelegenheit finden, auch die Schulverfassung mehr in den Mittelpunkt der Protestreden zu rücken und die Notwendigkeit der Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zum preussischen Landtage auch von dieser Seite aus zu begründen.

Die Revolution in Russland.

Der Hunnenhänpfling Orlow in Riga.
 Was Riga wird uns vom 6. Februar geschrieben: General Orlow, der bisher die „Waffenübungsbereitschaft“ in Estland leitete, ist vorgestern abend in Riga eingezogen und hat sofort seine blutige Zerstörungsbearbeitung begonnen. Den ersten Heberfall hatte der Industrievorort zu ertragen. Hier hat der General, von dessen Grausamkeit ein jedes Kind in Estland zu erzählen weiß, und der in Balt allein über hundert Menschen hat erschlagen lassen, zuerst seine Kanonenläufe gegen das Gebäude des Abstinenzvereines „Morgenröte“ gerichtet und das schöne Gebäude, welches der örtliche Fabrikant A. Dambrowsky seinen Arbeitern gestiftet hatte, stark beschädigt. Das offizielle Telegramm, welches auch der „Vorwärts“ vor einigen Tagen abgedruckt hat, malt sich diese Plünderungsarbeit so zurecht, als ob hier ein bewaffneter Widerstand geleistet worden wäre. Wer könnte dieser besoffenen Bande, die mit Maschinengewehren arbeitet, auf offener Straße Widerstand leisten und was würde ein solcher Nutzen? Diese Annemärchen verbreitet die „Düna-Zeitung“ mit der Absicht, um der ganzen Welt zu beweisen, daß die Militärmacht in den Disseprowinzen noch lange nicht stark genug ist, um die Junker zu beschlagen. Wer diese Gräueltaten miterlebt hat, wie in der „Morgenröte“ der Dekonom von den Dragonern bearbeitet wurde und wie man den alten Holzfabrikanten Dambrowsky an einen Baum band und erschlagen wollte, wie der letztere seine Unschuld beteuerte, der wird sie nie vergessen. Den örtlichen Geistlichen gelang es schließlich, den Hunnenhänpfling Orlow von der Unschuld des Herrn D. zu überzeugen; er wurde befreit, hatte aber unterdessen seinen Verstand verloren und mußte ins Irrenhaus abgeführt werden. Der Dekonom wurde in barbarischer Weise getötet. Tschlich ging D. gegen den zweiten leitenden Abstinenzverein „Anselm“ vor. Hier kamen zwei Menschen ums Leben. So wird Orlow aller Wahrscheinlichkeit nach gegen alle Arbeitervereine vorgehen, die in der letzten Zeit (nach dem 30. Oktober) ihre Räume für Volksversammlungen gewährt hatten. Zugleich mit Orlow sind nach Riga alle Landgendarmen (Uzjadniks) gekommen, die jetzt die Hofhöfe und Einfahrtsstellen auf flüchtige Bauern untersuchen, vorläufig jedoch mit wenig Erfolg. In der darauffolgenden Nacht hat Orlow dann das Laboratorium des rigaischen Polytechnikums beschossen und viele wertvolle Sachen zerstört. Als Grund wird angegeben, daß von diesem Gebäude aus einmal auf Dragoner geschossen worden sei. In den anderen Vororten Rigas (am Jägersee) hat Orlow etwa 20 Arbeiter erschlagen lassen. Und diesen Denker schlägt der deutsche Adel als den richtigen Kandidaten zum Vorken eines baltischen Generalgouverneurs vor, weil der jetzige — Sissolugub abdanken will! Man nimmt an, daß in diesen Tagen Massenhinrichtungen und Arrestierungen stattfinden und ein Teil der Indastriellen (die Zahl dieser beläuft sich auf etwa 1200) hingetötet werden wird. Fürchtbar haben die Dragoner in der Umgegend von Riga gehaust: In Redenpöis hat man einen 25jährigen Agitator an eine Kiefer geschunden, ihm einen Sod über den Kopf gestürzt und dann erschossen. Zwei Bauern, die Proklamationen verteilt haben sollen, haben 50 bis 70 Rutenschläge erhalten. In Dingenberg sind 11 Menschen erschossen worden, darunter ein Mädchen, das angeblich eine rote Fahne genäht hat. In Dahlen sind 10 Häuser eingekerkert und mehrere Bauern erschossen worden. Wir sind gespannt auf die „Versöhnungsarbeit“, die Orlow in Riga selbst vornehmen wird.

Ein russisches Genrebild.

Aus dem kaukasischen Ort Schinwal im Gouvernement Tiflis erhält der „Russische Courier“ folgendes ergreifende Genrebild: Am 20. Januar machte sich unter der dortigen Ortsbevölkerung eine Aufregung bemerkbar, da herannahende Truppen signalisiert wurden und der Bevölkerung befohlen wurde, sich auf den großen Platz einzufinden. Bald kam auch der Truppenkommandant und richtete an die vieltausendköpfige vom Militär umzingelte Menge nachfolgende Ansprache: „Sehe Euch zehn Minuten zum Nachdenken. Ihr müßt folgende Forderungen erfüllen: Die Revolutionäre, das Geld der Organisationskasse und neun Verdangewehre ausliefern.“ Hierauf trat ein Greis vor und sagte: „Ew. Hochwohlgeboren! Wir alle, die wir hier antwefend sind, schwören, daß sich unter uns weder Revolutionäre, noch unzuverlässige Personen befinden. Vor Ihnen steht eine absolut friedliche Bevölkerung. Werden Revolutionäre kommen, so werden wir sie ausliefern. Für neun Verdangewehre, die wir nicht besitzen, wollen wir sofort bezahlen. Auch sonst wollen wir alle Ihre Forderungen erfüllen. Wir sehen Sie liebend — der Sprecher trüet und die ganze Menge, wie vom Schlege getroffen, fällt auf die Knie — machen Sie von uns keine unschuldbigen Opfer. ... Sollten Sie jedoch unsere Bitte nicht erhören, so soll uns Gott beistehen. Kniend erwarten wir die Entscheidung über unser Schicksal.“ Hierauf berührte der Greis mit seiner Stirn die Erde, was auch von der ganzen, noch immer knienden Menge befolgt wurde. ... Der Kommandeur begab sich zu den Offizieren, lehrte aber bald wieder zurück und sagte: „Für neun Verdangewehre zahlt Ihr sofort ein tausend Rubel, ferner habt Ihr neue Steuern zu zahlen, Rekruten zu stellen und diejenigen Häuser anzugeben, wo sich die Miliz aufgehalten hat.“ Die hocherfreute Menge brach in Freudentänen aus, eilte zur Stadt und wies auf zahlreiche „anrüchliche“ Häuser hin, die auch sofort zerstört wurden. ... Nach der Einsernung des Militärs lag Schinwal in Trümmern und der größte Teil seiner Bevölkerung ist bettelarm geworden. ...

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Februar.

Ablösung Pofadowskys durch Niederding.

Der deutsch-äthiopische Handelsvertrag wurde heute nach kurzer Debatte in erster und zweiter Lesung erledigt. Dann schritt die Beratung über den Rest des Etats des Innern rüstig vorwärts, so daß Graf Pofadowsky mit seinen Räten und einem Haufen Akten abziehen konnte, um seinem Kollegen vom Justizamt Platz zu machen.

Vorher hatte er jedoch noch eine Reihe von Wünschen verschiedener Art entgegenzunehmen, für die er wohlwollende Versprechungen hatte, da sie sehr beschwerlicher Natur waren. Nur in einem Falle schien ihm die Verhandlung über sein Ressort noch einmal unangenehm zu sein, als nämlich unser Genosse Ledebour die Ablehnung einer weiter geforderten Summe von 200 000 M. zum Ausbau für die dem Kaiser von den getreuen Reichsländischen geschenkten Hohkönigsburg empfahl. Ledebour bezog sich dabei auf das Versprechen der Regierung, die bei der Bewilligung der ersten Dotation in Höhe von 750 000 M. erklärt hatte, der Bauherr — also der Kaiser — werde etwa weiter nötig werdende Kosten selbst tragen. Unser Redner ironisierte dieses „Versprechen“ und reizte damit den Abg. v. Staudy zu einem ungeheuren höfischen Tanz. Die überstiegende Mehrheit des deutschen Volkes, meinte der konservative Herr, interessierte sich für die Hohkönigsburg und sei glücklich, zahlen zu können. Der Reichstag bewilligte die 200 000 Mark aus der Tasche der glücklichen Steuerzahler. Und nun ging es mit dem Etat des Innern rasch zu Ende. Die Weinresolution wurde angenommen, die Regierung soll also den Panischern mehr auf die Röhre gehen; dagegen wurde die bekannte Ueberrumpelungsresolution, Durrhard und Genossen — die Pleizusay zu Jimdeckeln, die mit Bläsern aus Ausland geliefert werden, gestatten will — abgelehnt. Die freisinnigen Abgg. Eichhoff, Mugdan und Müller-Sagan, die die Resolution mitunterzeichnet hatten, fehlten bei der Abstimmung.

Die Lesung des Etats des Reichsjustizamtes setzte mit einer temperamentlosen Rede des Abg. Wassermann ein. Er hatte dem Staatssekretär eine Reihe von Anfragen zugehen lassen, die er nun von der Tribüne des Hauses vortrug. Der Herr Staatssekretär Niederding trug darauf seine bereit gehaltene Antwort vor, die im Kern eine weitere Hintanziehung einer Reform des Strafgesetzbuches ankündigte. Eine spezielle legislatorische Erledigung einzelner brennender Fragen, die Wassermann angeregt hatte, lehnte er ab, da dieses Vorgehen eine Zerstückung der Strafrechtsreform bedeutet. Dagegen versprach er eine Denkschrift über das Konfuziusverfahren. Wassermann hatte die Schwurgerichte zu diskreditieren gesucht, was den freisinnigen Abgeordneten Vargmann veranlaßte, die Schwurgerichte als eine populäre Institution in Schutz zu nehmen und die Verurteilung gegen Strafgerichte, sowie eine Revision des Strafvollzuges zu fordern.

Dann gelistete es dem langen Dirksen, seinen reaktionären Klepper gegen die Sozialdemokratie zu spornen. Der Ritter machte eine recht klägliche Figur, als er darüber losbrüllte, daß ein Staatsanwalt — man denke! — in Elßah-Lothringen die Sozialdemokratie als einen Wall gegen die

Reaktion bezeichnet haben soll. Die demagogische Absicht des verfehlten Staatsretters wurde von der Linken mit gebührenden Zwischenrufen gekennzeichnet. Demnach brachte der Abg. v. Werlach, der persönlich von Herrn v. Dirksen angegriffen worden war, demselben mit einer groben Bemerkung, die den reaktionären Bramarbas in Beziehung mit dem Tiere brachte, das vom Lautenschlag nichts versteht, eine derbe Abfuhr.

Die weitere Beratung des Zusatzgesetzes wurde vertagt. Morgen, am Samstag, kommt der sozialdemokratische Wahlrechtantrag zur zweiten Lesung.

Die weitere Beratung des Zusatzgesetzes.

Das Abgeordnetenhaus setzte am Dienstag die Beratung des Zusatzgesetzes fort. In der Generaldebatte, die sich an den Titel „Ministergehalt“ knüpfte, wandte sich der konservative Abg. Ballastke gegen die Einstellung des Strafverfahrens im Plogensee-Prozess; er erblickt darin eine Kapitulation des Staatsanwalts vor der Sozialdemokratie. Auch Minister Veseler erklärte, daß der Prozess seiner Auffassung nach in höchst unbefriedigender Weise zu Ende gekommen sei; aber welche Erwägungen zu diesem Abschluß geführt haben, das entziehe sich seiner Kenntnis, da der Prozess in die Amtsperiode seines Vorgängers gefallen sei.

Nach Bewilligung des Ministergehälts verlor sich die Debatte in Einzelheiten. Auf verschiedene Anregungen aus dem Hause legte der Minister seinen Standpunkt zu einzelnen Fragen dar. Unter anderem sprach er sich für eine Reform des Strafgesetzbuches, speziell nach der Richtung hin aus, daß persönliche Ehrenkränkungen ihre volle Sühne finden. (Es scheint, als ob Herr Veseler nur für eine Reform im reaktionären Sinne zu haben ist.) Weiter betonte er die Notwendigkeit einer Vermehrung der Richterstellen und einer Beschleunigung der Prozesse. Auch der Frage der jugendlichen Verbrecher will er seine Aufmerksamkeit widmen. Erfreulich ist es, daß er die Behandlung, die manche Richter sich gegen Zeugen erlauben, scharf tadelte. Die geplante Neuorganisation des Berliner Gerichtswesens soll nach Mitteilung des Ministers bald durchgeführt werden. Im übrigen wurden nur lokale Angelegenheiten berührt.

Am Mittwoch wird die Etatsberatung fortgesetzt.

Der Tanz auf dem Vulkan.

In Algieras treibt Deutschlands Diplomatie ein gefährliches Spiel. Frankreich hatte den Vorschlag gemacht, die leidige Polizeifrage dergestalt zu regeln, daß die vom Sultan zu erwählenden Offiziere Franzosen und Spanier sein sollten. Dieser „Vorschlag zur Güte“ wurde rundweg abgelehnt. Das könnte man allenfalls noch begreifen. Aber höchst komisch lautet die „Begründung“ dieser Ablehnung, nämlich: der Vorschlag Frankreichs widerspreche dem Prinzip der Internationalisierung und Gleichberechtigung aller Mächte in Marokko! Wenn die deutsche Regierung damit etwa sagen will, daß nach ihrer unmaßgeblichen Ansicht die Polizeifrage in Marokko so geregelt werden müßte, daß aus allen Nationen Schutzmänner, Gendarmen, Kriminalpolizisten usw. zu einem internationalen marokkanischen Polizeikorps zusammengewürfelt werden sollten, so wäre das ganz ernstlich barer Unflut; denn bei solcher Regelung der Dinge kämen die beteiligten Mächte aus den Konstellationen überhaupt nicht mehr heraus.

Kein Wunder, daß schwarzheerisch veranlagte Naturen behaupten, es müsse zum Kriege kommen; denn Deutschland wolle offenbar den Krieg! Andere versprechen sich im jetzigen Stadium von der Vermittlung neutraler Mächte noch die Verhütung des Krieges. Aber darin sind sie alle einig, daß Deutschlands Diplomaten hier ein sehr gewagtes Spiel spielen, dessen Einsatz dem deutschen Volke teuer zu stehen kommen könnte.

Im französischen Parlament verlas gestern Ministerpräsident Rouvier eine Botschaft des neuen Präsidenten Fallières. Da hieß es an einer Stelle:

„In ihrer auswärtigen Politik, die von Gerechtigkeit, Erleuchtung und Mäßigkeit nicht minder aber auch von Festigkeit geleitet wird, gibt da nicht die Republik in ihrer andauernden Treue gegen ihre Freunde und Verbündeten ein Beispiel, um welchen Preis sie herzhafte Beziehungen mit allen Mächten zu erhalten sucht?“

Lauter Beifall erscholl bei diesen Worten. Man hat Frankreich sonst stets des allzugroßen Chauvinismus geziehen. Möge das deutsche Volk darüber wachen, daß seine Regierung nicht eine zu große Portion von Chauvinismus an den Tag lege und daß sie nicht bei ihrem Tanz auf gefährlichem Vulkan die Nation in den glühenden Krater des Krieges hineingerre.

Lohnkämpfe und Getreidepreiserhöhungen.

Ein Teil der agrar-konservativen und industriell-hochschulzönerischen Presse leistete sich als Beweis der Weisheit ihrer journalistischen Ansprüche in letzter Zeit häufig das kindliche Vergnügen, Ausführungen unserer Parteipresse über die handelspolitischen Fragen der Gegenwart irgend welche der Georg Bernhard'schen Wochenschriften „Plutus“ entnommenen schutzönerischen Keuschungen gegenüberzustellen. Da nicht nur der Masse unserer Parteigenossen, sondern auch fast allen intelligenteren Gegnern bekannt ist, daß Bernhards wirtschaftspolitische Ansichten in der sozialdemokratischen Partei nur ein ganz spärliches Echo finden und seine Wochenschrift eine rein private Gründung ist, die zur Partei nur insofern Beziehungen hat, als Bernhard sich als Sozialdemokrat betrachtet und einige sozialdemokratische Abgeordnete gelegentlich für sein Blatt schreiben, so haben wir uns bisher enthalten, auf dieses lächerliche Spielchen zu antworten. Es entspricht nicht unserem Geschmack, immer aufs neue zu wiederholen, daß Bernhards Argumentation für die Partei absolut nicht in Betracht kommt; haben doch das Verhalten unserer Partei in den letzten Lohnkämpfen, der Ausgang der Affäre Schippel und die Wahl Kossels im Chemnitzer Wahlkreis jedem, der sehen will, deutlich gezeigt, daß sich die sozialdemokratische Partei durch derartige schutzönerische Velleitäten nicht im geringsten beeinflussen läßt.

Gegenüber einer neuen, von der „Deutschen Tageszeitung“ frohlockend abgedruckten Keuschung des „Plutus“ fühlen wir uns jedoch verpflichtet, Stellung zu nehmen — schon deshalb, weil wahrscheinlich diese Keuschung gelegentlich gegen die Lohnkämpfe der Gewerkschaften ausgespielt werden wird.

Diese Notiz der „D. Tageszeitg.“ lautet:

Ein sozialdemokratisches Urteil über den Mund der Landwirte. Georg Bernhard, der sozialdemokratische Herausgeber der Wochenschrift „Plutus“ schreibt in Einführung an die Generalversammlung des Bundes der Landwirte:

Man darf dem Zeitungsläser nicht einreden wollen, daß diese Zirkusparade das innerste Wesen des Bundes klopfte. Und man darf weiterhin die Landwirte nicht durchaus als eine verkommenen Rote von egoistischen Gewaltmenschen hinstellen wollen. Die Tatsache ist nicht mehr fortzuleugnen, daß der Bund der

Landwirte die berufene Organisation einer großen Erwerbsklasse ist. Er bedeutet heute für die Landwirte genau das, was die Zentralorganisation der Gewerkschaften den Arbeitern ist. Der Landwirt kämpft um hohe Getreidepreise genau mit dem gleichen Recht, wie der Arbeiter um hohe Löhne.

Uns interessiert an dieser Auslassung nur der letzte Satz. Die Ansicht, daß in der heutigen Welt der wirtschaftlichen Gegenstände sowohl jeder einzelne als jede Wirtschaftsgruppe (Erwerbsklasse) das gleiche Recht hat, sich die größten wirtschaftlichen Vorteile zu erkämpfen, ist keine sozialistische Theorie, sondern nichts als eine verflachte Fassung der kapitalistischen Lehre vom nützlichen Spiel der freien Kräfte und dem Recht des Stärkeren. Die Sozialdemokratie betrachtet den wirtschaftlichen Kampf in der heutigen Gesellschaft vom Standpunkt des Gemeinwohls und des historischen Fortschritts; und von diesem Standpunkt aus fällt es ihr keineswegs ein, allen „Erwerbsklassen“, den absterbenden, der Entwicklung im Wege stehenden, wie den die Bedingungen des wirtschaftlichen Fortschritts vertretenden Gruppen, das gleiche Recht auf die Durchsetzung ihrer besonderen Interessen zuzugestehen, zumal die Lebensbedingungen dieser Gruppen sich widerstreiten und, wenn auch nicht formell, so doch de facto die Anerkennung des Rechts der einen Gruppe die Negation des Rechts der ihr gegenüberstehenden schwächeren Gruppe in sich schließt. Kurz, die Sozialdemokratie folgt zwar dem Kampf der wirtschaftlichen Interessengruppen als Klassenkampf auf; aber sie folgert daraus nicht, daß alle Klassen das gleiche Recht auf Durchsetzung ihrer sozialen Interessen haben, sondern, daß das Recht — das historische Recht — auf der Seite jener Klasse oder Klassen ist, die in ihren Forderungen die Bedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung vertreten.

Ferner aber ist ein Kampf für Lohnerhöhungen in volkswirtschaftlicher Hinsicht etwas ganz anderes, als im Kampf für Getreidepreiserhöhungen. Bekanntlich erhält der Arbeiter in seinem Lohn nur einen Teil seiner Arbeitsleistung bezahlt; der andere Teil, der ihm nicht bezahlt wird, also unbezahlte Arbeit besteht, setzt sich in Kapitalprofit (der sogen. Fabrikationsgewinn, Zins und Handelsprofit sind nur Unterformen des Kapitalprofits) und Grundrente um. Ein Arbeiter, der in einer von einer Aktiengesellschaft betriebenen Schmelzfabrik beschäftigt ist, erhält z. B. in seinem Lohn nicht den ganzen Wert der durch seine Arbeit den von ihm verarbeiteten Materialien hinzusetzt, sondern nur einen Teil. Wenn die Zutaten (Eisenerz, Kalk, Gasen usw.) für ein Paar Stiefel 4 M. kosten, die Abnutzung an Werkzeugen, Maschinen, Fabrikräumlichkeiten usw. 50 Pf. und die Kosten der Betriebsleitung ebenfalls 50 Pf. pro Stiefelpaar betragen, so erhält er nicht, falls die Stiefel im Durchschnitt mit 12 M. in den Läden verkauft werden, 7 M. an Lohn, sondern vielleicht nur 2 M.; die übrigen 5 M. fließen teils als Dividende in die nicht der bloßen Erzeugung der Betriebsmittel dienenden verschiedenen Reservefonds der betreffenden Aktiengesellschaft, teils fallen sie als Dividende an die Aktionäre, als Zinsen an die Bank, die Geld zum Betrieb geborgt hat, vielleicht auch als sogenannter Bodenzins (Bodenrente) an einen Grundbesitzer, von dem das Fabrikterrain gepachtet ist, und außerdem beziehen daraus noch der Großhändler und der Kleinhandwerker, welche die Stiefel vertreiben, ihren Handelsprofit. Wenn demnach der Arbeiter einen höheren Lohn fordert, als er bisher erhalten hat, so verlangt er nur einen größeren Anteil an dem von ihm durch seine Arbeit geschaffenen Wert, eine Verringerung seiner unbezahlten Mehrarbeit.

Der Landwirt, der höhere Getreidepreise fordert, verlangt aber im Gegenteil, daß der Anteil des Kapitalprofits und der Grundrente an den Preis des von seinen Arbeitern hergestellten Arbeitsproduktes (des Getreides) erhöht wird, das heißt, daß im Verhältnis zum Kapitalprofit und zur Grundrente der Lohnanteil des Arbeiters an seinem Arbeitsprodukt geschnitten wird. Denn der Landwirt fordert die höheren Getreidepreise nicht, um den Mehrertrag dazu zu verwenden, seinen „Leuten“ höhere Löhne zu zahlen. Wenn er das Geld, was er für sein Getreide mehr erhält, an Lohn mehr zahlen muß, dann hat für ihn die ganze Getreidepreiserhöhung keinen Sinn und Nutzen. Er will bei der Steigerung „verdienen“, das heißt seinen Profit und, soweit er zugleich Besitzer und Verpächter von Grundstücken ist, seine Grundrente vergrößern.

Während also der Arbeiter, wenn er für Lohnerhöhungen kämpft, einen größeren Anteil an seiner eigenen Arbeitsleistung fordert, verlangt umgekehrt der Landwirt, der nach höheren Getreidepreisen schreit, eine Vergrößerung seines Anteils an der Arbeitsleistung anderer, nämlich seiner Arbeiter.

Weiter, der Arbeiter, der für höhere Löhne kämpft, fordert nicht, daß die Regierung durch staatliches Gebot die Löhne erhöht. Er sucht seine Lohnforderung dadurch durchzusetzen, daß er die Arbeit zu einem niedrigeren Lohnsatz verzweigert. Alles, was er vom Staat verlangt, das ist freies Koalitionsrecht und völlige Neutralität der Behörden bei Ausständen. Der bündlerische Landwirt aber fordert, daß der Staat durch Zölle und Einfuhrbeschränkungen auf Kosten der breiten Volksmasse die Preise künstlich verteuert und ihm auf diese Weise Extra-Einkünfte verschafft.

Das sind so bedeutende Unterschiede, daß sie auch dem, der sich nie eingehender mit theoretischer Nationalökonomie beschäftigt hat, einleuchten. Wenn der Herausgeber des „Plutus“ sie nicht begreift und den Kampf der Landwirte für hohe Getreidepreise mit den Lohnkämpfen der Gewerkschaften in Parallele stellt, so beweist er damit nur, wie sehr er noch in den naiven Anschauungen der oberflächlichsten kapitalistischen Vulgäroökonomie steckt, und wie außerordentlich wenig er noch von der sozialistischen Theorie liiert hat.

Der Kanzler der „Kollektenden“.

Die Rede, die gestern Fürst Bülow auf dem deutschen Handelskongress gehalten hat, war ein echter Bülow. Wie gewöhnlich bewegte sich der Reichskanzler auf der mittleren Linie „staatsmännischer“ Trivialität. An alle Erwerbsstände verteilte er seine Komplimente, am liebevollsten jedoch behandelte er sein „Sorgenkind“, die deutsche Landwirtschaft, „die draußen auf heimlicher Scholle arbeitet und die sozialpolitische Grundlage, das Fundament des Brotvuchertarifs der Agrarier am ärtlichsten in sein Herz geschlossen hat, ist ja eine allbekannte Tatsache. Eine ebenso bekannte Tatsache ist es, daß eine deutsche Landwirtschaft in dem Sinne des Reichskanzlers gar nicht existiert, sondern daß die Freundschaft Bülows nur dem Agrariertum gilt, nicht aber den Elementen der Landwirtschaft, die wirklich auf der heimlichen Scholle arbeiten. Die Viebeschutzpolitik des Kanzlers gilt wohl den Großgrundbesitzern und den Großbauern, nicht aber den in schwerer Arbeitsfront stehenden Kleinbauern und der großen Masse des ländlichen Proletariats, denen durch den Zollvuchertarif die Kompottschüssel keineswegs gefüllt worden ist.

So bekannt diese Tatsache auch ist, so verdient sie doch immer wieder an der Hand der Statistik von neuem festgenagelt zu werden. Wir stellen also fest, daß nach der Berufs- und Gewerbebeziehung vom Jahre 1895 3.236.367 landwirtschaftlicher Betriebe von weniger als 2 Hektar gezählt wurden mit zusammen 2.415.914 Hektar Bodenfläche. Ferner wurden in der Betriebsklasse von zwei bis fünf Hektar 1.016.318 Betriebe gezählt mit 4.142.071 Hektar Bodenfläche. Diese mehr als 4 Millionen Parzellenbauern besaßen also zusammen nur 6½ Millionen Hektar Grund und Boden. Dagegen wurden 20.881 Betriebe gezählt mit nicht weniger als 6.571.104 Hektar Bodenfläche! Diese noch nicht 21.000 Grundbesitzer verfügten also über mehr Land als die 4½ Millionen Kleinbetriebe zusammen genommen! Dann aber gab es noch 4180 Großbetriebe, die ebenfalls über ein Areal von 4.460.792 Hektar Bodenfläche verfügten. 25.000 Großgrundbesitzer also besaßen annähernd doppelt so viel Land, als mehr als 4 Millionen Klein- und Zwergbauern zusammen genommen! Und bekanntlich hat ja schon seinerzeit der Reichskanzler Fürst Hohenlohe erklärt, daß die Bauern mit weniger als 5 Hektar Besitz an den Getreideböden, die den 25.000 Großgrundbesitzern so enormen Gewinn in den Schoß werfen, absolut uninteressiert sind. Wenn also in der Tat der Fürst Bülow nicht nur die 25.000 Großgrundbesitzer und die paarmal hunderttausend Großbauern als die Kinder seiner Fürsorge betrachtete, sondern auch die 4 Millionen Kleinbauern, so müßte seine Agrarpolitik nicht nur darin bestehen, die Agrarzölle zu beseitigen, durch die die Existenz von hieser überschuldeter Großgrundbesitzer künstlich aufrecht erhalten wird, sondern auch darin, zunächst einmal eine durchgreifende Reform der Bodenbesitzverhältnisse herbeizuführen!

Außerdem sollte aber auch der Reichskanzler wissen, daß es außer den 250.000 notleidenden Agrariern noch andere „Sorgenkinder“ gibt. Die ganze Landwirtschaft umfaßte nach der Berufs- und Gewerbebeziehung vom Jahre 1895 nur 18.501.307 Personen von einer Gesamtbevölkerung von 51.770.284 Personen. Speziell die in der Industrie beschäftigten Personen hatten sich seit dem Jahre 1882 von 7.340.789 auf 10.269.269 Personen, also um 39,9 Proz. vermehrt. Und diesen vielen Millionen von Industriearbeitern ist keineswegs die Kompottschüssel gefüllt! Das hat unlängst auch ein ehemaliger preussischer Minister, Herr von Berlepsch, offen anerkannt. Nach seinen eigenen Angaben führte Herr von Berlepsch vor einigen Tagen in Jena aus, daß nach seinen sorgfältigen Berechnungen ein großer Teil auch gelernter Arbeiter und auch in den Industriezentren nicht mehr als 900 M. Jahresverdienst habe, eine Summe, die namentlich mit Rücksicht auf die hohe Wohnungsmiete „gerade nur zur Deckung der notwendigsten Lebensbedürfnisse“ hinreichte. Seiner Auffassung nach lebe nur etwa ein Drittel aller gewerblichen Arbeiter in befriedigenden Verhältnissen. Weitere drei Sechstel der Arbeiterklasse hatten einen „gerade auskömmlichen Verdienst“, „der aber in vielen Fällen unauskömmlich werde, wenn Krankheit und Arbeitslosigkeit eintrete.“ Ein volles Sechstel der Arbeiterklasse aber lebe in ungenügenden Verhältnissen mit häufiger Unterernährung und Wohnungsleud. So urteilt ein ehemaliger preussischer Handelsminister, der allerdings vor neun Jahren von den Scharfmachern aus seinem Amte verdrängt und durch einen der Stümmlingen geheimeren Minister ersetzt wurde. Ein Sechstel der deutschen Arbeiter, also mindestens zwei Millionen, befinden sich selbst nach den Ansichten eines ehemaligen preussischen Ministers in den elendesten Verhältnissen, sie leiden unter Unterernährung und furchtbarem Wohnungsleud — trotzdem betrachtet nicht sie, sondern die 25.000 Strohhaßliden der Reichskanzler als die eigentlichen Notleidenden und Sorgenkinder des Reiches! Dafür leben wir auch in dem Reiche der Sozialpolitik!

Deutsches Reich.

Der Handelsminister über das Handelsprovisorium mit Amerika.

Auf dem Deutschen Handelskongress sprach der Handelsminister Delbrück über das Nichtzustandekommen eines Handelsvertrages mit Amerika und die Opposition, die der Regierung wegen des Abschlusses des Handelsprovisoriums gemacht worden sei. Er müsse doch betonen, daß es nicht an der Regierung gelegen habe, wenn sie nichts habe ausrichten können. Die Regierung habe angesichts der wirklichen wirtschaftlichen Machtverhältnisse das Provisorium schließen müssen, weil Deutschlands einheimischer Markt einen erheblichen Teil der amerikanischen Produkte nicht aufnehmen könne.

„Wem habe man denn helfen wollen? Doch der eigenen Industrie. Solange Baumwolle nur in Amerika wachse, solange ein großer Teil des Kupfers in Amerika produziert werde, werde unsere, wenn auch augenblicklich blühende Industrie auf den amerikanischen Markt angewiesen sein. ... Sorgen Sie dafür, daß die Baumwolle in unseren Kolonien wächst, sorgen Sie dafür, daß wir Kupfer in unseren Kolonien finden. (Große Heiterkeit.) Das kommt Ihnen nun komisch vor, während es mir voller Ernst ist. ... Die Regierung kann Ihnen Eisenbahnen bauen, aber die Courage, ein paar Millionen dahineinzustecken, müssen Sie haben.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ widmet heute dem Provisorium einen ganzen Leitartikel, in dem sie über den Rückzug der deutschen Regierung höhnt. Der Gesamteindruck des Provisoriums sei nicht nur vom wirtschaftlichen, sondern auch vom nationalen Standpunkt aus so unangenehm und so niederdrückend wie nur möglich; und es sei schwer, die Regierung zu unterdrücken, eine Satire zu schreiben. Die „Deutsche Tageszeitung“ hätte ihre angebliche Reue lieber nicht unterdrücken sollen. Sie hätte sich freilich selbst satirisieren müssen!

Die Bemerkungen des Handelsministers über die Zurückhaltung des trotz aller Protektionspolitik in kolonialen Dingen so skeptischen Kapitals liefern einen netten Beitrag zu unserer sinnlosen Kolonialwirtschaft!

Sozialistengeschiedes.

Die „Post“ behauptet, daß die Annahme des „Vorwärts“, als ob eine Art von Ausnahmegebung in Preußen gegen die Sozialdemokratie erwogen werde, unrichtig sei. Richtiger dürfte es sein, daß entsprechend ihren Anregungen Erwägungen darüber gepflogen würden, ob das bestehende Strafrecht ausreiche, um die moderne Form der Revolution, den politischen Massen- oder Generalstreik, und namentlich die Veranlassung und Vorbereitung solcher Revolutionen entsprechend strafrechtlich zur Verantwortung ziehen zu können. Sollte man zur Verneinung dieser Frage gelangen, so werde es sich darum handeln, „zweckmäßig diese Lücke im Strafrecht auszufüllen.“

Sollten die Vermutungen der „Post“ zutreffen, so würde das neue Sozialistengesetz sich nicht nur gegen die politische Agitation der Sozialdemokratie richten, sondern in erster Linie auch gegen die Gewerkschaften. Es wäre dann nichts Geringeres geplant, als ein Anschlag nach Art der berühmten Suchihausvorlage!

Zentrum und Erbschaftsteuer.

Der Zentrumabgeordnete Dr. am Jahnhoff hat ein Erbschaftsteuerprojekt ausgearbeitet, nach dem die Erbschaftsteuer bedeutend ertragreicher gestaltet werden soll, als es die Regierungsvorlage beabsichtigt. Der Vorschlag des Herrn am Jahnhoff, des Kommissionsberichterstatters, geht dahin, daß der an Kinder und Ehegatten fallende Nachlaß mit einer Steuer von eins vom Tausend belegt werden soll. Die an entferntere Verwandte und Nichtverwandte fallenden Erbschaften sollen mit einer Steuer von 5 bis 15 Proz. belastet werden. Der Gesamtertrag aus dieser Steuer wird von Herrn am Jahnhoff auf 120 Millionen Mark veranschlagt.

Bezeichnend ist, daß das Zentrum diesen Steuerorschlag seines Fraktionsmitgliedes sehr reserviert gegenübersteht. Die „Germania“ erklärt, daß Herr am Jahnhoff für seine Person die Verantwortung für das Projekt trage. Die „Völkische Volkszeitung“ nimmt eine weniger ablehnende Haltung ein. Doch bemerkt die agrarische Presse mit vollem Recht, daß der im Zentrum so einflussreiche rheinische Bauernverein wohl schleunigst sein distastvolles Veto einlegen werde. Die „Korrespondenz des Bundes der Landwirte“ erhebt natürlich ein mächtiges Geschrei über den Vorschlag des Herrn am Jahnhoff. Die Landwirte in allen deutschen Gauen müßten sich zu mühseligen und schriftlichen Kundgebungen gegen diese Steuerorschläge, zusammen tun und darin ihren Vertretern im Reichstag, namentlich denen aus den Reihen des Zentrums und der Nationalliberalen, ihren Unwillen über derartige Absichten unabweislich kundgeben. Noch sei es Zeit, aber es sei hohe, ja höchste Zeit.

Die Sozialdemokraten brauchen sich wirklich nicht aufzuregen. Das Zentrum denkt nicht im Ernste daran, das Projekt des Herrn am Jahnhoff zu realisieren. Der Steuerreifer seines Fraktionsmitgliedes dient ihm nur dazu, seinen proletarischen Wählern Sand in die Augen zu streuen.

In den Wahnwitz gehet.

Ueber die Verurteilung des Ruskietiers Gloy in Lübeck zu einer fast achtjährigen Gefängnisstrafe wird der „Frankfurter Zeitung“ folgender ausführlicher Verhandlungsbericht mitgeteilt: Am 6. Januar d. J. schlug der Ruskietier Gloy beim Paradeschritt über seinen Leutnant Heerlein mit dem Gewehrkolben nieder, als er von diesem zur Wiederholung einer Übung zurückgerufen worden war. Neben Gloy war auch der Unteroffizier Hansen angeklagt, dem vorchristlich-widrige Behandlung seiner Untergebenen und Unterlassung einer dienstlichen Meldung zur Last gelegt wurde. Beim Griffen am Morgen des 6. Januar auf der Mannschaftsstube soll der Unteroffizier dem Gloy, obwohl dieser die Übungen so gut machte, wie er konnte, einen Stoß vor die Brust gegeben haben. Tatsächlich ist Gloy zurückgetaumelt und mit dem Rücken gegen einen Säcraut gefallen. Hierauf schlug Gloy mit dem Gewehrkolben den Unteroffizier Hansen auf die Schulter, so daß dieser zurücktaumelte. Sofort ließ er dann die ganze Korporalschaft in die Kniebeuge gehen und in dieser Stellung ungefähr eine halbe Stunde lang Griffe üben. Infolge dieses „Schleifens“ waren die meisten Leute bei der darauf auf dem Kasernenhof folgenden Übung unter dem Kommando des Leutnants Heerlein schlapp. Leutnant Heerlein, der von der vorangegangenen langen Übung keine Ahnung hatte, forderte Gloy, der besonders schlecht marschierte, obwohl er sonst ein guter Soldat war, auf, die Beine besser zu werfen. Da die Mahnung keinen Erfolg hatte, rief ihn der Leutnant zurück. Da Gloy diesem Befehl angeblich nicht schnell genug nachkam, sollte er einmal um den Kasernenhof Laufschrift machen. Gloy hatte bisher Gewehr bei Fuß gestanden. Plötzlich sah er das Gewehr beim Lauf und schlug mit dem Kolben den Leutnant auf den Kopf. Der Schlag wurde durch den Hüftschilde zwar etwas gemildert, aber der Angegriffene fürchte trotzdem bewußtlos zu Boden, nachdem er den vergeblichen Versuch gemacht hatte, den Säbel zu ziehen. Gloy trat nach dem Schlage zurück und stand wieder Gewehr bei Fuß. Auf Befragen erklärte Gloy, daß ihm der gegen den Leutnant geführte Schlag sofort leid getan habe; auch sei er der Meinung gewesen, Unteroffizier Hansen werde ihn melden. Es sei ihm selbst nicht begrifflich, wie er dazu kommen konnte, seinen Leutnant tödlich anzugreifen, da dieser ihn stets freundlich und gut behandelt habe. Sein Bewußtsein reiche nur bis zu dem Marsch-Marsch-Befehl des Leutnants, dann sei es ihm schwarz vor den Augen geworden. Als er wieder zu sich gekommen sei, habe der Leutnant blutend am Boden gelegen. Unteroffizier Hansen will den Gloy nicht vor die Brust geschossen haben, von ihm auch nicht gestochen worden sein; er habe ihm nur das Gewehr zurecht gelegt. Leutnant Heerlein stellt dem Gloy ein sehr gutes Zeugnis aus; noch zwei Tage vor dem Vorfall habe er ihm einen Preis für gutes Turnen geben können. Von dem Schlage mit dem Gewehrkolben habe er keine nachteiligen Folgen für seine Gesundheit davongetragen; nur abends empfinde er mitunter nach langem Tragen der Dienstmütze etwas Kopfschmerz. Nach ärztlichem Gutachten ist Gloy geistig völlig intakt. Er wurde wegen Angriffs auf einen Vorgesetzten in zwei Fällen zu insgesamt sieben Jahren neun Monaten Gefängnis, Hansen wegen Mißhandlung Untergebener zu 38 Tagen Mittelarrest verurteilt. Von der Anklage der Unterlassung einer Meldung wird er freigesprochen.

Diese Entscheidung wird, so bemerkt die „Frankf. Zig.“ zu dem Falle, nicht nur wegen des außerordentlich hohen Strafmaßes gegen den Gemeinen, sondern auch wegen des Gegensatzes zu der milden Strafe für den Unteroffizier auffallen, obgleich letzterer doch die unmittelbare Ursache des ganzen Vorfalls war. 38 Tage Mittelarrest für eine nichtswürdige Soldatenquälerie und sieben Jahre neun Monate Gefängnis für die in einem Moment fehlender Zurechnungsfähigkeit begangene Ausschreitung des Soldaten, für die bis auf zwei Jahre hätte heruntergegangen werden können, sind so scharfe Gegensätze, daß sich das Rechtsgefühl nimmermehr damit abfinden kann. Wenn der unglückliche Ruskietier auch sonst geistig normal ist, so hat er doch zweifellos unter einer seelischen Stimmung gelitten, die ihm das Verantwortungsgewissen raubte. Daß das Gericht hierauf keine Rücksicht nahm, ist unverständlich. Wir halten die Aufrechterhaltung dieses Urteils für ganz ausgeschlossen.

Arbeiter als Schöffen

werden in diesem Jahre in Kiel zum ersten Male in Tätigkeit treten. Auf der Liste der Schöffen stehen 20 Arbeiter, darunter ein Heizer, zwei Schiffszimmerleute und ein Schiffsjäger.

Oberschlesische Germanisierungskünste. Unter den Polen in Reichowitz, Kreis Beuthen, herrscht große Aufregung über eine Anordnung des neuen Gemeindevorstandes Schneider, wonach in den Gemeindebüroaus mit dem Publikum künftig nur deutsch verhandelt werden darf; sogar für das Ständesamt gilt diese Bestimmung. Bis dahin wurde auf den Bureauis in Beuthen mit der polnisch redenden Bevölkerung, auch mit Schulkindern, stets die polnische Sprache gebraucht, und die preussische Monarchie war nie in Gefahr.

Aus dem württembergischen Landtag.

Stuttgart, 18. Februar. (Fig. Ver.)

Die Abgeordnetenkammer beschäftigte sich in der abgelaufenen Woche in der Hauptsache mit Eingaben der Gemeinden und Bezirke um den Bau neuer Eisenbahnen. Diese Debatten, welche im wesentlichen nur lokale Bedeutung haben, werden sich auch noch in die neue Woche hineinziehen.

Von allgemeinerer Bedeutung war die erste Lesung des Gesetzes über die Gewerbe- und Handelsschulen, das eine gründliche Reform des Fortbildungsschulwesens bezwecken soll. Leitende Gesichtspunkte des Entwurfs sind die Durchführung des Schulzwanges, des Tagesunterrichts und einheitlicher Mindestforderungen bezüglich der Unterrichtsdauer; ferner sollen die gewerblichen Fortbildungsschulen zu Berufsschulen umgebildet und für diese Schulen dann besondere Lehrkräfte ausgebildet werden. In der Debatte verlangte der Zentrumredner, daß in den Lehrplan dieser Schulen auch religiöse Fächer aufgenommen werden sollten. Diese Forderung wurde von dem Redner der Sozialdemokratie Abg. Klotz aufs entschiedenste bekämpft.

Auch der Kultusminister selbst zeigte sich wenig geneigt, den Religionsunterricht der gewerblichen Fortbildungsschule als Pflichtfach einzubereitern. Die Grundzüge des Entwurfs, z. B. die Umwandlung des Abendunterrichts in Tagesunterricht, wurden am schärfsten von einem Volksparteiler, dem Abg. Schmidt, bekämpft, der ein Klagespiel auf die armen Handwerker, denen ihre Lehrlinge durch das neue Gesetz 280 Stunden = 40 Tage im Jahr entzogen würden. Es ist bezeichnend, daß sich just ein Volksparteiler auf solche Art zum Sprachrohr reaktionärer, auf Lehrlingsausbeutung verfassener Handwerkerbestrebungen machte; um so beschämender, als dieser Abgeordnete selbst früher Lehrer war und mithin mit mehr Verständnis für die sozialpolitischen und Bildungsbestrebungen unserer Zeit hätte ausgestattet sein müssen. Mit seiner Ironie wurde dieser Opponent vom Kultusminister abgeführt, der sich Schmidts Einwänden gegenüber auf das Parteiprogramm der Volksparteiler berufen konnte. Auch Genosse Klotz trat den fortschrittlichen Ausführungen des Volksparteilers, dem übrigens eigene Parteimitglieder widersprachen, entgegen. Das Gesetz wurde an eine Kommission überwiesen.

Als Majestätsbeleidiger muß der 67 Jahre alte Invalidentrentner G. Wötschel von Kottersreuth (Oberfranken) in seinen alten Tagen noch ins Gefängnis wandern. Er ist ein alter Feldzugsveteran und bezieht eine monatliche Invalidentrente von 21 M. Vor einiger Zeit besand er sich in der bühnenreichen Wirtschaft in Kottersreuth, wo ihn die Gäste wegen der geringfügigkeit seiner Rente anzog. Zu seinem Unmut ließ er sich „in einigen Anmerkungen hinweisen, in denen eine Beleidigung des Kaisers enthalten sein soll. Der Wirt schickte sofort zur Gendarmerie, damit die Frevelthat nicht ungeahnt bleibe. Das Landgericht Bayreuth sprach eine Gefängnisstrafe von drei Monaten aus.

Von Herrn Münch-Ferber. Der frühere nationalliberale Reichstagsabgeordnete für Hof, Webereibesitzer Münch-Ferber, sah sich, wie erinnerlich, zur Niederlegung seines Mandats veranlaßt, weil ihm in einem Beleidigungsprozeß bedenkliche Manipulationen in einer Erbschaftsangelegenheit und in Steuerfällen nachgewiesen waren. Um eine Wiederaufnahme seines Prozesses zu erwirken, benutzte er den Zeugen in diesem Prozeß und seinen Verwandten Rudolf Münch wegen Meineids. Das Landgericht Hof setzte jedoch den bereits rechtskräftig gewordenen Beschluß, die Angeklagten außer Verfolgung zu setzen, da sich keine Anhaltspunkte ergeben hätten, daß sie in irgend welchen Punkten die Unwahrheit ausgesagt hätten.

Die Demokraten in Nürnberg haben sich bekanntlich bei den letzten Landtags- und Gemeindevahlen dem allgemeinen bürgerlichen Mißgeschick angeschlossen, wofür sie eines der den Sozialdemokraten durch eine verwegene Wahlbezirksgeometrie abgenommenen Landtagsmandate, sowie einen zweiten Sitz im Gemeinderat zum Lohn erhielten. Das unliberale Auftreten des liberalen Blocks, vor allem die dicke Freundschaft mit der reaktionären Mittelstandspartei und die Rücksichtslosigkeit und Arbeiterfeindschaft der Nürnberger Gemeindevverwaltung, hat in den ehrlichen Demokraten das demokratische Gefühl wieder erweckt, und man schämt sich schon allgemein dieses Bündnisses. In einer demokratischen Versammlung kam es deshalb zu einer lebhaften Aussprache, in der die meisten Redner gegen die von den Liberalen vielfach bestellte Mißachtung des Wahlprogramms Einspruch erhoben und sich dafür aussprachen, bei künftigen Wahlen eine Verständigung mit der Sozialdemokratie zu suchen.

Aus Südwestafrika.

Nach einer Meldung des Gouverneurs v. Vindequist hat sich der Bethanierhäuptling Cornelius mit seinem Anhang ergeben. Als einziger Gegner steht also nur noch Morenga mit seinen Leuten im Felde. Auf 500 Hottentotten kommen also 15000 Mann deutscher Truppen.

Zugleich mit der Meldung von der Ergebung Cornelius' trifft die Nachricht von einem erfolglosen Gefecht gegen 200 Hottentotten ein, das am 14. Februar unweit Sandfontein geliefert wurde. Die Abteilung Ercker griff mit Teilen der 10. und 12. Kompanie des Feldregiments 2 die Hottentotten an und zersprengte sie nach zehnstündigem Gefecht. Von der Abteilung des Hauptmanns Ercker fielen fünf Reiter, schwer verwundet wurden ein Arzt und zwei Reiter, leicht verwundet vier Reiter. Die Hottentotten ließen nur einige Gewehre und Reittiere zurück. Ihre Verluste sind unbekannt.

Ausland.

Frankreich.

Sozialistischer Wahlsieg in Toulouse.

Paris, 18. Februar. (Fig. Ver.)

Der Sozialismus hat heute Toulouse, die mächtig aufblühende Industriestadt des Südens, erobert. In der Stichwahl für den Gemeinderat drang die sozialistische Liste mit 17000 Stimmen gegen 10000 progressivistische durch. Die Siegesbotenschaft erregte Begeisterung und Jubel. Aus den Arbeiterquartieren zogen ungeheure Massen nach dem Rathaus, vor dem bald über 10000 Menschen versammelt waren. Auf dem Balkon wurde die rote Fahne aufgezogen und die „Internationale“, vom jauchenden Volke angestimmt, griffte das Siegeszeichen auf dem gewonnenen Stadthaus.

Toulouse hat über 180000 Einwohner, es ist auch das geistige Zentrum des Südens. Die Eroberung dieser Stadt macht die empfindlichen Verluste, die der französische Sozialismus in den letzten Jahren in anderen großen Gemeinden erlitten hat, reichlich wett. Es ist anzuerkennen, daß ein großer Teil der bürgerlichen Demokratie für unsere Genossen gestimmt hat — trotzdem radikale Führer, wie Clémenceau, das verräterische Verhalten der radikalen Wählerschaft in Limoges verteidigt und als nachahmenswert hingestellt hatten.

Die Engländer.

Paris, 19. Februar. (Fig. Ver.)

Die Engländerin Gladstone über die Kirchentrennung hat die Merkmalen aller Richtungen ziemlich bestimmt. Sowohl die kirchensüchtigen wie die friedlichen Katholiken hatten gewünscht, daß der Vatikan endlich mit seiner hartnäckigen Tendenz den Pelz zu waschen, ohne ihn nah zu machen, gebrochen hätte. Der Papst verspricht zwar, „zu gelegener Zeit“ — das soll vielleicht heißen: nach dem Erlaß der Durchführungsverordnung zum Trennungsgesetz — genauer zu sagen. Aber diese Verögerung beweist nur die Rücksichtslosigkeit der Politiker der Kurie, die in dem sich verschärfenden Lauf der beiden Gruppen nicht Partei zu nehmen wagen. So bleibt denn alles beim Alten. Die Radikalen können sich darauf berufen, daß Rom das Gesetz als ein Werk der Gottlosigkeit verdammt habe, die fanstirische Richtung aber darf darauf hinweisen, daß der Papst gegen die Konstituierung der Kultus-Assoziation kein Verbot erlassen hat. Für die kirchlichen Interessen ist indes eine rasche Entscheidung von höchster Wichtigkeit. Behalten die Draufgänger recht und setzen sie den gewalttätigen Widerstand gegen die Staatsbehörden und den passiven Widerstand, der in der Weigerung besteht, die Kultusverbände zu bilden, fort, so werden die Kirchen gesperrt werden müssen, und die Merkmalen werden sich darauf vorbereiten haben, die Abhaltung ihrer Gebetsversammlungen an anderer Stelle als Vergehen gegen das Versammlungsgesetz behandelt zu sehen. Ob sie aber ihrer Anhängerschaft einen solchen Märtyrertum zutrauen dürfen, ist doch recht zweifelhaft.

Ein anderer Umstand, der besonders die älteren Geistlichen für die friedlichere Partei gewinnt, ist die Gefahr, daß der Staat im Falle der offenen Revolte die im Gesetz vorgesehenen Pensionen

stiftet. Nun mag der echte Römische keinen glaubenlosen Franzosen leiden, doch seine Louisdors nimmt er gern! Vorläufig wartet also der Vatikan weiter auf die Entscheidung darüber, wer bei der Herkales Hausprügelei den Sieg davontragen wird, und er beschränkt seine Tätigkeit auf die Befestigung der erledigten Bistümer, was allerdings schon eine Ausübung der durch die Konfessionsaufhebung der Kirche gewährten Unabhängigkeit bedeutet. Sobald sich zeigt, wer in der Herkales Partei stärker ist, die feudalen Politiker oder die gläubigen Kleinbürger und Bauern, wird der Papst wissen, was er „unerschütterlich“ zu verkünden hat.

England.

Thronrede und Adressdebatte.

Am Montag verlas König Eduard die Thronrede, in der die Beziehungen zu allen anderen Mächten als freundschaftlich bezeichnet wurden! Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Algeciras-Konferenz den internationalen Frieden nicht stören werde und äußert sich dann über die nächsten Ziele der englischen Politik: Untersuchung über die Mittel, durch die eine größere Anzahl der Bevölkerung auf das Land gezogen und ihm erhalten werden könnte, ferner eine Abänderung des Schulgesetzes, Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen und Maßregeln betreffend die Gesehe über die Rauffahrtsversicherung.

Dann begann die Debatte über die Adresse zur Verantwortung der Thronrede — daher der Name „Adressdebatte“. Die Führer der einzelnen Parteien gaben die üblichen Erklärungen ab.

Außerordentlich wichtig ist ein Passus aus der Erklärung des Marquis of Ripon, der u. a. sagte:

„Ich wüßte im Augenblick nicht, was mich veranlassen könnte, an einem befriedigenden Abschluß der Marokko-Konferenz zu zweifeln. So wie die Sache jetzt liegt, werden wir befehligen Frankreich unsere volle diplomatische Unterstützung zuteil werden lassen, und der dortige britische Vertreter hat dementsprechende Instruktionen erhalten. Wir haben ohne Frage auch einige gleichberechtigte Interessen in Marokko, aber diese Interessen beziehen sich hauptsächlich auf Aufrechterhaltung der Ordnung und des Prinzips der offenen Tür sowie den Fortschritt der Zivilisation.“

Das sollten sich Deutschlands Diplomaten hinter die Ohren schreiben, unsmehr, als sich auch Chamberlain in demselben Sinne mit folgenden Worten äußerte:

„Wir wissen, daß wir als Freund unseres großen Nachbarstaates Frankreich zur Konferenz gegangen sind und daß wir als Freund Frankreichs bereits ein Abkommen getroffen hatten, welches für uns zufriedenstellend war und von welchem wir hoffen, daß es für andere Länder (gemeint ist natürlich Deutschland!) annehmbar sein werde. Wenn wir durch diplomatische Mittel das fördern können, was wir für das gerechtfertigte Interesse Frankreichs halten, so bin ich ganz sicher, daß dies mit den Wünschen des ganzen Hauses übereinstimmt.“ (Weisfall.)

Schließlich äußerte sich auch noch Campbell-Bannerman zu selber Frage, indem er sagte: Soweit der Regierung bekannt ist, schreiten die Angelegenheiten in langsamer, aber zufriedenstellender Weise fort. Die Beziehungen Englands zur französischen Regierung blieben gewiß dieselben, wie sie waren. Die britische Regierung lasse der französischen jede diplomatische Unterstützung angedeihen, die in ihrer Macht stehe, sie gebe dieselbe ohne das geringste Präjudiz, nicht nur für vollkommenes gutes Einbernehmen, sondern für direkte Freundschaft Englands zu allen in Betracht kommenden Mächten. Es sei recht und angebracht, daß dem britischen Volke immer und immer wieder gesagt werde, daß die Verständigung mit Frankreich, die in voller Stärke unverändert fortbestehe, keine schlimmen Absichten gegen irgend eine andere Nation oder Regierung in sich schließe, und daß die britische Regierung in dieser Verständigung nur ein Mittel zu finden wünsche, jene freundschaftlichen, jene sozusagen herzlichen Gefühle zwischen England und Frankreich zu bekräftigen, die sie zu fördern bedacht sei.

Hoffentlich hören Deutschlands Diplomaten auf all das, damit sie nicht nachher zu spät brauchen!

Der sechste Jahreskongreß der englischen Arbeiterpartei

war von 350 Delegierten besetzt. Als Präsident des Kongresses wurde auf Vorschlag Aitce Hardies der Sozialist Henderson gewählt. „Die Arbeitervertreter“, so führte er in seiner Eröffnungsrede aus, „haben größere Verantwortung als die Anhänger des Ministeriums; sie haben darüber zu wachen, daß die Politik der Regierung in Übereinstimmung sich befinde mit den Interessen der Allgemeinheit.“ Im Parlament werde es an Versuchen, die Partei zu spalten, nicht fehlen, aber er sei der festen Überzeugung, daß zwischen den Sozialisten und den Gewerkschaften so viele gemeinsame Berührungspunkte bestehen, daß sie zusammenarbeiten würden für die Ziele, die ihnen gemeinsam sind. Die Erfolge der Wahlen haben gezeigt, daß die Arbeiter sich endlich zugunsten einer unabhängigen Politik bekehrt haben. „Die Prinzipien, auf Grund derer wir vereinigt sind und unsere Wählerfolge erzielt haben, müssen wir auch aufrecht erhalten.“ Die Klaren und zielbewußten Worte des Präsidenten wurden mit großem Beifall aufgenommen und durch keinen anderen Redner abgemindert. Es folgten Begrüßungsreden, u. a. auch eine des als Gast anwesenden Genossen Jean Longuet (der bekanntlich ein Schwiegerjohn von Karl Marx ist und jetzt in Paris lebt).

Der 2. Verhandlungstag brachte Debatten von prinzipieller Wichtigkeit. Harry Quelch und Fred Anee beantragten, das Exekutivkomitee der Partei zu beauftragen, ein Programm auszuarbeiten, welches alle Kandidaten, die vom Arbeitervertreterkomitee unterstützt werden, anzuerkennen haben. „Welchen Wert“, so sagte Quelch, „hat eine Partei ohne Programm? Wir pflegen die Liberalen und die Tories zu verhöhnen wegen ihrer Programmlosigkeit; diese sind in der Beziehung aber noch immer besser versehen als die Arbeiterpartei.“ In einer Tageszeitung seien fälschlich die individuellen Auffassungen einer großen Anzahl von Mitgliedern der Arbeiterpartei wiedergegeben worden. Nun, eine widerspruchsvollere Sammlung von Prinzipien habe er noch nie gesehen. „Was wir uns“, so schloß Genosse Quelch, „nicht ein selbes, auf breiter Grundlage aufgebauter Programm geben, wissen wir nicht, wer wir sind.“ — Frank Smith schlug vor, daß die Kandidaten ihre Wahlmanifeste dem Komitee zur Durchsicht zu unterbreiten haben. Pete Curran sprach gegen Quelch: Das erste Jahr wenigstens müsse der Arbeiterpartei Zeit gelassen werden. Prinzipien, Unabhängigkeit und eine gute Kampfbereitstellung, das sei zunächst besser als programmatische Gesehe. Quelchs Antrag wurde schließlich abgelehnt.

Die Ablehnung des Antrages, ein festes Parteiprogramm zu schaffen, ist charakteristisch für die englischen Verhältnisse überhaupt. Die größere politische Freiheit Englands bringt es mit sich, daß geringere Abweichungen einzelner von den Grundfragen einer Partei viel häufiger sind als bei uns und auch einer weitergehenden Zulassung begegnen. Gleichwohl ist das Verlangen der sozialdemokratischen Föderation, zu deren Führern Quelch bekanntlich gehört, ein durchaus berechtigtes, und wenn Pete Curran dagegen sprach, so geschah dies wohl nur aus Rücksicht auf die Nichtsozialisten innerhalb der Partei.

Wehr Gluck hatte Quelch bei der Debatte über das Frauenstimmrecht. Ben Turner beantragte, man solle sich für die sofortige Ausdehnung des bestehenden Wahlrechts auf die Frauen aussprechen. Dem Genossen Quelch ging dies nicht weit genug. Davon würden nur die Frauen der Besitzenden, nicht aber die der arbeitenden Klassen profitieren. Er beantragte deshalb folgendes Amendement: „Der Kongreß erklärt die Zeit für gekommen, das gleiche Wahlrecht auf alle Männer und Frauen auszuweiten; er ist ferner der Meinung, daß jede Maßnahme, welche eine Ausdehnung des Wahlrechtes auf Grund des Besitzes vorsieht, also nur einem Teil der Frauen zugute kommt, einen Schritt nach rückwärts bedeutet und bekämpft werden muß.“

Diese Resolution wurde angenommen. Das Arbeitslosgesetz wurde als ungenügend selbst für vorübergehende Abhilfe erklärt. — Zur Schulgesetzgebung lagen eine Anzahl Resolutionen vor, von denen die wichtigsten forderten: Freie Speisung der Schulkinder und Durchführung des weltlichen Unterrichts. Nach heftiger Debatte wurden diese mit 31700 gegen

78 000 Stimmen zum Beschluß erhoben. — Der Plan: Gründung einer täglich erscheinenden Zeitung, wurde dem Exekutivkomitee zur weiteren Beratung überwiesen. Die Kosten sind auf 2 Millionen Mark veranschlagt. — Als Sekretär wurde Radonald wiedergewählt. Der nächste Kongreß wird in Belfast abgehalten werden.

Eine Anzahl Abgeordnete der Trade Unions hat es doch nicht unterlassen können, sich zu einer besonderen parlamentarischen Fraktion zusammenzuschließen. Unter diesen befinden sich Richard Bell, der bekannte Sekretär des Eisenbahner-Verbandes, ferner Fenwick, Ward usw. Sie wählten Ernie Edwards zu ihrem Präsidenten. —

Amerika.

Aus New York wird gemeldet: Die Streitfrage zwischen den Vereinigten Staaten und Venezuela wegen der Angelegenheit der Asphalt-Gesellschaften wird auf Antrag des Präsidenten Castro dem Haager Schiedsgerichtshof zur Entscheidung zugewiesen werden.

Der Panamakanal und die Zustände in der Kanalzone beschäftigten ein Komitee des Senats, welches eine Reihe von Anfragen zu unterbreiten und — zu entkräften hatte. Die ganze Verwaltung in der Kanalzone soll miserabel sein, und der bürokratische Apparat soll überall den Fortschritt der Arbeiten behindern. Ueberflüssige Beamte beziehen hohe Gehälter, und es wird auch sonst noch über große Verschwendung von Geldern geklagt. Für sanitäre Verbesserungen sind große Mittel zur Verfügung gestellt worden, aber die Verhältnisse lassen gerade in dieser Beziehung noch alles zu wünschen übrig.

Die Frage der Verwendung von Arbeitskraft ist eine schwierige; der Oberingenieur des Kanalbaus, John F. Stevens, erklärte vor dem Kongresskomitee in Washington, dem der Bau des Panamakanals untersteht, daß Amerikaner die Arbeit nicht leisten könnten. Die Arbeiter von Jamaika, Martinique und andere, die an das tropische Klima gewöhnt sind, sollen nicht zufriedenstellend sein; das einzige, was mit Erfolg verwandt werden könne, sei die Arbeit von Chinesen!

Das Achtstundengesetz, das für Regierungsarbeiten im allgemeinen gilt, wurde durch einen Kongressbeschluß für den Kanalbau unwirksam gemacht. Eine Resolution erklärt, daß die Achtstundensbestimmung sich nicht auf die ausländischen Arbeiter in der Kanalzone erstreckt!

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Forderungen der Herrenkonfektionäre.

Der Verband der Schneider und Schneiderinnen hatte zum Montag zwei öffentliche Versammlungen, eine im Norden, die andere im Osten der Stadt für die Konfektionäre einberufen, die beide gut besucht waren. Referenten waren die Verbandsvertreter Rahr und Kaminig. Die Redner schilderten zunächst den Einbruch, den die gegenwärtige Heimarbeit-Ausstellung in weiten Kreisen der Bevölkerung gemacht hat. Das Gerücht von dem ihm ähnlichen Familienleben der Heimarbeiter, das nicht angetastet werden dürfe, sei jetzt in seiner ganzen heuchlerischen Haltlosigkeit ein für allemal ad absurdum geführt worden. Die Ausstellung biete einen unabweisbaren Wissenschaftsunterricht von dem erregenden Elend der Heimarbeiter. Besonders in der Konfektionsindustrie zeige es sich mit drastischer Deutlichkeit, daß die Konfektionsarbeiter von dem vielgepriesenen und auch tatsächlich vorhandenen geschäftlichen Aufschwung so gut wie gar keinen Vorteil gehabt haben, sondern dieser lediglich den Konfektionären in den Schoß gefallen sei. Der erste Eindruck der Ausstellung sei nun auch für die Herren Konfektionäre ein niederschmetternder gewesen. Angefichts des dort entfalteten Elends hätten die Herren anfangs geradezu die Sprache verloren gehabt. Jedoch nachdem sie sahen, daß fast die gesamte Presse Deutschlands einer Abhilfe jener überaus traurigen Zustände das Wort redete, da fühlten sie ihre Interessen bedroht und schlugen Alarm in ihrem Organ, dem „Konfektionär“. Was in den letzten Nummern dieses Blattes an augenfälligen Unwahrheiten enthalten ist, um die Lage der Heimarbeiter als eine durchaus rosige zu malen, das dürfte kaum seinesgleichen finden. Hat der „Konfektionär“ doch „festgestellt“, daß die Konfektionsarbeiter bei ganz normaler Arbeitszeit 40—50 M. Wochenverdienst erzielen. Ja besonders intelligente und fleißige Arbeiter sollen es ohne große Anstrengung sogar auf 80 M. pro Woche bringen! Kein Wunder, daß der „Konfektionär“ dann weiter „konstatiert“, daß es unter den Berliner Heimarbeitern eine große Zahl von Hausbesitzern gäbe. Natürlich sind diese ungeheuren Uebertreibungen in keiner Weise dazu angetan, die tatsächlichen Verhältnisse in der Heimarbeit auch nur um ein Jota zu verrücken. Im Gegenteil sprechen jene faustdicken Kluntereien ohne weiteres gegen sich selbst. Interessant ist aber auch, daß die Herren Konfektionäre sich auf Grund einer unter sich veranfaßten Umfrage durchweg gegen die Errichtung von Betriebsverbänden ausgesprochen haben. Etwas anderes war da natürlich nicht zu erwarten. Die Herren haben sich eben geäußert, wie es Milchpöndler tun würden, denen eine sachverständig-gutachtliche Meinung über ein verbessertes Nahrungsmittel-Kontrollgesetz aberlangt würde. In der Diskussion waren sich sämtliche Redner „darin einig, daß von der Einsicht oder dem guten Willen der Konfektionäre eine Besserung der gegenwärtigen menschenunwürdigen Zustände nicht zu erwarten sei. Auch wurde allseitig ermahnt, sich nicht übertriebenen Hoffnungen auf die Gegendebung hinzugeben, wenn auch die Notwendigkeit gesetzgeberischer Aktionen durchaus anerkannt und gefordert wurde. Die Hauptsache sei und bleibe die Stärkung der Organisation, um das Unternehmertum aus eigener Kraft zu jugendlichen und Verbesserungen zu zwingen, wie es jüngst in Süddeutschland dank des Zusammenschlusses der dortigen Konfektionsarbeiter geschehen konnte.

In beiden Versammlungen wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Versammlung erklärt, daß die Heimarbeit-Ausstellung aufs neue den Beweis für die Unhaltbarkeit der wirtschaftlichen und hygienischen Zustände sowohl speziell in der Konfektion als auch in allen anderen Zweigen der Hausindustrie erbracht hat und fordert deshalb von der Reichsregierung, daß sie dem Reichstag unverzüglich einen Gesetzentwurf vorlegt, der geeignet ist, mindestens diejenigen sozialpolitischen und hygienischen Forderungen zu verwirklichen, die der am 7. bis 9. März 1904 in Berlin tagende Heimarbeiterschutz-Kongreß aufgestellt hat. Sollte die Reichsregierung diesem berechtigten Verlangen nicht Folge geben, so erwartet die Versammlung von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, daß sie die Initiative dazu ergreift.

Ferner erachtet es die Versammlung sowohl im eigenen als auch im Interesse des laufenden Publikums für dringend geboten, daß in der hiesigen Detailkonfektion sofort durchgreifende Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Herrenkonfektionäre und Schneiderinnen herbeigeführt werden. Als solche Maßnahmen betrachtet die Versammlung folgende vom Verband der Schneider, Schneiderinnen und verwandten Berufsgenossen Deutschlands im Januar d. J. an die hiesigen Detailfirmen gerichteten Forderungen:

1. Sämtliche Maß- und Lagerkonfektion wird in eigenen, den modernen Anforderungen des Hygiene entsprechenden Verhältnissen hergestellt;
2. Die tägliche Arbeitszeit darf 10 Stunden nicht überschreiten;
3. Der Minimaltagelohn beträgt für männliche Arbeiter 5 M., für Arbeiterinnen 2,50 M.;
4. Ueberstunden und Sonntagsarbeit ist nur in ganz dringenden Fällen zulässig und werden Ueberstunden mit 25 Proz., Sonntagsarbeit mit 50 Proz. Aufschlag bezahlt;
5. Sämtliche Arbeitsgeräte und Maschinen sind vom Arbeitgeber zu liefern.

Die Verbandleitung wird beauftragt, diese Forderungen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln — Versammlungen, Flugblätter, Boykott usw. — zur Durchführung zu bringen.

Den süddeutschen Konfektionäre, die in dreiwöchentlichem Kampfe den Widerstand der Konfektionäre gebrochen haben, spricht die Versammlung ihre Anerkennung aus und verpflichtet sich, durch unangenehme Wirken für die Organisation auch die Berliner Konfektionäre in den Stand zu setzen, den hiesigen Konfektionären als geschlossene Masse gegenüberzutreten und Forderungen zu stellen, um unsere Lohnverhältnisse der Zeit anzupassen.

Deutsches Reich.

Sämtliche Schiffbauer und deren Hülfarbeiter in Mülrose (Frankfurt-Leubus) befinden sich seit dem 20. Januar im Streik. Ihre am 27. Januar eingereichten Forderungen betrafen: Aufbesserung der Löhne von 88 auf 40 Pf. für die gelernten und 28 auf 30 Pf. für die ungelernen Arbeiter pro Stunde. Ferner eine Herabsetzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden, sowie Befestigung gegenseitiger Kündigung. Die Annahme der Forderungen, welche die Forderungen enthielten, wurde von den drei am Orte befindlichen Unternehmern verweigert, worauf die Arbeitseinstellung einmütig erfolgte. Nachdem die Arbeit auf den Werften vollständig ruhte, was zum erstenmal in Mülrose der Fall ist, ließen die Herren mit sich reden und wollten, großmütig wie sie nun einmal sind, einen Pfennig Zulage vom 1. April ab bei 11stündiger Arbeitszeit für die besseren Arbeiter anerkennen. Am Streik beteiligt sind 98 Arbeiter. Streikende, die sich anderswo Arbeit verschafft haben, wurden auf Verreiben nach ein paar Stunden wieder entlassen.

Zugang ist streng fernzuhalten.

Die Aussperrung auf der Reptanwerft in Kofod.

In den letzten Tagen sind Versuche zur Beilegung der Differenzen gemacht worden. Es handelt sich in erster Linie um die Beendigung des Streiks der Schiffbauer. Die Direktion erklärte sich bereit, alle Schiffbauer mit Ausnahme von zwei Mann einzustellen, wollte aber die Abmachungen schriftlich niederlegen. In einer darauf abgehaltenen Schiffbauer-Versammlung erklärten die beiden Kollegen auf die WiederEinstellung zu verzichten. Damit war die Grundlage für die Wiederherstellung des Friedens gegeben. Die darauf eingelaufenen schriftlichen Festsetzungen der Direktion waren so gut wie nichtig. Da entschloß sich die Kommission, ein Schreiben an die Direktion zu richten, in welchem um Festlegung bestimmter Bedingungen für die Wiederaufnahme der Arbeit nach Vorschlag der Kommission ersucht wurde. Diese Vorschläge enthielten das Verlangen der Wiedereinstellung aller Streikenden und Ausgesperrten mit Ausnahme der zwei, die verzichtet haben. Wenn nicht sofort alle eingestellt werden können, wegen technischer Schwierigkeiten, so soll eine kurze aber bestimmte Frist gesetzt werden. Ferner verlangt die Kommission, daß die Lohn- und Affordverhältnisse gegen früher unverändert bleiben, es sei eine Erhöhung eher angebracht, als die Befassung auf den jetzigen Stand.

Maßregelungen aus Anlaß der Bewegung oder wegen Zugehörigkeit zur Organisation sollten nicht zulässig sein.

Die Direktion antwortete darauf, sie könne nur 1600 Mann beschäftigen und deshalb nicht alle Streikenden und Ausgesperrten einstellen. Die Löhne und Affordverhältnisse sollten im allgemeinen bestehen bleiben, doch müßten einige Afforde, die bei den Konkurrenzfirmen niedriger seien, entsprechend geregelt werden. Weiter bemerkt die Direktion, sie könne nicht beurteilen, was unter Maßregelungen aus Anlaß der Bewegung zu verstehen sei.

Welche Reaktion! Man will sich wohl, unter dem Vorwande, nicht alle einstellen zu können, die Möglichkeit der Maßregelung offen halten. Wenn die Direktion 1600 Mann einstellen kann, so können auch sämtliche Streikende und Ausgesperrte wieder beschäftigt werden.

Es muß jedoch ausdrücklich festgestellt werden, daß diese Dinge noch kein Grund zur Ablehnung des Angebots gewesen wären.

Was aber zur Ablehnung führte, daß war die Drohung mit Herabsetzung der Affordpreise. Wenn die Schiffbauer darauf eingegangen wären, so hätten sie den Tischlern und Schiffzimmerern das Einkommen herabgedrückt; das ist es, was zur Fortführung des Kampfes geführt hat.

Zugang nach Kofod, insbesondere von Schiffbauern, ist nach wie vor auf das strengste fernzuhalten.

Zivilgerichtliche Aufhebung des Versammlungsrechts.

Was die Reaktionen aller Schattierungen mit Hilfe des Strafrechts und der Polizei immer noch nicht ganz fertig bringen konnten, das ist dem Brauereibesitzer Hahn in Glaucha — Sachsen geht natürlich auch hier voran — durch Annahme des Zivilgerichts mit Leichtigkeit gelungen. Der genannte Unternehmer hat gerichtliche Einhaltsbefehle erwirkt, wodurch die Verbreitung von Flugblättern und die Abhaltung von Versammlungen verboten werden, die bestimmt sind, die Bevölkerung über Konflikte der Brauereiarbeiter mit dem genannten Unternehmer aufzuklären und das Publikum vom Genus des Bieres der betreffenden Brauerei abzuraten. Dieses eigenartige Vergehen gegen das Versammlungsrecht ist kürzlich im sächsischen Landtage kritisiert worden. Trotzdem geht es in Glaucha in denselben Bahnen wie bisher weiter. Vor einigen Tagen sollte in Glaucha wieder eine Versammlung abgehalten werden mit der Tagesordnung: „Die Differenzen in der Stadtbrauerei Glaucha.“ Wieder machte der Brauereibesitzer das Amtsgericht gegen den Einbruch der Versammlung mobil und erwirkte auch auf dem schnellsten Wege eine einstweilige Verfügung, welche unter Androhung einer Strafe von 500 M. dem Einbrecher untersagt, in öffentlichen Volksversammlungen durch Umgebungen irgendwelcher Art die Arbeiterchaft von Glaucha und Umgebung aufzufordern, die Schankwirtschaften, die Bier des Antragstellers verschänken, zu meiden oder den Wirten und Bierhändlern zu Glaucha und Umgebung die Vermeidung ihrer Gastwirtschaften für den Fall in Aussicht zu stellen, daß sie Bier des Antragstellers zum Verkauf bringen.“ — Außer diesem ganz allgemeinen Verbot von Versammlungen, die sich gegen den Konsum von Bier der Stadtbrauerei richten, ist durch dieselbe Verfügung des Amtsgerichts noch besonders die für einen bestimmten Tag bereits angemeldete Versammlung verboten worden.

An dieser gerichtlichen Inerkräftigung des Versammlungsrechts für bestimmte Fälle steht man deutlich, daß wir in einer Gesellschaft leben, wo das Geschäftsinteresse der Unternehmer weit mehr gilt als das gesetzlich festgelegte Recht der Staatsbürger, dem die amtgerichtliche Verfügung kann sich doch nur auf der Annahme stützen, daß die geschäftlichen Interessen der Brauerei gefährdet werden, wenn jemand die Arbeiterchaft von Glaucha überzeugt, daß es im vorliegenden Falle eine Pflicht der Solidarität und ohne Zweifel ihr gutes Recht ist, das in Frage stehende Bier nicht zu trinken.

Der Streik der Kohlenarbeiter in Kiel dauert weiter, da die Firma Jhns u. Graf nach Scheitern einer Verhandlung alles Entgegenkommen ablehnt. Durch große Annoncen werden jetzt Arbeitswille gesucht bei 8—9 M. Tagesverdienst, doch solche sind in Kiel nicht zu haben, weshalb Marinemannschaften zu Streikarbeit kommandiert wurden. Ferner sind Agenten im Inlande auf der Suche nach „nützlichen Elementen“, um den Kieler Kohlenarbeitern, von der Firma „Sprüldose“ genannt, die Streiklast auszuweihen. Wir ersehen die organisierte Arbeiterchaft allerorts, etwa auftauchende Streikbrecheragenten heimzulenken und den Zugang fernhalten zu wollen. Etwas Nachrichten bitten wir zu richten an Transportarbeiter-Verband Kiel, Bährstraße 24.

Die Aussperrung der Stukkateure in Königsberg hat folgende Ursachen: Eine Firma holte Arbeitskräfte von außerhalb heran, ob-

gleich in Königsberg arbeitslose Stukkateure genug vorhanden sind, um den Bedarf zu decken. Diese Firma wurde geipert, die übrigen Unternehmer erklärten sich mit derselben solidarisch und spezien daraufhin alle organisierten Stukkateure aus. Als Unorganisierten soll ihnen das Weiterarbeiten gütig gestattet werden. Selbstverständlich verzichten die Stukkateure lieber auf die Arbeit bei diesen Unternehmern als auf ihre Organisation.

Die Holzarbeiter haben in vier Möbelfabriken in L. a. B. e. d. die Arbeit niedergelegt, um ihre auf Verbesserung der Löhne gerichteten Forderungen durchzusetzen. Circa 170 Arbeiter stehen im Streik.

Die Tischler in Bernburg haben eine Lohnbewegung beschloffen. Sie fordern die 9/11stündige Arbeitszeit, Erhöhung der bisherigen Stundenlöhne, Zahlung eines Mindeststundenlohnes von 88 Pf. und entsprechenden Zuschlags für Ueberstunden- und Sonntagsarbeit.

Rusland.

Streikbewegungen in der Schweiz. Die Lohnbewegung der Konfektionäre in Zürich ist mit einer Lohn-erhöhung von 10 Proz. beendet worden. — Die Bauarbeiter in Zürich, Maurer, Dandlanger, Zimmerleute, Plaser, Steinhauer, Anschläger, Barstletzer und Monteur stehen in Lohnbewegungen, 300 Gipser stehen im Streik. Auch in St. Gallen sind die Bauarbeiter in eine Lohnbewegung eingetreten. — Die Tischler in Lausanne streiken um den Neuanstandtag.

Ein kantonaler Arbeitsamt ist in Freiburg (Schweiz) errichtet worden, dessen Aufgabe die unentgeltliche Arbeitsvermittlung ist. Das Arbeitsamt untersteht einer Kommission von Mitgliedern des Gewerbegerichts, auch der Direktor des Gewerbevereins und der kantonale Lehrlingsinspektor gehören derselben an.

Das Arbeitersekretariat für den Kanton Schaffhausen (Schweiz) erhält, einem Beschluß des Großen Rates zufolge vom jetzt an eine staatliche Subvention von 1000 Frank jährlich.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Sieben auf einen Streich.

Erfurt, 20. Februar. Eine Privatdepesche meldet uns, daß die Staatsanwaltschaft wegen sieben Artikeln Anklage gegen unser Erfurter Parteiorgan, die „Tribüne“, erhoben hat. Die Anklagen lauten auf Aufreizung und Verächtlichmachung. Alle Delikte wurden in Artikeln gefunden, die kurz vor und nach dem 21. Januar veröffentlicht sind.

Nachwirkung vom Bauarbeiterstreik.

Hamburg, 20. Februar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Beim Iphoer Bauarbeiterstreik stellten Bürgermeister und Stadtvaterung den arbeitswilligen Italienern und Polen die Choleraabzude als Wohnung zur Verfügung. Rebalteur Loepfer vom „Gaußhülfsarbeiter“ kritisierte die Parteinahme zugunsten der Unternehmer und nannte es einen Schandfleck für die Stadtvaterung. Bürgermeister Hausknecht und Unternehmer Paß strengten einen Prozeß beim Landgericht Hamburg an. Loepfer wurde Wahrnehmung berechtigter Interessen zugesprochen, er habe sich aber in der Form vergriffen. Das Urteil lautete auf 75 Mark Geldstrafe. In der Begründung wurde die Maßnahme der Iphoer Behörde als parteiisch dargestellt. Der Strafantrag lautete auf 350 Mark.

Lohnbewegung der Hamburger Schauerleute.

Hamburg, 20. Februar. (B. Z. V.) In der Angelegenheit der Lohnbewegung der hiesigen Schauerleute fand heute eine Sitzung der Arbeitgeber statt, in welcher beschlossen wurde, die Wünsche der Arbeiter entgegenzunehmen und zu prüfen. Zu diesem Zwecke soll am Donnerstag in der Handelskammer unter dem Vorsitz des Vereins Hamburger Meeder eine gemeinsame Sitzung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer stattfinden. Irgendwelche Gefahr einer Arbeitsniederlegung besteht nicht.

Ein heftiges Kolonialbild.

Brüssel, 20. Februar. (B. Z. V.) Kammer. Das Haus und die Tribünen sind stark besetzt. Van der Weide, Sozialist, entwickelt seine Interpellation über den Kongostaat. Nicht nur in England, sondern überall in der Welt hätten sich Stimmen erhoben gegen die unmenntliche Ausbeutung des Regers am Kongo. Der Bericht des Untersuchungs Ausschusses habe die Richtigkeit der bisherigen Anklagen bestätigt. Der im Kongostaat vollbrachten Erschließung sei Anerkennung zu zollen, aber von jenen, die dieselben betreiben, seien Maßnahmen des Schutzes und der Zivilisation zu verlangen. Die Verwaltungsform sei jedoch auf Landraub und Zwangsarbeit gegründet. Redner erbot sich bereit gegen die Franzosen.

Das System der Zwangsleistungen habe die Eingeborenen zum Widerstande auf. — Die eingeborenen Wächter verließen ihren Dienst in der brutalsten Weise. Redner führt zahlreiche Stellen aus dem Berichte des Untersuchungs Ausschusses zur Unterstützung seiner Behauptungen auf und erklärt, der Kongostaat habe den Sklavenhandel wieder gestattet, um Polizeimannschaften zu erhalten. Der Kongostaat sei verantwortlich für das Ausbeutungssystem, dessen Hauptstütze der Staat selbst, die konfessionierten Gesellschaften und die Kronomanen seien.

Redner wirt dem Kongostaat vor, daß er ein Preßbureau unterhalte, das Zeitungen und Journalisten bestimme und von einem Brüsseler Richter geleitet werde. Statt dem Kongobudget zuzulassen, würden die Geider der Kronomanen für Luxusausgaben verwendet. Der Kongostaat nehme seine Zuflucht zu Anleihen, deren jegliche Höhe 180 Millionen betrage und die Pelgen eines Tages zurückzahlen müsse. — Redner empfiehlt eine parlamentarische Untersuchung über die Organisation der Kolonie im Falle der Angliederung an Belgien.

Der Minister des Äußeren, Baron de Favereau, bestreitet die Richtigkeit der vom Interpellanten gegebenen Ziffern.

Kolonialstreit.

Paris, 20. Februar. (B. Z. V.) In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer behandelte Rouanet Grausamkeiten, die im Jahre 1903 am Kongo begangen worden seien, er behauptet, daß in einer Gegend 20 000 bis 30 000 Eingeborene niedergemacht worden seien. Er führt verschiedene Vorgänge an, für welche er die Verantwortlichkeit dem Gouverneur Gentil zuschreibt. Er greift die Politik Gentils lebhaft an und macht es dem Kolonialminister Clementel zum Vorwurf, ihn zu schützen.

Der Held von Smolapsk.

Döskow (Rußland), 20. Februar. (B. Z. V.) Anlässlich des heute beginnenden Prozesses gegen den Marineleutnant Schmidt wurde die Stadt von Truppen stark besetzt. Im Hafen liegen Kriegsschiffe in Bereitschaft. Dem Verteidiger Schmidt wurde gestattet, mit Schmidt zu sprechen, während dies den Verwandten Schmidts untersagt wurde. Schmidt sieht sehr krank aus.

Attentat auf einen russischen General.

Ashabad, den 20. Februar (Melbung der Petersb. Tel.-Agent.). In der vergangenen Woche während des Weiraufschusses wurde hier der General Dschurawel samt seiner Dienerschaft ermordet.

Eine Bombenfabrik.

Cherson, 20. Februar. (Melbung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Hier wurde in der Reichlichen Straße eine Bombenfabrik entdeckt. Es wurde eine fertige Bombe gefunden und ferner waren neun Bomben vorhanden, die noch nicht mit Explosivstoffen gefüllt waren. Im Zusammenhang mit der Entdeckung wurde ein kürzlich hier eingetroffener Jude verhaftet.

Reichstag.

18. Sitzung. Dienstag, den 20. Februar, 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf Posadowski. Erster Punkt der Tagesordnung ist die erste und zweite Beratung des deutsch-äthiopischen Freundschafts- und Handelsvertrages.

Abg. Weyl (natl.) hofft aus dem Vertrage eine Zunahme des deutschen Handels in Abyssinien. ...

Ohne weitere Debatte wird der Vertrag in erster und zweiter Lesung angenommen.

Kunstmehr wird die Staatsberatung beim Etat des Reichsamts des Innern, Kapitel: Einmalige Ausgaben fortgesetzt.

Abg. Frhr. v. Hertling (Z.) begrüßt die Fertigstellung der Reichsstatistik über die durch die Meisterwerke Peruginos, Ghirlandajos usw., vor allem aber durch die unsterbliche Denkmäler Michelangelos ausgezeichnete Sirtinische Kapelle im Vatikan.

(Die Abgeordneten betrachten mit Interesse die großen, auf den Tisch des Hauses niedergelegten Reproduktionen.)

Abg. Eichhoff (fr. Sp.) denkt in warmen Worten des Gründers der „Gesellschaft für deutsche Erziehung“, Prof. Rehrbach, welcher kürzlich gestorben ist.

Abg. Schrader (fr. Sp.) schließt sich diesen Worten an. Staatssekretär Graf Posadowski dankt für die Anregungen der beiden Redner und verliest eine Denkschrift über die Tätigkeit der Gesellschaft. (Weißl. links.)

Zum Titel 21 (Beitrag des Reiches zu den Kosten des Ausbaues der Hohenloheburg, VI. Kate 200 000 M.) erhält das Wort Abg. Ledebour (Soz.):

Ich bitte Sie um die Ablehnung der Forderung. Die ausführlichen Mitteilungen des Herrn Berichterstatters muß ich doch noch in einigen Punkten ergänzen. Er führte aus, daß in der Kommission seitens des Vertreters der Regierung mitgeteilt sei, daß infolge des Baues der Hohenloheburg sich der Besuch der Vogesen von 1500 auf 38 000 Besucher gesteigert habe. ...

Die wesentlichen Mehrkosten für den Bau der Hohenloheburg sind dadurch erwachsen, daß — als man an den Bau heranging — es sich herausstellte, daß es sich nicht bloß handele um den Ausbau der Ruine, sondern daß der ganze Boden, der ganze Fels derartig verwittert ist, daß man geradezu einen neuen Fels aufbauen muß. ...

Die Kosten für diesen Sprung ins Dunkle tragen. Nun hat ja der Reichstag leider — gegen unsere Stimmen — seinerzeit die erste Summe bewilligt. Wenn aber jetzt diese neue Forderung an uns herantritt, so liegt die Sache doch nicht so einfach, wie der Herr Berichterstatter sie dargestellt hat. ...

Zu kommt noch ein allgemeiner Grund, der gegen diese Ruinenbauten überhaupt spricht. Das ist die Tatsache, daß der Neubau einer Burg an der Stelle einer alten abzubrechenden Ruine in gewissen engen Zusammenhang steht mit der ganzen romantischen Bauepidemie, die im gegenwärtigen Deutschland ausgebrochen ist. ...

Das ist die Tatsache, daß der Neubau einer Burg an der Stelle einer alten abzubrechenden Ruine in gewissen engen Zusammenhang steht mit der ganzen romantischen Bauepidemie, die im gegenwärtigen Deutschland ausgebrochen ist. ...

losigkeiten. Eine Regierung, die derartiges fertig bringt, ist gar nicht würdig, vom deutschen Reichstag noch für Kunstzwecke Geld zu erhalten. Wenn der Reichstag diese Richtung noch weiter fördert, wenn er den Ausbau der Hohenloheburg bewilligt, so ist das nur ein Anreiz, auch das Heidelberger Schloß auszubauen. ...

Staatssekretär Graf Posadowski: Wahrscheinlich ist doch, daß nicht die Schönheit der Vogesen, die seit Erschaffung der Welt daselbst, sondern erst der Ausbau der Hohenloheburg die mit ihm zusammenfallende Steigerung des Besuches von 1500 auf 38 000 hervorgerufen hat. ...

Professor Geiger, einer der hervorragendsten Kunstkritiker, der den Kunstakademien von Florenz, Paris und Rom angehört hat, schließt einen Artikel mit den Worten, daß er schon jetzt der Ueberzeugung sei, die Hohenloheburg werde nicht nur eine der interessantesten und großartigsten Sehenswürdigkeiten des Elsaß, sondern Europas sein. ...

Der Abg. Ledebour hätte künstliche Ruinen, wie wir auf der Pfaueninsel eine haben, nicht mit dem Ausbau einer historischen Ruine gleichsetzen dürfen. Wenn der Abg. Ledebour jemals auf der Hohenloheburg gewesen ist, kann er doch nicht bestreiten, daß noch so viel von dem alten Bau erhalten ist, daß von einer Phantasieburg bei dem Neubau gar nicht die Rede sein kann. ...

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Das vorige Mal war es die „letzte“ Forderung, diesmal ist es die „allerletzte“ Forderung, und das nächste Mal wird die „unwiderruflich letzte“ Forderung kommen. (Heiterkeit.) Ich bin Gegner alles Restaurierens. ...

Abg. v. Kardorff (Kpt.): Herr Ledebour hat die Befürchtung ausgesprochen, daß nach der Hohenloheburg die Restaurierung des Heidelberger Schlosses folgen würde. Ich bin durchaus mit ihm darin einverstanden, daß das eine entsetzliche Barbarei wäre. (Bravo! links.)

Abg. Ledebour (Soz.): Ich freue mich, daß ich einmal von ganzem Herzen mit Herrn v. Kardorff einverstanden sein kann. (Heiterkeit.) Er kann von Glück sagen, daß er nach Herrn v. Staudy gesprochen hat, sonst würde dieser dieselben wehmütigen Betrachtungen auch über seinen Ton angestellt haben. (Heiterkeit.) Der Herr Staatssekretär hat den Wiederaufbau der Hohenloheburg in Parallele gestellt mit dem Wiederaufbau der Marienburg. ...

Wie sind es in Preußen ja gewohnt, daß Versprechen der Könige nicht eingelöst werden (Lebh. Cho! rechts; Zustimmung links; Glocke des Präsidenten.) Präsident Graf Ballestrem: Das dürfen Sie nicht sagen: daß in Preußen die Versprechen der Könige nicht eingelöst werden; das verfährt gegen die Ordnung des Hauses; ich rufe Sie zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Abg. Ledebour (fortfahrend): Historische Erinnerungen sind ja in Preußen lebendig; ich erinnere an das Versprechen Friedrich Wilhelm III., dem Volke eine Verfassung zu geben. ...

Abg. Ledebour (fortfahrend): Auf diese Tatsache hat der Staatssekretär mit keinem Wort reagiert. Und das ist das Entscheidende. Nicht das Deutsche Reich wird bloßgestellt — ich will nicht erklären, wer bloßgestellt wird, aber diesen Ausdruck des Herrn v. Staudy lehne ich unbedingt ab. ...

Abg. Schlumberger (natl.): Ich erkläre, daß ich als Elsaß-Lothringer mich zum Wort gemeldet hätte, bevor Herr Ledebour seine Vorwürfe gegen uns erhob. Die Landesvertretung in Elsaß-Lothringen hat seinerzeit sich beinahe einstimmig für die Gewährung dieses Postens ausgesprochen. (Dort! dort! rechts.) ...

Der Titel wird hierauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Freisinnigen bewilligt. Eine Forderung von 43 850 M. als Beitrag zu den Kosten für eine Drahtentlastung am Bodensee zur Erforschung der oberen Luftschichten wird vom Vertreter des Wahlkreises, Abg. Hug-Konstant (Z.) empfohlen und genehmigt. ...

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) zieht den Antrag, da der Hauptantragsteller, der Abg. Kampf, als Präsident des deutschen Handelslages, heute am Erscheinen verhindert sei, bis zur dritten Lesung zurück.

Der Titel wird bewilligt. Zum letzten Titel des Ordinarius: 20 000 M. als erste Rate für Forschungen auf dem Gebiete der Reblausbekämpfung gibt Abg. Freiß (Elsaß) eine Uebersicht über die Erfolge und Mißerfolge der verschiedenen Mittel der Reblausbekämpfung in den deutschen Bundesstaaten.

Staatssekretär Graf Posadowski: Die Infektion in Elsaß-Lothringen ist so intensiv wie in keinem deutschen Bundesstaate. Die Kommission wollte zunächst sogar den ganzen Weinbau in der Umgebung von Reh vernichten. ...

Die Resolution Dr. Jäger (Z.) — Baumann (Z.) und Genossen betreffend Einsetzung von hauptamtlichen Kontrollbeamten für die Weinproduktion wird mit großer Mehrheit angenommen, während die Resolution Dr. Burckhardt (Biel. Sp.) — Dr. Dahlem (Z.) und Genossen betreffend bleihaltige Weckruddel abgelehnt wird.

Es folgen die außerordentlichen einmaligen Ausgaben. Als Titel 1 werden zur Forderung der Herstellung geeigneter Kleinwohnungen 2 143 000 M. gefordert, um Darlehen an Private und gemeinnützige Genossenschaften zu gewähren.

Abg. Günther (natl.) befreit, daß die Reichsgelder, die für diese Zwecke ausgegeben werden, immer in der geeigneten Weise ausgegeben würden. Daher fühlen sich die Hausbesitzer in ihrem Interesse geschützt. (Weißl. rechts und bei den Nationalliberalen.)

Regierungskommissar Geheimrat Grimm: Wir bemühen uns, von Fall zu Fall auf Grund möglichst eingehender Erforschungen über die Gewährung von Darlehen zu entscheiden.

Abg. Dr. Jäger (Z.) (Auf der Tribüne unterständlich) vertritt sich über das ganze Gebiet der Wohnungsfürsorge. Hiermit schließt die Debatte. Der Titel und damit das Kapitel wird bewilligt.

Die Petitionen zum Etat des Reichsamts des Innern werden als erledigt erklärt. Die Einnahmen werden ohne Debatte bewilligt. Damit ist der Etat des Reichsamts des Innern in zweiter Lesung erledigt.

Der Etat des Rechnungshofes wird ohne Debatte angenommen. Es folgt der Etat des Reichsjustizamtes.

Beim Titel „Staatssekretär“ fragt Abg. Kaffermann (natl.), wie weit die Vorarbeiten des Gesetzes zum Schutze der Bauhandwerker gebieten sind, und berichtet über die Reichstagsverhandlungen über diese Frage vom 22. Januar 1906. Die Frage ist sehr zweifelhaft. ...

Die Strafprozedur, vor allem aber auch das Zivilprozedurverfahren sind sehr reformbedürftig. In weiten Kreisen des Volkes herrscht große Unzufriedenheit über die Dauer der Prozesse, über die Unbilligkeit des Verfahrens und die dadurch entstehenden hohen Kosten. Eine großzügige Reform muß einseigen mit einer Erweiterung der Zuständigkeit der Amtsgerichte. ...

Das Reichsjustizamt steht ja jetzt unter dem Zeichen einer umfassenden Reform des gesamten Strafrechts.

Ich habe für eine Reform folgende dringliche Fragen hervor: Bei Vapallien, z. B. geringen Diebstählen, soll nicht immer schwere Strafe, Gefängnisstrafe, eintreten müssen; bei geringen Vergehen soll nicht immer das ganze Vorstrafenregister verlesen werden, auch sollen die Vorstrafen in gewisser Zeit verjähren. Die Jugendlichen könnten besonderen Richtern überwiesen und die Öffentlichkeit des Verfahrens für sie eingeschränkt werden. Einig ist sich die Juristenwelt in der Forderung der

Dauerhaftigkeit des Straftatens von 12 auf 14 Jahre.

Die Fortschritte des neuen Entwurfs zeigen sich vor allem in der Durchführung zweier Prinzipien: der

Einführung der Berufung gegen alle Strafgerichtsurteile

und die Beteiligung des Laienlements an der Strafrechtspflege in allen Instanzen bei allen Gerichten.

Weiter ist ein

besserer Schutz der Zeugen

gefordert worden. Auf diesem Gebiete werden zweifellos mit Recht große Verbesserungen eintreten, doch kann hier weniger die Gesetzgebung tun als die richterliche Behandlung. Es ist bedauerlich, daß viele Richter geneigt sind, die Beweisaufnahme ins unsichere Schweißen zu lassen. Weiter wünsche ich, daß

der Zeugniszwang der Presse

endlich beseitigt werde.

Noch ein kurzes Wort über die Schwurgerichte. Bekanntlich hat die einstimmige Ablehnung der Schwurgerichte durch die Kommission den lebhaftesten Widerspruch gefunden. Ich bin nicht gegen Schwurgerichte eingenommen. Ich habe wiederholt vor ihnen plädiert und habe ganz gute Erfahrungen gemacht. Besonders seitdem ich Reichstagsabgeordneter bin, haben sich meine Erfolge, insbesondere die Zahl der Freisprechungen vermehrt. Ich erinnere an drei der besten Schwurgerichtsurteile, die auch die Kritik der sozialdemokratischen Presse gefunden haben. Zunächst an

das Lötener Urteil.

Es hat da Bekremden erregt, daß einzelne Angeklagte wegen Landfriedensbruch verurteilt sind, die von gelehrten Richtern doch wohl freigesprochen worden wären. Weiter an das Urteil des Aitauer Schwurgerichts in dem bekannten Fall, in dem vier Burken, die ein Mädchen trotz heftiger Abwehr vergewaltigt hatten, freigesprochen wurden. Und drittens an den Fall in Dortmund, wo auch entgegen dem Antrage des Staatsanwalts trotz eines vorliegenden Geständnisses Freisprechung erfolgte. Diese Freisprechungen der Schwurgerichte ist, wie gesagt, lebhaft kritisiert worden, auch von der sozialdemokratischen Presse. Ihre Kritik deckte sich mit der von Treitschke in seinem Buche „Politik“ geäußerten. Treitschke sagt dort: „Schwerlich hätten im Leipziger Hochverratsprozess gelehrte Richter Weibel und Liebnecht verurteilt. Aber der Laienrichter fürchtet für seinen Geldbeutel und fühlte sich der sozialdemokratischen Partei gegenüber auch als Partei.“

Die Umgestaltung der Schwurgerichte zu großen Schöffengerichten ist von der Reichsjustizkommission zuletzt einstimmig angenommen worden. Daß das Vertrauen auf die Rechtspflege im Volke sinkt, ist sehr bedauerlich. Durch die Ueberlastung der Schöffengerichte mit 30, 40, 50 Fällen an einem Tage muß das Vertrauen im Volke sinken. Ich spreche nicht von den Ueberlastungen der sozialdemokratischen Presse, sondern berufe mich beispielweise auf Prof. Kahl (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär Dr. Niederding:

Der Entwurf zum Schutze der Bauhandwerker wird in nicht allzulanger Zeit an den Reichstag gelangen. Wenn er, der dem Bundesrat schon lange vorliegt, noch nicht erledigt ist, so liegt das teilweise an der Geschäftslage dieses hohen Hauses, teils daran, daß einer der Referenten im Bundesrat leider schwer erkrankt ist. Von Vorarbeiten, Plänen oder Wünschen zur Verschärfung der sogenannten Reg. Heintze ist mir aus den Regierungskreisen nichts bekannt. Eine Besserung kann nicht von einem Appell an die Regierung oder Gesetzgebung, sondern nur von einem Appell an die Presse erwartet werden, daß sie die richtigen Grenzen hält und nicht auf Kosten des guten Gesinns an die äußerste Grenze dessen geht, was strafrechtlich zulässig ist.

Was die Reform des Zivilprozesses anlangt, so bin ich in der angenehmen Lage, meine vorjährige Erklärung dahin zu erweitern, daß wir im Reichsjustizamt bereits in die Vorbereitung hierzu eingetreten sind. Wir sind aber zu der Ueberzeugung gekommen, daß — wenn wir sofort in eine Reform des ganz n. Zivilprozesses eintreten würden — wir damit eine Aufgabe übernehmen, die sehr langwierig und der lebhaftesten Kritik von den verschiedensten Seiten ausgesetzt sein würde. Das Konstruktionsverfahren wird im Sinne einer Vereinfachung und Vereinfachung umgestaltet werden. Besondere Handwerkergerichte zu schaffen, ist schon deshalb abzulehnen, weil unsere Berufsrichter dadurch auf neue von einem wichtigen Gebiete des Lebens ferngehalten würden. Mit Ausschluß der Wechsel- und Umlaufprozesse hatten wir im letzten Jahre 44 300 Prozesse; die Handwerker waren an ihnen als Kläger in 400, als Beklagte in 1400 Fällen beteiligt, besonders wegen gelieferten Materials. Endlich sind Handwerker gegen Handwerker in 250 Fällen aufgetreten. Danach empfehlen sich Sondergerichtshöfe für Handwerker nicht.

Daß die Strafrechtsreform noch einige Jahre in Anspruch nehmen wird, ist richtig. Gegen eine Vorvernahme der Einführung der Geldstrafe für kleine Diebstähle haben sich auf Befragen sämtliche Einzelstaaten erklärt. — Ich hoffe, meine Ausführungen haben bewiesen, daß ich den guten Willen habe, die hier gegebenen Anregungen eingehend zu prüfen.

Abg. Bergmann (fr. Sp.): Der Plan, die Schwurgerichte zu beseitigen, hat in ganz Deutschland die größte Beunruhigung hervorgerufen, die sich erst legte, als das bayerische Justizministerium sich entschieden dagegen erklärte. Gegen die Schwurgerichte hat nun der Abg. Wassermann Bedenken auf Grund persönlicher Einzelerfahrung geäußert. Sie würden alsdann beseitigt durch Annahme der Resolution Dr. Müller auf Ausdehnung der Zuständigkeit der Schwurgerichte auf alle Freisprechungen und der Resolution Dr. Müller-Weinigen auf Heranziehung von Geschworenen auch aus den arbeitenden Klassen und Gewährung von Diäten für Geschworene und Schöffen. Wie steht es mit der vom Reichstag angenommenen Resolution betreffend bessere Behandlung der Untersuchungsgefangenen? Wie weit ist man mit der Ausbildung der Zwangsverziehung, der Schaffung besonderer Gerichte und der Durchführung der gesonderten Strafvollstreckung für Jugendliche? Ein sehr unangenehmes Kapitel ist die Schaffung zweier Klassen von Freigesprochenen durch das Entschuldigungsgericht für unschuldig erlittene Untersuchungshaft. Der Kellerer Meier — Aufricht Angeordnet — ist zwar freigesprochen worden, aber nicht entschädigt! (Hört! hört!) Ich möchte dann noch einen Fall vortragen: Ein Lehrer bei Steint ist nach fünfundsiebenzig Jahren rehabilitiert worden — er war auf Grund des Weineides eines Steuerrektors verurteilt worden. Aber die Regierung verweigert ihm sowohl eine Entschädigung für die verflochtenen 25 Jahre des Darbens wie eine Revision des Disziplinarverfahrens, das ihn aus dem Amte entfernt hatte. (Hört! hört! links.) Das Disziplinargericht soll angeblich kein Bitternahrverfahren kennen. (Hört! hört! links.)

Staatssekretär Niederding: Was den letzterwähnten Fall anlangt, so handelt es sich um das preussische Disziplinargesetz, also nicht um ein Reichsgesetz. Dadurch übrigens, daß der betreffende Lehrer eine Pension bekommen hat, ist alles geschehen, was von seiten der Regierung unter den obwaltenden Umständen getan werden konnte. Neuerdings ist man ein Erkenntnis des Reichsgerichts ergangen, wonach ein Wiederaufnahmeverfahren auch bei disziplinargerichtlichen Entscheidungen zulässig ist. — Was die Resolution über die Beschäftigung von Strafgefangenen betrifft, so hat der Bundesrat dieselbe abgelehnt. Die Resolution hat auch der Strafrechtsreform-Kommission vorgelegen, und diese hat sich dahin ausgesprochen, daß dem ersten Teile der Resolution, soweit es sich um Unter-

suchungsgefangene handle, bereits heute entsprochen werde, daß aber dem zweiten Teile nicht stattgegeben werden könne, so lange nicht im Wege der Abänderung der Strafgesetzbuch dem Richter die Möglichkeit gegeben sei, im Erkenntnis auszusprechen, daß eine ehrlöse Bestimmung des Täters nicht zugrunde gelegen habe.

Abg. v. Dirksen (Rp.): Die Frage der unsittlichen Literatur verdient die erste Aufmerksamkeit des Parlaments. Auch auf pornographischem Gebiet wird Deutschland leider bald in der Welt vorangehen. Nicht mit einer neuen Reg. Heintze, wohl aber mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit können wir da gute Erfolge erreichen. Zufällig hat auch das preussische „ruchstündige Dreiklassenparlament“, das manchem Parlament

ein Vorbild

sein könnte, jüngst ähnliche Fragen behandelt.

Wo soll es mit den Sondergerichten hin? Nächstens wird Herr v. Gerlach auch noch Dienstbotengerichte beantragen. (Heiterkeit.) Öffentlich wird auf dem Gebiete des Mädchenhandels bald eine Besserung eintreten! — In einer liberalen Versammlung trat kürzlich ein Staatsanwalt auf und befürwortete ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie. Es ist ja das gute Recht der Beamten, sich politisch zu betätigen. Aber die richtige Ergänzung dazu ist, daß sie sich ihrer Pflichten gegenüber Kaiser und Reich bewußt bleiben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Große bürgerliche Parteien machen ja allerdings Wahlkompromisse mit der vaterlandslosen Partei! Wir haben es ja erst kürzlich erlebt, daß ein bürgerlicher Abgeordneter, der als politischer Verwandlungskünstler bekannt ist, in einem Artikel voll und ganz sich auf die Fahne der Sozialdemokratie eingeschrieben hat. Da muß man aber sagen: Quod licet bovi, non licet Jovi. (Was einem Ochsen erlaubt ist, ist einem Jupiter nicht erlaubt.) Ich möchte an den Staatssekretär die Frage richten, ob er es für zulässig hält, daß ein deutscher Justizbeamter sich öffentlich mit der Sozialdemokratie

verbündet!

(Lebhafter Beifall rechts.)

Präsident Graf Vallaske: Der Abg. v. Dirksen hat ein bekanntes Sprichwort umgedreht. Ich will nicht hoffen, daß er mit dem „Ochsen“ (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sich selber meint. Große Heiterkeit links.) einen Abgeordneten gemeint hat.

Staatssekretär Dr. Niederding: Ich habe keinen Anlaß und kein Recht, nach der Verfassung, gegen einen Justizbeamten einzuschreiten. Wo ich kein Recht habe, jemand zur Verantwortung zu ziehen, schweige ich lieber. Die erfassende Landesverwaltung kennt den Fall! Aber auch eine Anfrage meinerseits, was sie zu tun gedenke, übersteigt meine Kompetenz; denn sie wäre nicht verpflichtet, mir darüber Auskunft zu geben, was sie verfassungsmäßig zu erledigen allein berechtigt

und verpflichtet

ist. Hierauf vertagt sich das Haus.

Persönlich stellt

Abg. Wassermann (natl.) gegenüber dem Abg. v. Dirksen fest, daß er nicht für Verschärfung der Strafbestimmungen gegen die unzuchtige Literatur eingetreten sei, im Gegenteil!

Abg. v. Gerlach (fr. Sp.): Ich habe niemals irgend etwas gesagt, was auf die Absicht schließen ließe, ich sei für Dienstbotengerichte. Meinen Artikel, von dem Abg. Dirksen sprach, kann er nicht gelesen haben; denn wer ihn gelesen hat und daraus das ableitet, was der Abg. v. Dirksen daraus ableitet, hätte zum Artikel lesen kein größeres Verständnis als ein gewisses Tier zum Lautschlagen. (Heiterkeit.)

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. Tagesordnung: 1. Zweite Lesung des Antrages Albrecht (Soz.) und Genossen auf Wahlrechtsreform. 2. Antrag Risler (L) auf Änderung des Pensionsgesetzes. 3. Antrag Wassermann (natl.) betreffend die Gehaltsauszahlungsfrist bei Krankheit der Handelsgeschäftlichen. 4. Antrag Dr. Müller-Weinigen (fr. Sp.) — Gauhmann (libd. Sp.) betreffend Gewährung von Diäten an Schöffen und Geschworene.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

27. Sitzung vom Dienstag, den 20. Februar, vormittags 10 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Weseler.

Die zweite Beratung des Justizetats wird fortgesetzt beim Titel „Gehalt des Ministers“.

Abg. Vallaske (L, sehr unverständlich) bespricht den Pflügensee-Prozess, dessen Ausgang er mit dem Abg. Lüdike für eine Kapitulation vor den sozialdemokratischen Redaktoren und als einen Schlag gegen das Ansehen unserer Justiz bezeichnen müsse. Er sei empört darüber, daß es gelungen sei, durch stumpfsinnige Demagogie und die Mittel schrankenloser Rabulistik die Staatsgewalt derart lahm zu legen.

Abg. Brütt (fr. L): Unser Zivilprozess ist außerordentlich langsam. Das zeigt namentlich ein Vergleich mit Oesterreich. Dort wird doppelt so rasch gearbeitet wie bei uns.

Abg. Peltzohn (fr. Sp.) regt unter Bezugnahme auf einen Artikel in der „Deutschen Juristen-Ztg.“ über die Behandlung jugendlicher in Amerika die Einführung von Jugendgerichten an und befürwortet sodann die Gewährung von Diäten an Schöffen und Geschworene.

Justizminister Dr. Weseler: Der Ausgang des Pflügensee-Prozesses hat auch mich nicht befriedigt. Daß der Oberstaatsanwalt auch geprüft haben wird, wie der Prozeß ausgefallen wäre, bezweifle ich nicht. Eine Reform des Strafgesetzbuches halte ich für dringend; dabei wird dann einem versätkten Säug der persönlichen Ehre Rechnung getragen werden. (Beifall rechts.) Die Verhandlungen über eine Reform der Strafprozessordnung schweben noch. Mit der Vermehrung der Richterstellen gedenke ich fortzufahren. Daß die Rechtsprechung jetzt zu langsam arbeitet, ist richtig. Es wird sich aber nur ändern lassen, wenn unser bestehendes Gesetz geändert wird. Vorbereitungen in dieser Richtung sind bereits gemacht. Die Neuerungen sollen sich insbesondere auf das amtsgerichtliche Verfahren erstrecken.

Die Behandlung der Jugendlichen in unserer Rechtsprechung ist in der Tat noch eine offene Frage. Die Gefängnisverwaltung ist heute schon bemüht, eine Trennung der älteren Gefangenen und der jugendlichen durchzuführen.

Abg. Kirch (B.) bittet den Minister, von der im Herrenhause angeregten Neuregelung des Vorbereitungsdienstes der Juristen abzusehen.

Ein Antrag auf Schluß der Besprechung wird angenommen. Das Gehalt des Ministers wird bewilligt.

Abg. Dr. Reil (natl.) tritt für eine Erhöhung der Gehälter der Senatspräsidenten ein.

Abg. Dr. v. Campe (natl.) klagt über zudiel Entgegenkommen der Gerichte gegen das Querulantenwesen.

Abg. Tourneau (B.) befürwortet eine Besserstellung der Kanakisten.

Abg. Keruz (fr. Sp.) ersucht den Minister, die Kanakleibordnung einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen.

Abg. Cassel (fr. Sp.) bespricht die neue Berliner Gerichtsorganisation und fragt, ob es nicht möglich sei, sämtliche Zivilkammern der drei Landgerichte in einem Gebäude unterzubringen.

Justizminister Dr. Weseler: Eine Vereinigung aller Berliner Zivilkammern in einem Gebäude läßt sich nicht durchführen.

Abg. Dr. v. Campe (natl.) bittet den Minister, dafür zu sorgen, daß bei dem neuen Gesetz über die Berufsvereine Kantelen geschaffen würden, damit nicht ein

ultramontanes Aukufdei

ausgebrütet würde, aus dem dann nachher der Jesuit herauskäme. (Großes Gelächter und Unruhe im Zentrum.) Schon jetzt liegen sich

die katholischen Orden als Gesellschaft mit beschränkter Haftung ins Handelsregister eintragen. So etwas müsse in Zukunft beseitigt werden.

Vizepräsident Dr. Porsch: Die Herren werden es verstehen, wenn gerade ich den Redner nicht unterbrochen habe. Ich bitte jetzt aber diese Debatte nicht fortzusetzen, sondern dies beim Auktustetel zu tun. (Beifall.)

Abg. Tourneau bittet, in konfessionell gemischten Gegenden auf die katholischen Feiertage mehr Rücksicht zu nehmen.

Ein Regierungskommissar erklärt, daß für solche Gegenden, in denen starke katholische Minoritäten vorhanden seien, schon jetzt die Bestimmungen maßgebend wären, die für die Rheinprovinz erlassen seien.

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Mittwoch, 11 Uhr. Außerdem steht der Etat der Bauverwaltung auf der Tagesordnung.

Schluß 4 Uhr.

Parlamentarisches.

Ablehnung einer Reichseinkommen- und Vermögenssteuer.

Die Finanzreformkommission beschäftigte sich gestern zunächst mit dem sozialdemokratischen Antrage, dem Reichstage ein Resolution vorzuschlagen durch die der Reichskanzler ersucht wird, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen Reichseinkommen- und Vermögenssteuern eingeführt werden. Genosse Singer spricht in seiner kurzen Begründung die Hoffnung aus, daß der Antrag zur Annahme gelangt. Im Laufe der Kommissionsberatung haben die Redner fast aller Parteien sich der Erkenntnis nicht verschließen können, daß es auf dem eingeschlagenen Wege nicht mehr gut weiter geht und zu dem direkten Steuersystem übergegangen werden müssen, um die Finanznot zu beseitigen und die stets steigenden Ausgaben für das Reich aufzubringen. Nur dadurch, daß jeder fühlt und empfindet, was ihm des Reiches Herrlichkeit kostet, würde die Erkenntnis von der Notwendigkeit eines rationellen Sparsystems durch Einschränkung der Ausgaben für Militär, Flotte und Kolonien Platz greifen. Es sei durchaus nicht einzusehen, weshalb zwischen direkten und indirekten Steuern der Unterschied zwischen Reich und Einzelstaaten aufrecht erhalten werden solle. Nur durch Annahme des Antrages sei es möglich, dem mehrfach hierzulande getretenen Streben nach Gerechtigkeit, Befreiung der starken Schultern Ausdrück zu verleihen. Selbstverständlich mußte der Gesetzentwurf nach den Grundfäden des preussischen Einkommensteuer-Systems die kleinen Einkommen bis 800 M. freilassen, dann aber progressiv höher greifen und nicht bei 4 Proz. bei hohem Einkommen Halt machen.

Der preussische Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben bezeichnet den Antrag als unannehmbar für die Regierung, sowohl aus materiellen wie aus formellen Gründen. Er stehe im prinzipiellen Widerspruch mit der ganzen Steuerleggebung, schwäche die Kraft der Einzelstaaten und sei bei Berücksichtigung der Grundsätze der Steuerhebung in den Einzelstaaten nicht nur undurchführbar, sondern enthalte auch einen Eingriff in die Rechte der Einzelstaaten.

Müller-Julda hält die Annahme des Antrages wohl für geeignet, den Kurapatisten im Flottenverein einen Dämpfer aufzusetzen, wünscht ihn aber in der Weise „verbessert“, daß die Einzelstaaten je nach finanzieller Leistungsfähigkeit einen Reichszuschlag zu der Einkommensteuer zu erheben hätten, um nicht die finanziell schlechtesten Staaten zu schwer zu belasten durch eine einfache Erhöhung der Matrularbeiträge. Dieser Weg erscheint dem Reichschatzsekretär nicht gangbar, da es bei der Verschiedenartigkeit der Einkommensteuer an einem geeigneten Maßstab der Wohlhabenheit der Einzelstaaten fehlt.

Wesermann (natl.) erklärt, daß viele von seiner Fraktion dem Antrage nicht gerade unympathisch gegenüberstehen, jedoch sei bei Annahme eine Störung des föderativen Charakters des Reiches zu befürchten. Zurzeit vertritt die Mehrheit die Ansicht, daß das indirekte Steuersystem noch nicht genügend erschöpft ist und noch weiter ausgebaut werden könne!

Die Genossen Bernstein und Singer erwiderten: Die sämtlichen angeordneten Schwierigkeiten, sowohl materielle wie formelle, seien nur scheinbar und leicht überwindbar, wenn man das Prinzip anerkenne wolle. Bei der stets steigenden Zunahme riesenhafter Gewinne aus Betrieben, die den Monopolcharakter tragen, sei es eine Kleinigkeit, durch Besteuerung des Einkommens und des Vermögens die fehlenden Mittel aufzubringen und jedenfalls doch viel unbedeutlicher und weniger gemeinschädlich als die Beunruhigung und Störung kleiner und mittlerer Gesellschaften und aufstrebender Industrien durch das Suchen nach Steuerobjekten. Sie geizeln auch die Betonung des föderativen Charakters des Reiches gerade durch die Rationalisierungen. Müller-Julda erklärt sich infolgedessen einverstanden, als sie die direkten Steuern beweglich zu gestalten beabsichtigen, auch seien sie nicht abgeneigt dem Vorschlage des Zuschlages zu den Einkommensteuern der Einzelstaaten, je nach deren Leistungsfähigkeit. Da Singer die Wesermannschen föderativen Bedenken, als mit der neuartigen hochpatriotischen Rede Wülfings von der Freude an des Reiches Herrlichkeit im Widerspruch stehend ironisiert, meint Wülfing, daß ein solcher Widerspruch nicht vorhanden sei und die Freude am Reich mit Erhaltung der Selbständigkeit der Einzelstaaten in Verfassungs- und Steuerfragen nicht kontrastiere. Der Reichschatzsekretär vertritt die Ansicht, daß der Gedanke einer progressiven Vermögenssteuer schon in der Erbschaftssteuer vorliegt zum Ausdruck käme und beklagt, daß diese und sämtliche anderen Vorlagen so wenig Gegenliebe bei der Kommission gefunden haben. Nachdem sich Dr. Wieser (fr.) im zustimmenden Sinne zu dem Antrage geäußert, erklärt Gröber (Zentrum), daß die Annahme des sozialdemokratischen Antrages unmöglich sei. Er sowohl wie später sein Fraktionskollege Herold bekämpfen denselben mit so entschiedener Gegnerschaft, daß von der lauwarmen Freundschaftserklärung ihres Kollegen Müller nichts, absolut gar nichts mehr übrig blieb, nicht einmal die Aussicht auf eine anderweitige, gerechtere Verteilung der Matrularbeiträge. Namentlich Herold erweist sich als der wahre Fanatiker des indirekten Steuersystems und meint, daß ein Sturm der Entrüstung unter den Arbeitern entstehen würde, wenn sie plötzlich statt der indirekten nunmehr direkte Steuern zahlen müßten, worauf ihn Genosse Thiele erwidert, daß die Sozialdemokratie den Sturm nicht zu fürchten hätte, der entstehen würde, wenn die Arbeiter statt 80 M. indirekter Steuern in Zukunft nur noch vielleicht 10 M. zu zahlen hätten. Nachdem sich noch der christlich-soziale Burkhardt für den Antrag ausgesprochen, trotz der mancherlei Bedenken, die er dagegen habe, wird der Antrag mit 18 gegen 10 Stimmen (Soz. und Freil., Pole und Burkhardt) abgelehnt.

Sobald wird zur Beratung des Antrages der Freisinnigen übergegangen. Derselbe schlägt einen Gesetzentwurf vor, durch welchen eine Reform der Branntweinbesteuerung, insbesondere durch Festsetzung einer einheitlichen Verbrauchsabgabe und durch Aufhebung der Malzsteuer wie der Branntweinherbeigeführt wird.

Dr. Wieser begründet diesen Antrag eingehend und resumiert sich dahin, daß durch Aufhebung der Liebesgabe in Höhe von 45 Millionen und Reform der veralteten Malzsteuer und Branntweinsteuer, Beseitigung der Extrazölle für Ansteh- und Denaturierung eine weitere Einnahme von 15—16 Millionen zu erzielen sei. Einer der Regierungskommissare vertritt die Ansicht, daß durch Aufhebung der Liebesgabe gerade der arme Branntweintrinker am meisten getroffen werde, weil durch die Liebesgabe das Produkt, also der Schnaps verbilligt werde. Die 45 Millionen würden denn auch von den Branntweinconsumenten aufgebracht werden müssen. Müller-Julda (B.) erkennt diesen Einwand nicht an, tritt aber dem Antrage aus anderen Gründen entgegen und ebenso sein Fraktionskollege Hug. Der Reichschatzsekretär bittet doch nur ums Himmelswillen, die armen Branntweinbrenner

jezt noch nicht zu beunruhigen, die ohnehin schon schwer unter der Antikolonialbewegung leiden. Man soll sie doch nur bis 1912 in Ruhe lassen, dann solle ja auch die ganze Materie neu geregelt werden.

Weiterberatung heute.

Strahllose Schiebereien auf Menschen, detailliert aufgestellte Behauptungen über Korruptionen und erschreckender Übergang über „Wünschelruten“ bildeten die Thematika, die die lunterbunte Diszussion der getriggen Beratungen des Etats für Südwestafrika in der Budgetkommission brachte. Nachdem ein Regierungsvertreter dargelegt hatte, der in voriger Woche vom Abg. Erzberger gegen den Geheimrat v. König erhobene Vorwurf entbehrte der tatsächlichen Grundlage, gab Oberst Dinesorg Aufklärung über die Angelegenheit des früheren Hauptmannes Kannenberg. Die dem Manne nachgesagte Erschießung einer Frau und ihres Kindes ist zwar nicht Wahrheit, aber Standbild genug der wüthliche Vorfälle. Er sah eines Abends vor seinem Zelt. In einer nahe gelegenen Eingeborenenhütte war Lärm. Er schickte darauf zwei Boten in die Hütte mit einem Aufgebot. Als diesem nicht Folge geleistet wurde, schob er erst in die Luft, ging dann auf die Hütte zu und gab einen scharfen Schuß in das Innere der Hütte ab; einer auf dem Bette liegenden Frau drangen eine Anzahl Schrotkörner in das Gesicht und in den Oberkörper. Einzelne Schrotkörner saßen so tief, daß der Arzt sie nicht entfernen konnte. Angeblich soll der Schuß das Dach der Hütte bezw. eine Wanne getroffen haben, von wo die Körner abgeprallt sein sollen. Für diese Schieberei ist der Hauptmann nicht bestraft worden, weil die Frau keinen Strafantrag gestellt hat. Daß eine solche frivole Körperverletzung, begangen durch einen Wehrmann, ohne weiteres zur Strafverfolgung führen mußte, scheinen unsere herrlichen Kolonialherrscher nicht anzunehmen. Auf eine Anfrage über den Anlauf von Reittieren und deren Wertwendbarkeit bemerkte Oberst Dinesorg: In Argentinien sind 1650 Pferde und 6850 Maultiere angekauft worden. Die Verlustziffern sind ungefähr diese: von 10 316 deutschen Pferden sind 7590 eingegangen; von den argentinischen Pferden 600; von 9781 argentinischen Pferden 7318. Insgesamt sind von rund 21 000 Tieren 15 500 eingegangen, so daß die Verluste also ganz enorme sind. Abg. Erzberger verlangte Auskunft, ob tatsächlich beabsichtigt sei, das Gebiet der Obamboneger zu okkupieren und den Leuten ihr Land zu nehmen. Eine solche Maßnahme würde einen neuen schweren Krieg mit dem sehr kriegerischen Volk bedeuten. Nächstlich und berurteilenswert sei das Verfahren bei den Landenteignungen. An den Anschlagtafeln der Regierungsgäste werde einfach der Umfang der geplanten Annehmungen mit dem samosen Hinweis bekannt gegeben, Interessenten können innerhalb vier Wochen Einspruch erheben. Da nun die Regier nicht deutsch lesen können, und in den räumlich großen Bezirken von dem jeweiligen Anschlag nichts erfahren, gehen sie ihres Landes verlustig, ohne davon Kenntnis zu erhalten. Daher müßten Eingeborenen-Kommissare ernannt werden, die den Regern die nötigen Ausklärungen geben. Prinz v. Hohenlohe sagte das letztere zu und erklärte, zurzeit sei nicht beabsichtigt, den Obambos das Land abzunehmen. Sie seien die besten Arbeiter. Die Landregelung mit den Eingeborenen sei so gedacht, daß ein Teil der Regier in der Nähe der weißen Anstellungen, auf denen sie als Arbeiter zu verwenden sind, der andere Teil der Regier in der Nähe der Missionäre domiziliert werden solle, die eine Art Vertrauensmänner bilden sollten. Abg. Südekum beklagte die Auflösung der Stammesorganisation, ebenso auch das Projekt, die Missionäre gewissermaßen zu Eingeborenen-Tribunen zu ernennen. Die Missionäre sollen sich ausschließlich ihren idealen Aufgaben widmen. Weiter brachte Genosse Südekum zur Sprache, daß nach Informationen, die er aus Kapstadt erhalten hat, die Regierung beim Einkauf von Reit- und Jagdtieren schwer überfordert worden ist. Besonders richten sich die Anklagen gegen den deutschen Konsul in Kapstadt, Herrn v. Jakobson, und gegen den amtlichen Tierarzt Dr. Frank, die zusammen große Lieferungen an Reit- und Jagdtieren für die Regierung zu besorgen hatten.

Ein Herr Blumenthal habe Schlachtkühe zu 200 M. pro Stück offeriert; die Lieferung sei an einen Herrn Scharfschärer für 350 M. pro Stück gegeben. Es sei ein intimer Freund des Konsuls. Blumenthal habe ferner Zugochsen zu 250 Mark pro Stück angeboten, die Lieferung habe ein gewisser Krüger zu 300 Mark pro Stück erhalten. Die Vermittlung der Krügerschen Lieferung besorge ein Konsulatsbedienter v. Wilow. Krüger ist ein Viehhändler. Ein gewisser Gerber habe dem Konsul Geld zu 100 Mark pro Stück angeboten; die Lieferung haben Krüger, Schulze und der amtliche Tierarzt Dr. Frank zu 240 Mark pro Stück erhalten. Bei der Abnahme von Fellen und Maultieren lasse sich der amtliche Tierarzt 60-100 Mark Inspektionskosten für das Stück bezahlen. Weiter soll Dr. Frank ein sehr große Zahl von Maultieren an die Regierung für 400 M. pro Stück geliefert haben, die er selbst für 450-460 M. pro Stück gekauft habe. Ein Händler Friedländer habe der Regierung 500 Maultiere zu 370 M. pro Stück angeboten, Dr. Frank habe die Tiere als unbrauchbar zurückgewiesen, sie dann durch dritte Hand sehr billig ankaufen lassen und hierauf die von ihm erst als unbrauchbar zurückgewiesenen Tiere an die Regierung zum Preise von 490 M. pro Stück abgegeben. Bei einer großen Gellelieferung (1500 Stück) von Sacho und Levy in Johannesburg für die Regierung sei die letztere in ganz außerordentlicher Weise überteuert worden. Dr. Frank habe sich von dieser Firma 10 M. Unkosten pro Stück der so teuren Tiere bezahlen lassen.

Geheimrat Dr. Seitz erklärte, daß die von Südekum vorgebrachten Fälle ihm unbekannt sind.

Eine längere Debatte zeitigte die Regierungsforderung von 1 233 320 M. für weiche Hülfskräfte in der Zentral-, Justiz- und Kolonialverwaltung und für die Landespolizei. Die Mehrforderung beträgt 428 780 M., darunter allein für die Polizei 274 000 M. Die Forderung wurde mit dem Hinweis auf die 14 000 Soldaten bekämpft, die gegenwärtig noch in Südwestafrika stehen. Ein Geheimrat teilte mit, daß allein in Swakopmund jetzt durchschnittlich achtzig weiße Menschen im Gefängnis sitzen.

Die folgende Debatte betraf — die Wünschelrute. St. Paasche und konservative Redner begeisterten sich nämlich für die Wünschelrute und muteten der Kommission allen Ernstes zu, an diesen Ausrüstung zu glauben. Der Vizepräsident des Reichstages erzählte, daß ein Herr v. Wilow mit der Wünschelrute in einem ihm fremden Terrain sofort die Stelle aufgefunden habe, wo der Vitz zwei Pferde erschlagen hatte. Der Konservative v. Rippenhausen hat sich selbst einmal die Augen verbinden lassen, eine Wünschelrute in die linke Hand genommen, der v. Wilow eine Rute in die rechte Hand und — auf einmal lenkten sich die Ruten; die beiden Handwerker hatten richtig Wasser gefunden. Auch der Edel v. Wöhlendorff-Nöppin ist von der wunderthätigen Wünschelrute fest überzeugt. Bekanntlich hat sogar die Reichsregierung den Landrat v. Helar in die Kolonien geschickt, der mit der Wünschelrute Wasser suchen soll. Diese Wünschelrutendebatte spricht ganze Hände für die geradezu erschreckende geistige Miskindigkeit der Junter und der ihnen eng verwandten Nationalliberalen.

Von den sozialdemokratischen Kommissionsmitgliedern wurde beantragt, der Reichstanzler möge eine vollständige deutsche Uebersetzung des französischen Gelbdruckes über die Marokkofrage herstellen lassen und den Reichstagsmitgliedern die Uebersetzung übermitteln. Die Beschlußfassung wurde auf heute vertagt, um zuerst dem Auswärtigen Amte Gelegenheit zu einer Aeußerung über den Antrag zu geben. Inzwischen möge die Wünschelrute den hervorragendsten Körperteil der edlen Kolonialsege suchen und dann ihres Amtes walten.

Aus der Partei.

„Vorwärts“.

Unter diesem Titel erscheint seit kurzem in Lodz ein neues Kampforgan für unsere Partei. Wann es erscheint, wie oft es erscheint, das alles geht aus dem Titelblatt nicht hervor. Man will es offenbar zwanglos nach Bedarf als eine immer wiederkehrende Flugschrift erscheinen lassen.

Interessante Aufschlüsse über die Art der Agitation in Rußland gibt der Notizenteil, dem wir deswegen auch in unserem Blatte Raum geben möchten.

Wir lesen da:

Am 18. Januar sollte in der Fabrik von J. A. Puzanski eine Diskussion mit P. P. S. über Gewerkschaften stattfinden. Es versammelten sich zirka 1000 Arbeiter und da Diskussion infolge des Nichterscheinens des Vorsitzers der P. P. S. nicht stattfinden konnte, sprach unser Genosse von der gegenwärtigen Lage und den Zielen des Proletariats.

Am 17. Januar versammelten sich in der Fabrik von Nite, Duga 118 zirka 150 Arbeiter, welchen unser Genosse das Programm S. D. erläuterte und das Programm der N. D. einer scharfen Kritik unterwarf.

Am 18. Januar sprach unser Genosse in der Fabrik von Rosenblum u. Hellman, in Gegenwart von 100 Arbeitern, von der jetzigen Revolution und der Massenbewegung des Proletariats.

Am selben Tage war eine Versammlung in der Fabrik von Martens u. Zemel, Duga 57. Unser Genosse unterzog einer Kritik die gegenwärtige Staatsform und erläuterte die Bedeutung des sozialistischen Staates. Versammelt waren zirka 100 Arbeiter.

Am 20. Januar versammelten sich in der Fabrik von K. Kellier zirka 300 Arbeiter. Unser Genosse sprach vom Kampfsahre, vom 22. Januar und der Errungenschaft der Revolution.

Am 24. Januar in der Fabrik von A. Daube wurde unser deutscher Genosse von den dort Versammelten mit Ovation begrüßt. Er hielt eine längere Ansprache und entfernte sich alsdann durch den zweiten Ausgang, nach der Wölckensstraße. Der Fabrikant, der von der Versammlung Wind bekam, ließ die Polizei zu sich in das Kontor holen mit der edlen Absicht, unseren Genossen beim Verlassen des Saales verhaften zu lassen. Als ihm das Warten zu langweilig wurde, ließ er in den Fabriksaal, wo er alle Arbeiter bei ihrer Arbeit ruhig arbeitend antraf, Wütend über das Wüthigen seines Planes fing er zu schimpfen ab und drohte zwölf Arbeitern, welche seiner Ansicht nach, den Redner holen ließen, sie sofort zu entlassen, da er nicht gefonnen sei, seine Leute von solchen Rednern aufzuheben zu lassen.

Wir raten Herrn Daube, seine Hornesausbrüche ein wenig zu hemmen. Er wird sich schließlich doch daran gewöhnen müssen, daß seine Arbeiter, trotz seines Hornes, sich auch ferner das Klassenbewußtsein aneignen werden.

Am 30. Januar erklärte unser Genosse in der Fabrik von Mathe u. Hugo den dort versammelten 50 Arbeitern die Notwendigkeit sich unter der Fahne der S. D. zu organisieren.

Am selben Tage versammelten sich in der Fabrik von Wislitzki zirka 150 Personen, welchen unser Genosse den Standpunkt unserer Partei den anderen Parteien gegenüber darlegte und den Klassenkampf erläuterte.

Am selben Tage fand in der Bäckerei v. Kopezhnski eine Versammlung statt. Es wurde von der nächsten Aufgabe der Arbeiterklasse sowie von der „Duma“ gesprochen.

Wer der kühne deutsche Genosse ist, der so unter Einlegung seines Lebens die Fahne des Sozialismus hochhält und der russischen und polnischen Arbeiterschaft die Lehre des Marxismus predigt, geht aus keiner Stelle des Blattes hervor. Vielleicht wird nie ein Lied, ein Heldenbuch den Namen dieses Helden nennen. Vergessen wird seine Tätigkeit deswegen im Buche der Geschichte nicht werden, und daß sie schon Früchte trug, zeigt das Verhalten der Arbeiter, die ihren Lehrer und Führer den Händen des Häfchers und damit dem sicheren Tode entrißen!

Achtung, Spitzel! Unser belgisches Parteiblatt „Le Peuple“ teilt das Signalement und das Porträt eines russischen Spitzels mit, der in Deutschland und in Belgien tätig ist. Er ist klein, blond (farbt aber seinen Schmutz), hat eine hellere Stimme, tränende Augen und trägt oft eine blaue Brille. In Berlin und in der Schweiz ist er bei der Ausweisung zahlreicher russischer Genossen der Polizei behilflich gewesen.

Alzu scharf gespannt gerbricht der Bogen.

Den Gorkijer Arbeitern hatte man durch Bedrohung der Wirte mit allen möglichen Nachteilen ihr Versammlungsrecht illusorisch gemacht. Sie drehten nun den Spieß um. Seit dem roten Sonntag besuchten sie kein Lokal mit Saal, hielten kein Vergnügen ab und mieden die Veranstaltungen der Wirte. Die Folge davon ist die folgende Erklärung in Gorkijern Blättern:

Die unterzeichneten Saalbesitzer verpflichten sich, allen politischen Parteien und allen wirtschaftlichen Vereinigungen jederzeit ihre Versammlungsräume zu geleglich erlaubten Zwecken zur Verfügung zu stellen, soweit sie nachweislich nicht anderweitig befristet sind. Sollte das durch Artikel 29 der preussischen Versammlungsgesetz (alle Preussen sind berechtigt, sich ohne vorgängige obrigkeitliche Erlaubnis friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln) gewährte Versammlungsrecht von irgend welcher Seite zu beeinträchtigen versucht werden, so verpflichten sich die Unterzeichneten, mit allen gesetzlich erlaubten Mitteln solidarisch, und zwar unverzüglich, gegen solche Maßnahmen vorzugehen.

Oskar Röder, Europäischer Hof, August Schulze, Konzerthaus. C. F. Gaertner, Schützenhaus, Otto Gähler, Tidost. Adolf Jurek, Stadt Prag, Ferdinand Kopper, Aktien-Bräuerei. Fern. Schröder, Deutsche Erde, Adolf Böhm, Gewerbehaus, August Weizke, Kronprinz, Albert Faber, Englischer Garten. Alois Werschel, Kat. Vereinshaus. Gottlieb Wandmann, Wilhelm-Theater.

Das ist eine Erklärung gegen die „Ordnungshüter“, die den Wirten durch ihre Drohungen bisher das Leben schwer machten.

Noch einmal der Fall Löbe. Mehrere Parteiblätter haben sich durch die Erklärung des jetzt im Gefängnis weilenden Genossen Löbe über die Ursache zur Zurückziehung seiner Revision noch nicht für befriedigt erklärt. Sie meinten, wenn die Arbeitsfähigkeit Löbes durch die Aussicht auf die ihm drohende lange Strafe litt, dann hätte man ihn entlassen oder ganz von der Arbeit befreit müssen. Die Breslauer „Volkswacht“ stellt demgegenüber fest, daß Genosse Löbe vom Tage seiner Verurteilung ab beurteilt war, daß ihm auch fernerhin jeder Urlaub gewährt wurde. Seine Kollegen haben ihm sogar den Vorstoß gemacht, noch eine Reise zu unternehmen. Genosse Löbe hat jedoch alle diese Vorschläge abgelehnt, da sein Fleiß und sein Arbeitseifer ihm das Unatägliche unfehllich machten. Lediglich der eigenen Entscheidung des Beurteilten ist die Zurückziehung der Revision geschuldet.

Die mangelnde Befähigung.

Der Fabrikarbeiter Licht ist zum Schultheißen von Jätershausen gewählt worden. Die gothaische Regierung versagte jedoch seine Befähigung mit folgender Begründung:

„Nach den angefertigten Ermittlungen steht folgendes fest: Licht hat in seiner Arbeitstätigkeit, der Nadelfabrik, bereits vor vielen Jahren sozialdemokratische Flugblätter verbreitet, er war sowohl bei den Landtags- als

Reichstagswahlen für die Sozialdemokratie die Ausführiperson über die Wählerlisten und bei den Landtagswahlen im Jahre 1900 sozialdemokratischer Wahlmann. Er hat früher die Jätershäuser Geschäftsstelle des „Volkswacht“ gehabt und bis in die letzte Zeit die „Erweiterter Tribüne“ den Genossen zugänglich gemacht. Licht selbst bestrittet auch in seiner Bescheid seine Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei nicht. Es mag richtig sein, daß er in den letzten Jahren mehr in den Hintergrund getreten ist. Dies ändert aber an der Tatsache nichts, daß er nicht nur der Partei angehört, sondern daß er als erster für die Sozialdemokratie in Jätershausen zielbewußt agitiert und sie hochgebracht hat.

Daher bezieht Licht, wie das Staatsministerium mehrfach entschieden hat, nicht die besondere Befähigung, die für das Amt eines Schultheißen als Vertreter der Staatsgewalt gefordert wird und das Landratsamt hat mit Recht seiner Wahl die Befähigung versagt.

Wenn Licht das alles, was ihm hier „vorgeworfen“ wird, richtig ausgeführt hat, ist er zweifellos ein Mensch von besonderer Befähigung, der — ebenso wie die Sozialdemokratie — auch die Gemeinde Jätershausen in die Höhe gebracht hätte. — Ruß denn an der Spitze einer gothaischen Gemeinde absolut ein konservatives Licht stehen?

Die „blaue“ Ente.

Die bürgerliche Provinzpresse imponiert ihren Lesern nicht bloß mit theoretischen Vernichtungen der Sozialdemokratie, sondern unterhält sie auch besonders gern mit kleinen Historchen von der Gefährlichkeit der Sozialdemokratie. Was da mitgeteilt wird über die angeblichen Gebräuche, namentlich bei sozialdemokratischen Hochzeiten und Begräbnissen, erinnert stark an die Reiseerzählungen führender Forscher bei den Nam-Kiam und anderen sagenhaften Völkern, mit dem einen Unterschied in der Wirkung, daß der deutsche Spießer dem Gelehrten nicht gern glaubt, aber auf seinen Spezial-Schmod schwört, der ihn mit Lügennachrichten über die Sozialdemokratie füttert.

Jüngst brachte die Mansfeldische Presse folgenden „Fall sozialdemokratischer Gefährlichkeit“:

„In Verga a. d. Elster starb vor einigen Tagen eine Witwe, deren einziger Sohn der sozialdemokratischen Partei angehört. Am seinen politischen Standpunkt aller Welt kundzugeben, ließ er den Sarg seiner Mutter feuerrot anstreichen. Da sich aber der Geistliche weigerte, vor einem solchen Sarge einzuzutreten, erhielt der Sarg in aller Eile einen passenden Anstrich.“

Die „Greizer Zeitung“, welche die Notiz auch übernommen hatte, mußte nun eine Berichtigung bringen, in welcher der Sohn der Verstorbenen erklärt, daß er — kein Sozialdemokrat sei, daß der Besteller dem Richter zuerst die Auswahl der Farbe überließ, daß er jedoch später, ohne daß der Geistliche je den Sarg nach seinem ersten Anstrich gesehen hätte, eine andere als die gelieferte Farbe wünschte.

Es handelt sich also bei der ganzen Sache also nicht um einen „roten“ Sarg, sondern um eine „blaue“ Ente!

Der Fall Cramer. Die Vertrauensleute der sozialdemokratischen Partei des Wahlkreises Darmstadt-Groß-Gerau waren am Sonntag in Groß-Gerau versammelt, um zur Kandidatniederlegung des Genossen Cramer Stellung zu nehmen. Nach längerer Beratung wurde die Resolution der Darmstädter Parteiversammlung akzeptiert. Bezüglich der einzuleitenden Agitation wurden die Weisungen der Agitationskommission in Darmstadt aufgegeben und eine Wahlkreis-Konferenz für den 4. März nach Darmstadt einberufen. Einstimmig wurde beschlossen, der Wahlkreis-Konferenz den Genossen Verthold als Kandidaten vorzuschlagen.

Totenfeier der Partei. Die württembergischen Parteigenossen haben den Tod eines ihrer tätigen Mitglieder zu beklagen. Genosse Friedrich Herrmann, der zehn Jahre lang in der Expedition der „Schwäbischen Tagwacht“ tätig war und während dieser Zeit rastlose Agitationsarbeit verrichtet hat, ist, noch nicht 35 Jahre alt, freiwillig aus dem Leben geschieden. Man fand seine Leiche in der Nähe des Bierwaidhüttersee. Am 1. Oktober 1905 hatte er seine Stellung in der „Tagwacht“ aufgegeben, um Teilhaber in dem Geschäft eines Freundes in Ulm zu werden. — Welche Notiz seinen Entschluß bestimmt, und ob er sich bei Begehung der Tat im Zustande vorübergehender geistiger Trübung befunden hat, kann nicht festgestellt werden. Herrmann war zwei Jahre lang Vertreter der Partei auf dem Stuttgarter Rathause, war Reichs- und Landtagskandidat in den verschiedensten Kreisen gewesen, die er auch mehrfach auf Parteitagen vertreten hat. Die Parteigenossen werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Eingegangene Druckschriften.

Die Nachschonummer des „Wahren Jacob“ ist soeben erschienen. Wie erwähnt aus dem Inhalt derselben die farbigen Bilder „Der neueste Barrikadenkampf in Deutschland“ und „Fürstliche Jagdwacht“, die weiteren Bilder „Ochternrieder Scherzen“, „Ein Unzufriedener“, „Wilow und das Duell“, „Demaskiert“, „Wie der kleine Daniel das Laufen lernte“, „Der lösterrische Erbsprinz“, „Neue Jagdgruppen für den Berliner Tiergarten“, „Aus unseren Kolonien“ und „Im Heischen der Fleißigkeit“. Der textliche Teil der Nummer bringt die Gebieths-Karneval, „Fahrgeldstrauer“, „Der Hamburger Wahlrechtstraub“, „Ein frommer Hund“ und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch das größere satirische Heftchen „Jahresrückblick des deutschen Reichstages“.

Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Dr. S. Baher. Die Restauration in ihrer Beziehung zur Konzeptionsfähigkeit. 32 Seiten. M. 1.—. Verlag: Schlesier u. Schwellhardt, Stralburg i. E.

Dr. J. Wolf. Zeitschrift für Sozialwissenschaft. Heft 2. Monatlich ein Heft. Preis: vierteljährlich M. 5.—. Einzelheft M. 2.—. 12 Hefte bilden einen Band. Verlag: G. Reimer, Berlin W. 35.

Wegweiser durch das neue bayerische Wahlrecht nebst Wahlkreis-Einteilung. Für die Wähler zusammengestellt von D. Herzberg. Verlag: Gerich u. Cie., Ludwigshafen a. Rh.

G. Funke. Was muß jeder Versicherte von der Arbeiterversicherung wissen? 31 Seiten. Preis 35 Pf. Verlag: Fr. Böhlen, Berlin W. 8.

Von der „Neuen Gesellschaft“. Sozialistische Wochenchrift. Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und W. Braun. Verlag: Berlin W. 15. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1,20 M., ist soeben das 8. Heft des 2. Bandes erschienen.

Dr. Paetzowski. Wie erlangt man gefunden Schlaf, heitere Stimmung, Arbeitsfreudigkeit? 32 Seiten. Preis 50 Pf. Verlag: E. Demme, Leipzig.

Siebenter Jahresbericht des Kartells deutscher und österreichischer Rad- und Motorfahrer-Verbands pro 1905. 39 Seiten. Druck: G. Hofner, München.

H. Goldscheid. Vererbungs- oder Rekonstruktionslehre? 54 Seiten. Gebunden 60 Pf. Verlag der Sozialistischen Monatshefte, Berlin W. 35.

Februarnummer der Süddeutschen Monatshefte. Verlag H. Bong u. Co., Stuttgart, ist soeben erschienen. Abonnement: pro Jahr M. 15.—, Quartal M. 4.—. Einzelheft M. 1.50.

Mit dem Titel „Soziale Medizin und Hygiene“ wird unter Redaktion der Herren Dres. Hürtt und Joffe im Verlag von Leopold Voß in Hamburg eine Monatschrift erscheinen, deren erste Heft bereits vorliegt.

K. Reib. Die geplante Erhöhung der Brauereier für das norddeutsche Brauergewerbe und deren Folgen. 61 Seiten. Verlag: Deutscher Brauerbund. Berlin N.W. 40.

Briefkasten der Redaktion.

D. N. 100. Die Briefe Schwanen zwischen 100-115 Mark für Zwölfhender und 200-250 Mark für 2. Käufe. Eine genaue und detaillierte Auskunft erfahren Sie in den Bureaus der Hamburg-Amerika Linie, des Norddeutschen Lloyd und der American Line, alle drei unter den Linden. Die Hauptbedingungen sind: Barmittel im Betrage von 50 Dollars, Gesundheit und keinerlei kontinentalische Verpflichtungen zu einem Arbeitgeber in Amerika. — **Walfan 06.** Zweifeltig beschriebenes Manuskript ist nicht verwendbar.

Während unserer langjährigen Praxis haben wir stets unsere Cigaretten der schärfsten Kritik sachverständiger Kenner unterworfen. Die meisten Kritiker mit ausgebildetem Geschmack, deren Urteil über feine türkische Cigaretten als absolut massgebend zu betrachten ist, haben unsere Cigaretten — wir können dies ohne Selbstüberschätzung behaupten, da unsere offenkundigen Erfolge dies als Thatsache feststellen lassen — stets als hervorragend gut bezeichnet. Wir haben jedoch fortwährend nach noch grösserer Vollkommenheit unserer Erzeugnisse gestrebt und jedes neue war besser als die früheren und wenn wir jetzt behaupten, dass

JOSETTI CIGARETTEN

in ihrer heutigen Vervollkommnung das höchst erreichbare, was feine Qualitäts-Eigenschaften besser türkischer Cigaretten anbelangt, in sich zusammenfassen, sprechen wir nicht nur unsere eigene Meinung, sondern auch das sachverständige Urteil der besten Kenner aus. Diese haben unsere früheren Erzeugnisse wegen der einen oder anderen Qualitäts-Eigentümlichkeit bevorzugt. Heute stellen Josetti-Cigaretten die vollendete Zusammenstellung und Vervollkommnung aller dieser Qualitäts-Eigentümlichkeiten dar.

Josetti

Josetti Juno 10 St. 20 Pfg.
Josetti Griseldis 10 St. 30 Pfg.

Verpacken feiner türkischer Tabake für Josetti-Cigaretten.

Gewerbegericht zu Berlin.

J. Nr. 40. Gen. Ger. 06.

Bekanntmachung.

Zwischen der Vereinigung der Holztreppen- und Treppengeländerfabrikanten Berlins und der Sororte und dem Deutschen Holzarbeiter-Berband (Treppengeländerbranche)

ist heute folgender Vertrag geschlossen worden:

§ 1. Die Arbeitszeit beträgt 52 Stunden.

§ 2. Der Mindestlohn in der Werkstatt beträgt pro Stunde 57½ Pf. Dieser Lohn ist an jeden gelehrten Arbeiter zu zahlen, der noch nicht in der Treppengeländerbranche gearbeitet hat. Für die durch Unfall, Alter oder Invalidität minderleistungsfähigen Gesellen sowie für Junggesellen im ersten Gesellenjahre unterliegt die Festsetzung des Lohnes der freien Vereinbarung.

Dieserjenige neuereingetretene gelehrten Arbeiter, welche vier Wochen in derselben Werkstatt gearbeitet haben, erhalten einen Mindestlohn von 62½ Pf. pro Stunde. Alle anderen Arbeiter haben entsprechend ihrer Fähigkeit höhere Löhne zu verlangen. Die kurzzeit geschulten Löhne sind um 4 Proz. zu erhöhen.

§ 3. Jeder auf dem Bau beschäftigte Lohnarbeiter erhält pro vollen Arbeitstag 90 Pf., bei nur stundenweiser Beschäftigung 10 Pf. pro Stunde Zuschlag.

§ 4. Die Abrechnung erfolgt von Freitag zu Freitag. Die Auszahlung erfolgt am Sonnabend gleich nach Arbeitschluss. Lohnstunden werden voll ausbezahlt. Akkordarbeiten in Höhe des dem Gesellen zustehenden Stundenlohnes für wirklich gearbeitete Zeit. Das Reinigen der Werkzeuge am Sonnabend muß vor Arbeitschluss beendet sein.

§ 5. Bei Arbeiten, die außerhalb der Werkstatt geleistet werden, müssen bei Lohnarbeit die Fahrgelder vergütet werden, bei Akkordarbeit wird nur dasjenige Fahrgeld vergütet, welches mehr beträgt als 20 Pf. für die Hin- und Rückfahrt. Falls Akkordarbeiter nach der Werkstatt fahren müssen, um sich Material zu holen, wird ihnen das ganze Fahrgeld vergütet. Die Vergütung für alle anderen Unkosten, die durch Arbeiten außerhalb von Groß-Berlin entstehen, erfolgt auf Grund freier Vereinbarung.

§ 6. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, dem Akkordarbeiter auf dem Bau soviel Material zu liefern, daß er fortarbeiten kann. Das Ausstragen des Materials im Bau hat der Arbeiter selbst zu besorgen. Nebenarbeiten, als Abladen des Holzes vom Wagen an der Straße, das Ausspannen des Holzes gedrehter Treppen, sowie das Zuschneiden und Heransägen der Drehschälger werden in Lohn bezahlt.

§ 7. Das eigene Werkzeug der Arbeiter wird gegen Feuergefahr vom Arbeitgeber versichert. Ein Abzug für Betriebskraft findet nicht statt.

§ 8. In denjenigen Betrieben, in denen günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Arbeiter bestehen, als in diesem Vertrage festgelegt sind, bleiben dieselben während der Vertragsdauer in Geltung. Abregelungen wegen Eintretens für die Organisation dürfen nicht stattfinden, auch darf innerhalb des Betriebes für die Organisation nicht agitiert werden.

§ 9. Differenzen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern, welche sich aus diesem Vertrage ergeben, sollen von der Schlichtungskommission der Holzindustrie geschlichtet werden. Alle Bestimmungen über die Schlichtungskommission, welche enthalten sind in dem Vertrage vom 14. Januar 1906 (Reichs-Arbeitsblatt III. Jahrgang Nr. 2 Seite 157), gelten auch für die Parteien dieses Vertrages.

§ 10. Dieser Vertrag gilt vom 1. Februar 1906 bis 1. Februar 1907.

Die Schlichtungskommission der Holzindustrie hat vor Ablauf des Vertrages für Abklärung eines neuen Vertrages Sorge zu tragen.

Berlin, den 25. Januar 1906.
gez. v. Schulz, E. Barnhard, C. Rahardt, Robert Ahrens, Eugen Brückner.

Unter Vorbehalt der Genehmigung der Generalversammlung:
Seitens der Arbeitgeber:
Richard Hundt, Oskar Lange.
Seitens der Arbeitnehmer:
H. Maas, Fr. Henke, G. Maier, Otto Dahlke, Alb. Schmidt, F. Jozowski.

Vorstehendem, den Parteien vom Einigungsamt in der Sitzung am 25. Januar 1906 vorgeschlagenen Vergleich haben in der weiteren Sitzung des Einigungsamtes vom 10. Februar 1906, an welcher unter dem Vorsitz des Magistratsrats v. Schulz teilgenommen haben:

1. Obermeister Rahardt,
2. Tischlermeister Schwente, als Vertrauensmänner der Arbeitgeber,
3. Tischler Ahrens,
4. Buchbinder Brückner, als Vertrauensmänner der Arbeitnehmer,
die Vertreter der Parteien mit der Ratgabe zugestimmt, daß zu dem letzten Satz des § 2: die kurzzeit geschulten Löhne sind um 4 Proz. zu erhöhen, der Schlichtungskommission das Recht eingeräumt wird, in besonders gearteten Fällen über den Satz von 4 Proz. hinaus die Löhne zu erhöhen.

Berlin, den 14. Februar 1906.
Der Vorsitzende des Einigungsamtes,
gez. v. Schulz.

Dr. Simmel, Prinzstr. 41, Spezialarzt für 29/14* Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Schwarzer Adler
Friedrichsberg, Bernspracher Nr. 8. Restaurant und Festhalle.
Frankfurter-Chaussee 5.
Jeden Sonntag: **Gr. Ball** unter Leitung des Herrn O. Bürger.
Jeden Mittwoch:
Humoristische Soiree der Willy Walde-Sänger.
Nach der Sortierung: **Familien-Kränzchen.** × Bonus haben Gültigkeit.
56582* Gebr. Arnhold.

Möbel und Polsterwaren
Theodor Knorn
N. 39. Gerichtstr. 10 am Hochplatz.
Reichhaltiges Lager gut bürgerlicher sowie einfacher Einrichtungen.
Komplette bunte Küchen von 50 Mark an
sowie große Auswahl einzelner Möbel, Polsterwaren
nur eigener Fabrik, daher langjährige Garantie.
Besichtigung ohne Kautzwanng bereitwillig gestattet.

Verlangen Sie **Tellus-Zigaretten**
garantiert Handarbeit
Mit peinlichster Sorgfalt von bestbezahlten Zigaretten-Arbeitern hergestellt!
M. Butze, Orientalische Zigaretten-Fabrik „Tellus“, Berlin N. 54.

TUMA-ZARI
Beste 2 Pfg.-Zigarette.

Moabiter Bürgersäle
BERLIN NW., Beusselstr. 9
großer und 1 kleiner Saal
...: stehen täglich zu ...
Versammlungen und Vergnügen zur Verfügung.
×××× Vereinszimmer einige Sonnabende noch frei. ××××

Anlässlich des **50. Todestages Heinrich Heine's**
empfehlen wir unseren Lesern die Werke dieses beliebten deutschen Dichters zur Anschaffung: 51682*
Alta Troll-Deutschland 60 Pf. und 1,- Pf.
Die Harzreise 60 Pf.
Neue Gedichte 1,- Pf.
Romansens 60 Pf. und 1,- Pf.
Buch der Lieder 60 Pf. mit Goldschnitt 1,20 Pf. und 1,80 Pf.
Auswahl aus feinen Werken 1 Bb. illustriert 3,- Pf.
Sämtliche Werke
in 1 Bb. 3,- Pf.
in 2 Bb. illustriert 4,- Pf.
in 4 Bb. leinen 6,- Pf.
in 4 Bb. bdfz. 9,50 Pf.
Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, Laden.

Beste Bettenfüllung
sind die vorzüglich füllenden, sehr elastischen, sehr reinlichen
Monopoldaunen
(jeft. gef. sch. Stund Nr. 2, 2, 25, 3-4 Pfund gewogen 1 gr. Oberbett. Best. geg. Nachnahme, Verpackung frei.)
Gustav Lustig
Berlin S. Prinzenstr. 46
Gehtes Bettfedern-Spezialgeschäft Deutschlands.

Raucht **Spree-Blume-Zigaretten.**

Vermischtes.

Eine Kohlenstaubexplosion. Trinidad (Colorado), 19. Februar. In der Victor Mine bei Montland erfolgte eine Kohlenstaubexplosion, durch die 16 Grubenarbeiter getötet sein sollen. Bisher sind 6 Leichen geborgen.

Ein Eisenbahnunglück bei Modreha. Aus Modreha in der Provinz Sachsen wird telegraphiert: Gestern, den 19. Februar, 9 Uhr 30 Minuten abends, fuhr der von Eisenburg kommende Vordarfstüterzug Nr. 8637 auf Bahnhof Modreha dem ausfahrenden Bedarfszüge Nr. 6422 in die Kollision. Hierbei entgleisten die Lokomotive und 19 Wagen des letzteren. Ein Bremser wurde getötet, der Zugführer leicht verletzt. Der Personenverkehr wurde durch Umleiten aufrecht erhalten.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gedruckt: 7 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Nachsatz und eine Zahl als Werkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

Alter Genosse 20. Die Darlehensfrage müssen Sie bei dem Amtsgericht (Amtsgericht II, Polisches Ufer) anstellen. Ein Beispiel für eine

solche finden Sie S. 229 des dem „Arbeiterrecht“ beigelegten Führers. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — Schantwirtsch. 5. Darauf wird schwerlich Rücksicht genommen werden. — Nachwächter. Anspruch auf Schadenersatz steht Ihrem Vater nicht zu. Im übrigen ist § 1056 und Abs. 3 der Gewerbe-Ordnung maßgebend. Danach muß dem Fabrikwächter, sofern seine Arbeit am Sonntag länger als drei Stunden dauert oder ihn am Besuch des Gottesdienstes hindert, entweder an jedem dritten Sonntag oder an jedem zweiten Sonntag mindestens in der Zeit von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends freie Zeit gelassen werden. — M. S. i. G. 1. Das ist möglich, wenn die Wohnung bereits ausgeschrieben war. 2. Rein. — M. G. 25. 1. und 2. Ja. — Märtenwalderstr. 3000. Ihre Frau heisst für Ihre, des Ehemannes, Schulden nicht. Werden die Sachen gepfändet, so kann sie Interventionsklage erheben. Ihr Eigentum muß sie nachweisen. Die anderen Fragen sind ohne Kenntnis des Sachverhalts nicht zu beantworten. — G. 95. Ja. — 1906. 1. Ja. 2. Rein, indessen müssen Sie die Anwaltskosten erlegen. 3. Wer! „Volksanzeiger“ vertritt keine Richtung mit Ausnahme der jeweiligen beherrschenden. 4. Die Höhe der Renten können Sie nach Maßgabe der Ausführungen Seite 487-500 des in den öffentlichen Bibliotheken anliegenden „Arbeiterrechts“ berechnen. 5. Ohne Einsicht in die Eintragung und den Vertrag nicht zu beantworten. — Gedemann-Herz 4. Rein: § 9 des Vereinsgesetzes. — Peterburgerstr. 88. 1. Die Sachen (mit Ausnahme der unpfändbaren) haften für die ganze Rente. Bei Verzicht können Sie eine bestimmte Frist befragen. — G. 5. Klage hätte keine Aussicht auf Erfolg. — A. B. 100. Legen Sie den Sie betreffenden Fall dar und knüpfen Sie daran die Sie interessierende Frage. Eine Antwort auf allgemein gehaltene Fragen führt zu meist. — Trüberg. Die Beschlagnahme ist gültig. Der Verein darf nicht zahlen, das Mit-

glied hätte darzulegen, daß die Forderung nicht bestehe. — Dalkdorf 15. 1. Rein. 2. Ja.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 63-66 pr. 100 Pfund, Ia 54-62, IIa 49-53, IVa 39-47. Kalbfleisch Ia 60-68, IIa 63-75, IIIa 54-60, Hammelfleisch Ia 62-73, IIa 56-62. Schweinefleisch 73-78. Rohwurst 0,50-0,60, Dammwurst 0,62-0,68. Hühner 0,60-0,60, Kaninchen 0,80-1,10. Hühner pro Stück, alte 1,40-2,80, junge 0,80-1,50, do. IIa 0,60-0,60. Tauben, junge 0,40-0,75, alte 0,40-0,45. Enten, Stück 2,25-2,50. Gänse pr. Pfd. Ia 0,00-0,00, IIa 0,00-0,00, russische 0,30-0,48. M. Schweinefleisch 00 pr. Pfund 12-18 pr. 100 Pfd. Leichte 100-108, Schale, unvorl. 00,00. Hefe, groß 00,00, mittel 00,00; süßen 28, Karpen 00,00, Rheinlachs 0,00, Seefisch 20-25 pr. 100 Pfd. Schottische Vorkörner (gekollt) 40-44 pr. 100 Pfd. Ger. Schod 3,50-3,80. Butter pro 100 Pfund Ia 120-121, IIa 116-119, IIIa 115-116, abfallende 00-00. Kartoffeln pr. 100 Pfd. rote 2,00-2,20, Weiße 0,00-0,00, blaue 0,00-0,00, runde weiße 1,80-2,00. Weizenmehl pr. Schod 7,00-12,00, Weizenmehl pr. 100 Pfd. 3,25-3,75, Roggenmehl pr. Schod 6,00-10,00, do. 14-16 pr. Saure Gurken, Schod 2,00 pr., Pfeffergurken 2,00 pr.

Wasserstand am 19. Februar. Elbe bei Ruffig + 0,09 Meter, bei Dresden - 1,30 Meter, bei Magdeburg + 1,27 Meter. — Unstrut bei Strassfurt + 1,35 Meter. — Oder bei Rathow + 1,18 Meter, bei Breslau Oberpegel + 4,94 Meter, bei Breslau Unterpegel - 1,92 Meter, bei Frankfurt - 0,00 Meter. — Weichsel bei Drahemünde + 2,98 Meter. — Warthe bei Posen + 0,90 Meter. — Reghe bei Ulf - 0,00 Meter.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion kein Verantw. gegenüber dem Publikum gegenüber seinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 21. Februar. Anfang 7 1/2 Uhr: Opernhaus. Der Barbier von Sevilla. Schauspielhaus. Wie die Alten tuncen. Deutsches. Der Kaufmann von Venedig. Berliner. Der Widerspänstigen Zähmung. Neues. Ein Sommernachtstraum. Lesung. Die Wiltent.

Schiller O. (Wallner-Theater.) Der Gwissenswurm. Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Städtisches Theater.) Die Nacht der Finsternis. Kleines. Kinder der Sonne. Westen. Die Dugemotten. Zentral. Das süße Rädel. Metrovol. Auf ins Metrovol. Walhalla. Nach Afrika, nach Kamerun. Komische Oper. Der Corregidor. Residenz. Der Prinzgemahl. Trianon. Loulou. Lustspielhaus. Der Weg zur Hölle. Thalia. Bis früh um fünf. Carl Weisk. Die lebende Brücke auf Kuba. Süssen. Maria Magdalena. Deutsch-Amerikanisches. Er und Ich. Kasino. Die goldene Brücke. Belle-Alliance. Der grüne Teufel. Spezialitäten. Apollo. Insel Tulipatan. Am besten-Tabarett. Spezialitäten. Herrnsfeld. Familientag im Hause Prellstein. Gollis Caprice. Nach dem Jagdstreich. Der Beheme. Wintergarten. Tschin-Maa's Chinesen-Truppe. — Otto Reutter. Reichshallen. Etelliner Sängers. Vossage. Spezialitäten. Urania. Landstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Am Golf von Neapel. Sternwarte, Invalidenstr. 57/62. Täglich geöffnet von 1 bis 7 Uhr.

Berliner Theater. Anfang 7 1/2 Uhr. Der Widerspänstigen Zähmung. Donnerstag: Die Jidin von Toledo. Sonntag nachm. 2 1/2 Uhr zu ermäßigten Preisen: Hamlet. Neues Theater. Anfang 7 1/2 Uhr. Ein Sommernachtstraum. Donnerstag: Die Neuvormählten. Hierau: Salome. Freitag: Die Morgenröte. Kleines Theater. Anfang 8 Uhr. Kinder der Sonne. Berliner Theater. Gastspiel des Moskauer Künstlerischen Theaters. Eröffnungs-Vorstellung Freitag, den 23. Februar: Zar Feodor Joannowitsch. Tragödie in 5 Akten v. Alexei Tolstoj. Sonnabend und Sonntag: Zar Feodor Joannowitsch. Anfang 7 1/2 Uhr. Komische Oper. Mittwoch, 21. Februar, abends 8 Uhr: Der Corregidor. Donnerstag: Don Pasquale. Freitag: Hoffmanns Erzählungen. Sonnabend: Don Pasquale. Sonntag nachm. 3 Uhr abends: Hoffmanns Erzählungen. Residenz-Theater. Direktion: Richard Alexander. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Der Prinzgemahl. Seltlicher Schwanz in 3 Akten von L. Kanov und J. Chancel. Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Schlafzugenkontrollleur.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.) Mittwoch, abends 8 Uhr: Der Gwissenswurm. Saucenkomödie mit Gesang in 4 Aufzügen von Ludwig Anzengruber. Donnerstag, abends 8 Uhr: Ueber unsere Kraft. (I. Teil.) Freitag, abends 8 Uhr: Königsglaube. Urania Taubenstr. 48/49. Abends 8 Uhr: Am Golf von Neapel. Sternwarte Invalidenstr. 57/62. Castans Panoptikum Friedrichstr. 165. Ohne Extra-Entree. Bergbewohner Abessiniens. 65 Eingeborene Männer, Weiber und Kinder, sowie das Baby „Barolina“. Eintritt 50 Pf. Zirkus Albert Schumann Heute Mittwoch, den 21. Februar, abends prägte 7 1/2 Uhr: Grande Soire eouestre. Das Sensations-Programm. II. a.: Die größte Nobilität! Ein Souper bei Maxim. Les 7 Perezoff. Das Rätsel des Orients! Ihre Ex. Margaretha Fehim Pascha. Morgana Troupe. The Ergotti und King Louis Troupe. Troupe Créard. Ferner: Die großartigen neuen Spezialitäten und Dir. Albert Schumanns neuesten Schul- und Arbeitsdruffuren. — Zum Schluß: Riesen-Erfolg! Femina das neue Frauenreich. Größte Ausstattungs-Antomime der Gegenwart mit feenhaften hier noch nie gesehenen Effekten. Luise-Theater. Abends 8 Uhr: Gastspiel der königlichen Schauspielers Frau Julie Wüllg u. Dr. Max Vogl: Maria Magdalena. Donnerstag: Ein Sommernachtstraum. Freitag: Maria Magdalena. Sonnabend: Kaufmann von Venedig. Sonntag nachm.: Gastsp. Fel. Urfus vom Lesing-Theater. Abends: Die Karlsbühler. Freitag: Ein Sommernachtstraum. Apollo-Theater. Interessant! Amüsant! Die glänzenden Spezialitäten u. Gobert Belling mit seinen dierbeinigen Komikern. Katsukuma Higashi, Meister des Jiu-Jitsu. Vorher: Die Insel Tulipatan, Operette. Sonntag, den 23. Februar, nachm. 3 Uhr: Berliner Luft u. Spezialitäten. Metropol-Theater Anfang 8 Uhr. Anf - in's Metropol! Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollender. Rauchen in all. Räumen gestattet. Walhalla-Theater Nach Afrika, nach Kamerun. Ausstattungsposse in 6 Bildern. Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

XI. Berliner Saison. Zirkus Busch. Wohltätigkeitsvorstellung z. Besten des Zweigvereins Rotes Kreuz für den Landkreis Niederbarnim. Neu! Sensationell! Der automatische Mensch. Zum ersten Male in Europa! Noch nie dagewesen! Zum Schluß (um 9 1/2 Uhr): Die neueste und größte Sehenswürdigkeit Berlins: Indien. Origin-Manege-Ausstattungsstück des Zirk. Busch in 8 Bild.

WINTERGARTEN Zum erstenmal in Berlin! Tschin-Maa's Chinesen-Truppe. Außerdem Otto Reutter und das sensationelle Februar-Programm. Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Der Weg zur Hölle. Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zur Beachtung! Der Jahresbericht wird an die Verstattdvertreterndemänner gegen Vorzeigung ihrer Karte auf dem Verbandsbureau (Bibliothekszimmer) abgegeben. Freitag, den 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Saale der Branerei „Friedrichshain“, Am Friedrichshain 22/29: General-Versammlung. Tages-Ordnung: Kasenbericht vom vierten Quartal. Bericht des Vorstandes, der Verstattdkontrollkommission, der Arbeitsvermittler und der Schlichtungskommission. Ergehungen für die Ortsverwaltung. Beiträge der Ortsverwaltung. Aufstellung der Delegiertenkandidaten zum Verbandstag. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung. Salonmöbel-Tischler. Mittwoch, 21. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den Andreas-Geßfäßen, Andreasstr. 21: 60/18 Branchens-Versammlung aller in der Salonmöbel-Branchen beschäftigten Tischler. Tages-Ordnung: 1. Wie gestalten sich unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung wird zahlreicher Besuch erwartet. Donnerstag, 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Fr. Kubat, Blumenstr. 38: Branchens-Versammlung aller auf Näh- und Damenschreibtische arbeitenden Kollegen. Tagesordnung: Wie können wir unsere Lage verbessern. Es ist Pflicht jedes Kollegen der Branche zu erscheinen. Die Kommission. A. H.: Wenzel, Krautstr. 3. Donnerstag, den 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr Branchens-Versammlung der Stellmacher im „Rosenthaler Hof“, Rosenthalerstr. 11-12. Tages-Ordnung: 1. Der Kampf der Wagenfabrikanten und Stellmachermeister gegen den Deutschen Holzarbeiter-Verband. 2. Diskussion. — 3. Branchenangelegenheiten. — 4. Verschiedenes. Die Kommission.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Städt. Th.) Mittwoch, abends 8 Uhr: Die Nacht der Finsternis. Schauspiel in 5 Akten v. Leo R. Tolstoj. Uebersetzt von Raphael Löwenfeld. Donnerstag, abends 8 Uhr: Cyprienne. Freitag, abends 8 Uhr: Der Veichenfresser. Passage-Theater. Anfang d. Abendvorstellung 8 Uhr. Miß Gertrude, Tänzerin. Karl Bernhard, der Humorist. — Vierzehn Rummern. — „Und Pepi singt“ (Pepi Weisk). Gebrüder Herrnsfeld-Theater. Heute zum 107. Male: Der größte Herrnsfeld-Schlager: Familientag im Hause Prellstein. Komödie in drei Akten mit den Autoren A. u. D. Herrnsfeld in den Hauptrollen. Anf. 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr (Theaterkasse). Fröbels Allerlei-Theater Schönhauser Allee 148. Jeden Sonntag und Mittwoch: Konzert Theater, Spezialitäten, Tanz. Anf. Sonntags 6 Uhr, Mittwochs 8 Uhr. Sonnabende für Sommerfeste sind noch frei.

Deutsches Amerikanisches THEATER. Jeden Abend 8 Uhr!! Gastspiel Ad. Philipp. Sonnt. nachm. 3 Uhr, halbe Preise: Ueber'n großen Teich. Zum 61. Male: ER & ICH. Passage-Theater. Anfang d. Abendvorstellung 8 Uhr. Miß Gertrude, Tänzerin. Karl Bernhard, der Humorist. — Vierzehn Rummern. — „Und Pepi singt“ (Pepi Weisk). Gebrüder Herrnsfeld-Theater. Heute zum 107. Male: Der größte Herrnsfeld-Schlager: Familientag im Hause Prellstein. Komödie in drei Akten mit den Autoren A. u. D. Herrnsfeld in den Hauptrollen. Anf. 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr (Theaterkasse). Fröbels Allerlei-Theater Schönhauser Allee 148. Jeden Sonntag und Mittwoch: Konzert Theater, Spezialitäten, Tanz. Anf. Sonntags 6 Uhr, Mittwochs 8 Uhr. Sonnabende für Sommerfeste sind noch frei.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin. Sektion der Puffer. Unseren sowie den Mitgliedern des Gesangsvereins der Puffer hiermit zur Nachricht, daß der Kollege Wilhelm Büttner verstorben ist. Ihre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle nach dem Gethsemanen-Kirchhof in Nordend statt. Regie-Beteiligung wünscht Die örtliche Verwaltung. 133/13 A. H.: H. Neumann. Dankfagung. Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes Wilhelm Castrop sage ich allen Teilnehmern, besonders seinem Meister und Mitarbeiter und dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande meinen innigsten Dank. 29166 Witwe Emma Castrop. Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und schönen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters, des Stein-trügers Emil Schriener, sage allen Freunden und Verwandten sowie allen Mitgliedern der Zimmerer-Friedrichsberg meinen innigsten Dank. Witwe Schriener nebst Kindern. 29165 Carl Weiß-Theater. Nr. Frankfurterstr. 132. Täglich abends 8 Uhr: Die lebende Brücke auf Kuba. Sonnabend nachm. 4 Uhr Kinder-vorstellung, keine Preise: Kubozahl und das lustige Schnoiderlein. W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Dill. Blumenstr. 16. Zum letzten Male: Die Räuber. Schauspiel in 5 Akten v. Fr. v. Schiller. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Donnerstag: Extravorstellung: In russischer Leibeigenschaft. Kasino-Theater Lothringergstr. 37. Täglich 8 Uhr. Nur noch bis 1. März inkl. Die goldene Brücke. Am 2. März zum erstenmal: Die Herren Zöhne. Sonntag nachm. 4 Uhr zum letztenmal: Das Opernlaun. Bernhard Rose-Theater Gesundbrunnen, Badstraße 58. Voranzeige! Dienstag, den 27. Febr. (Fastnacht): Ein Winterfest am Rhein. (Großes Kostüm-Ballett.) Eine Aircureise v. St. Goar bis Caub Gr. Bachus-Guldigungs-Feßzug. Winterianen-Ballett. 2 Dreister. Beginn 8 Uhr. Trianon-Theater. Anfang Loulou. 8 Uhr. Sonntag nachm.: Die herbe Frucht. Moabit. Gesellschaftshaus. Wiclowstr. 24. Inh.: H. Peters. Heute Sonntag: Große Extra-Soiree der Original-Harburger Sängers. Direktion: K. Fricke u. Kascho-Krause. Anf. 6 Uhr. Entree 20 u. 50. Nachher sowie im Ball. oberen Saale: Anf. 4 Uhr. Jeden Mittwoch und Sonntag: Orin, Harb. Sängers.

Sozialdemokrat. Wahlverein für den IV. Berliner Reichstagswahlkreis (Königlicher Viertel). Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser Genosse, der Arbeiter Aug. Neufert wohnhaft Rübenerstr. 19, Stadtbezirk 100, gestorben ist. Ihre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt. (Görlitzer Viertel.) Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser Genosse, der Sattler Otto Freier wohnhaft Reichenbergerstraße 18, Stadtbezirk 88, gestorben ist. Ihre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht 242/8 Der Vorstand. Verband der Sattler Ortsverwaltung Berlin. Allen Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege Otto Freier am Sonnabend, den 17. d. M., in der Heilshalle Bechtly verstorben ist. Wir betrauern in ihm eines unserer ältesten und besten Mitglieder. Ihre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 21. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Friedhofes in Nordend aus statt. 156/8 Um allseitige Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratisch. Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis. Todes-Anzeige. Am 18. Februar verstarb unser Mitglied, der Puffer Wilh. Büttner, Stargarderstr. 58. Ihre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle nach dem Gethsemanen-Kirchhof in Nieder-Schönhausen-Nordend statt. 247/2 Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand. Dankfagung. Für die herzliche Teilnahme und die vielen Beweise von Beerdigung bei der Beerdigung meines lieben Mannes, meines berzengutigen Vaters August Schönicke sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, dem Verband der Fabrik-, Land- und Hausarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Zahlreiche Danktottenburg, unseren innigsten Dank. 29226 Marie Schönicke nebst

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.) Mittwoch, abends 8 Uhr: Der Gwissenswurm. Saucenkomödie mit Gesang in 4 Aufzügen von Ludwig Anzengruber. Donnerstag, abends 8 Uhr: Ueber unsere Kraft. (I. Teil.) Freitag, abends 8 Uhr: Königsglaube. Urania Taubenstr. 48/49. Abends 8 Uhr: Am Golf von Neapel. Sternwarte Invalidenstr. 57/62. Castans Panoptikum Friedrichstr. 165. Ohne Extra-Entree. Bergbewohner Abessiniens. 65 Eingeborene Männer, Weiber und Kinder, sowie das Baby „Barolina“. Eintritt 50 Pf. Zirkus Albert Schumann Heute Mittwoch, den 21. Februar, abends prägte 7 1/2 Uhr: Grande Soire eouestre. Das Sensations-Programm. II. a.: Die größte Nobilität! Ein Souper bei Maxim. Les 7 Perezoff. Das Rätsel des Orients! Ihre Ex. Margaretha Fehim Pascha. Morgana Troupe. The Ergotti und King Louis Troupe. Troupe Créard. Ferner: Die großartigen neuen Spezialitäten und Dir. Albert Schumanns neuesten Schul- und Arbeitsdruffuren. — Zum Schluß: Riesen-Erfolg! Femina das neue Frauenreich. Größte Ausstattungs-Antomime der Gegenwart mit feenhaften hier noch nie gesehenen Effekten. Luise-Theater. Abends 8 Uhr: Gastspiel der königlichen Schauspielers Frau Julie Wüllg u. Dr. Max Vogl: Maria Magdalena. Donnerstag: Ein Sommernachtstraum. Freitag: Maria Magdalena. Sonnabend: Kaufmann von Venedig. Sonntag nachm.: Gastsp. Fel. Urfus vom Lesing-Theater. Abends: Die Karlsbühler. Freitag: Ein Sommernachtstraum. Apollo-Theater. Interessant! Amüsant! Die glänzenden Spezialitäten u. Gobert Belling mit seinen dierbeinigen Komikern. Katsukuma Higashi, Meister des Jiu-Jitsu. Vorher: Die Insel Tulipatan, Operette. Sonntag, den 23. Februar, nachm. 3 Uhr: Berliner Luft u. Spezialitäten. Metropol-Theater Anfang 8 Uhr. Anf - in's Metropol! Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollender. Rauchen in all. Räumen gestattet. Walhalla-Theater Nach Afrika, nach Kamerun. Ausstattungsposse in 6 Bildern. Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

XI. Berliner Saison. Zirkus Busch. Wohltätigkeitsvorstellung z. Besten des Zweigvereins Rotes Kreuz für den Landkreis Niederbarnim. Neu! Sensationell! Der automatische Mensch. Zum ersten Male in Europa! Noch nie dagewesen! Zum Schluß (um 9 1/2 Uhr): Die neueste und größte Sehenswürdigkeit Berlins: Indien. Origin-Manege-Ausstattungsstück des Zirk. Busch in 8 Bild.

WINTERGARTEN Zum erstenmal in Berlin! Tschin-Maa's Chinesen-Truppe. Außerdem Otto Reutter und das sensationelle Februar-Programm. Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Der Weg zur Hölle. Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zur Beachtung! Der Jahresbericht wird an die Verstattdvertreterndemänner gegen Vorzeigung ihrer Karte auf dem Verbandsbureau (Bibliothekszimmer) abgegeben. Freitag, den 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Saale der Branerei „Friedrichshain“, Am Friedrichshain 22/29: General-Versammlung. Tages-Ordnung: Kasenbericht vom vierten Quartal. Bericht des Vorstandes, der Verstattdkontrollkommission, der Arbeitsvermittler und der Schlichtungskommission. Ergehungen für die Ortsverwaltung. Beiträge der Ortsverwaltung. Aufstellung der Delegiertenkandidaten zum Verbandstag. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung. Salonmöbel-Tischler. Mittwoch, 21. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den Andreas-Geßfäßen, Andreasstr. 21: 60/18 Branchens-Versammlung aller in der Salonmöbel-Branchen beschäftigten Tischler. Tages-Ordnung: 1. Wie gestalten sich unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung wird zahlreicher Besuch erwartet. Donnerstag, 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Fr. Kubat, Blumenstr. 38: Branchens-Versammlung aller auf Näh- und Damenschreibtische arbeitenden Kollegen. Tagesordnung: Wie können wir unsere Lage verbessern. Es ist Pflicht jedes Kollegen der Branche zu erscheinen. Die Kommission. A. H.: Wenzel, Krautstr. 3. Donnerstag, den 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr Branchens-Versammlung der Stellmacher im „Rosenthaler Hof“, Rosenthalerstr. 11-12. Tages-Ordnung: 1. Der Kampf der Wagenfabrikanten und Stellmachermeister gegen den Deutschen Holzarbeiter-Verband. 2. Diskussion. — 3. Branchenangelegenheiten. — 4. Verschiedenes. Die Kommission.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Städt. Th.) Mittwoch, abends 8 Uhr: Die Nacht der Finsternis. Schauspiel in 5 Akten v. Leo R. Tolstoj. Uebersetzt von Raphael Löwenfeld. Donnerstag, abends 8 Uhr: Cyprienne. Freitag, abends 8 Uhr: Der Veichenfresser. Passage-Theater. Anfang d. Abendvorstellung 8 Uhr. Miß Gertrude, Tänzerin. Karl Bernhard, der Humorist. — Vierzehn Rummern. — „Und Pepi singt“ (Pepi Weisk). Gebrüder Herrnsfeld-Theater. Heute zum 107. Male: Der größte Herrnsfeld-Schlager: Familientag im Hause Prellstein. Komödie in drei Akten mit den Autoren A. u. D. Herrnsfeld in den Hauptrollen. Anf. 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr (Theaterkasse). Fröbels Allerlei-Theater Schönhauser Allee 148. Jeden Sonntag und Mittwoch: Konzert Theater, Spezialitäten, Tanz. Anf. Sonntags 6 Uhr, Mittwochs 8 Uhr. Sonnabende für Sommerfeste sind noch frei.

Deutsches Amerikanisches THEATER. Jeden Abend 8 Uhr!! Gastspiel Ad. Philipp. Sonnt. nachm. 3 Uhr, halbe Preise: Ueber'n großen Teich. Zum 61. Male: ER & ICH. Passage-Theater. Anfang d. Abendvorstellung 8 Uhr. Miß Gertrude, Tänzerin. Karl Bernhard, der Humorist. — Vierzehn Rummern. — „Und Pepi singt“ (Pepi Weisk). Gebrüder Herrnsfeld-Theater. Heute zum 107. Male: Der größte Herrnsfeld-Schlager: Familientag im Hause Prellstein. Komödie in drei Akten mit den Autoren A. u. D. Herrnsfeld in den Hauptrollen. Anf. 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr (Theaterkasse). Fröbels Allerlei-Theater Schönhauser Allee 148. Jeden Sonntag und Mittwoch: Konzert Theater, Spezialitäten, Tanz. Anf. Sonntags 6 Uhr, Mittwochs 8 Uhr. Sonnabende für Sommerfeste sind noch frei.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin. Sektion der Puffer. Unseren sowie den Mitgliedern des Gesangsvereins der Puffer hiermit zur Nachricht, daß der Kollege Wilhelm Büttner verstorben ist. Ihre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle nach dem Gethsemanen-Kirchhof in Nordend statt. Regie-Beteiligung wünscht Die örtliche Verwaltung. 133/13 A. H.: H. Neumann. Dankfagung. Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes Wilhelm Castrop sage ich allen Teilnehmern, besonders seinem Meister und Mitarbeiter und dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande meinen innigsten Dank. 29166 Witwe Emma Castrop. Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und schönen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters, des Stein-trügers Emil Schriener, sage allen Freunden und Verwandten sowie allen Mitgliedern der Zimmerer-Friedrichsberg meinen innigsten Dank. Witwe Schriener nebst Kindern. 29165 Carl Weiß-Theater. Nr. Frankfurterstr. 132. Täglich abends 8 Uhr: Die lebende Brücke auf Kuba. Sonnabend nachm. 4 Uhr Kinder-vorstellung, keine Preise: Kubozahl und das lustige Schnoiderlein. W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Dill. Blumenstr. 16. Zum letzten Male: Die Räuber. Schauspiel in 5 Akten v. Fr. v. Schiller. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Donnerstag: Extravorstellung: In russischer Leibeigenschaft. Kasino-Theater Lothringergstr. 37. Täglich 8 Uhr. Nur noch bis 1. März inkl. Die goldene Brücke. Am 2. März zum erstenmal: Die Herren Zöhne. Sonntag nachm. 4 Uhr zum letztenmal: Das Opernlaun. Bernhard Rose-Theater Gesundbrunnen, Badstraße 58. Voranzeige! Dienstag, den 27. Febr. (Fastnacht): Ein Winterfest am Rhein. (Großes Kostüm-Ballett.) Eine Aircureise v. St. Goar bis Caub Gr. Bachus-Guldigungs-Feßzug. Winterianen-Ballett. 2 Dreister. Beginn 8 Uhr. Trianon-Theater. Anfang Loulou. 8 Uhr. Sonntag nachm.: Die herbe Frucht. Moabit. Gesellschaftshaus. Wiclowstr. 24. Inh.: H. Peters. Heute Sonntag: Große Extra-Soiree der Original-Harburger Sängers. Direktion: K. Fricke u. Kascho-Krause. Anf. 6 Uhr. Entree 20 u. 50. Nachher sowie im Ball. oberen Saale: Anf. 4 Uhr. Jeden Mittwoch und Sonntag: Orin, Harb. Sängers.

Sozialdemokrat. Wahlverein für den IV. Berliner Reichstagswahlkreis (Königlicher Viertel). Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser Genosse, der Arbeiter Aug. Neufert wohnhaft Rübenerstr. 19, Stadtbezirk 100, gestorben ist. Ihre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt. (Görlitzer Viertel.) Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser Genosse, der Sattler Otto Freier wohnhaft Reichenbergerstraße 18, Stadtbezirk 88, gestorben ist. Ihre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht 242/8 Der Vorstand. Verband der Sattler Ortsverwaltung Berlin. Allen Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege Otto Freier am Sonnabend, den 17. d. M., in der Heilshalle Bechtly verstorben ist. Wir betrauern in ihm eines unserer ältesten und besten Mitglieder. Ihre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 21. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Friedhofes in Nordend aus statt. 156/8 Um allseitige Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratisch. Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis. Todes-Anzeige. Am 18. Februar verstarb unser Mitglied, der Puffer Wilh. Büttner, Stargarderstr. 58. Ihre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle nach dem Gethsemanen-Kirchhof in Nieder-Schönhausen-Nordend statt. 247/2 Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand. Dankfagung. Für die herzliche Teilnahme und die vielen Beweise von Beerdigung bei der Beerdigung meines lieben Mannes, meines berzengutigen Vaters August Schönicke sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, dem Verband der Fabrik-, Land- und Hausarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Zahlreiche Danktottenburg, unseren innigsten Dank. 29226 Marie Schönicke nebst

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.) Mittwoch, abends 8 Uhr: Der Gwissenswurm. Saucenkomödie mit Gesang in 4 Aufzügen von Ludwig Anzengruber. Donnerstag, abends 8 Uhr: Ueber unsere Kraft. (I. Teil.) Freitag, abends 8 Uhr: Königsglaube. Urania Taubenstr. 48/49. Abends 8 Uhr: Am Golf von Neapel. Sternwarte Invalidenstr. 57/62. Castans Panoptikum Friedrichstr. 165. Ohne Extra-Entree. Bergbewohner Abessiniens. 65 Eingeborene Männer, Weiber und Kinder, sowie das Baby „Barolina“. Eintritt 50 Pf. Zirkus Albert Schumann Heute Mittwoch, den 21. Februar, abends prägte 7 1/2 Uhr: Grande Soire eouestre. Das Sensations-Programm. II. a.: Die größte Nobilität! Ein Souper bei Maxim. Les 7 Perezoff. Das Rätsel des Orients! Ihre Ex. Margaretha Fehim Pascha. Morgana Troupe. The Ergotti und King Louis Troupe. Troupe Créard. Ferner: Die großartigen neuen Spezialitäten und Dir. Albert Schumanns neuesten Schul- und Arbeitsdruffuren. — Zum Schluß: Riesen-Erfolg! Femina das neue Frauenreich. Größte Ausstattungs-Antomime der Gegenwart mit feenhaften hier noch nie gesehenen Effekten. Luise-Theater. Abends 8 Uhr: Gastspiel der königlichen Schauspielers Frau Julie Wüllg u. Dr. Max Vogl: Maria Magdalena. Donnerstag: Ein Sommernachtstraum. Freitag: Maria Magdalena. Sonnabend: Kaufmann von Venedig. Sonntag nachm.: Gastsp. Fel. Urfus vom Lesing-Theater. Abends: Die Karlsbühler. Freitag: Ein Sommernachtstraum. Apollo-Theater. Interessant! Amüsant! Die glänzenden Spezialitäten u. Gobert Belling mit seinen dierbeinigen Komikern. Katsukuma Higashi, Meister des Jiu-Jitsu. Vorher: Die Insel Tulipatan, Operette. Sonntag, den 23. Februar, nachm. 3 Uhr: Berliner Luft u. Spezialitäten. Metropol-Theater Anfang 8 Uhr. Anf - in's Metropol! Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollender. Rauchen in all. Räumen gestattet. Walhalla-Theater Nach Afrika, nach Kamerun. Ausstattungsposse in 6 Bildern. Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

XI. Berliner Saison. Zirkus Busch. Wohltätigkeitsvorstellung z. Besten des Zweigvereins Rotes Kreuz für den Landkreis Niederbarnim. Neu! Sensationell! Der automatische Mensch. Zum ersten Male in Europa! Noch nie dagewesen! Zum Schluß (um 9 1/2 Uhr): Die neueste und größte Sehenswürdigkeit Berlins: Indien. Origin-Manege-Ausstattungsstück des Zirk. Busch in 8 Bild.

WINTERGARTEN Zum erstenmal in Berlin! Tschin-Maa's Chinesen-Truppe. Außerdem Otto Reutter und das sensationelle Februar-Programm. Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Der Weg zur Hölle. Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zur Beachtung! Der Jahresbericht wird an die Verstattdvertreterndemänner gegen Vorzeigung ihrer Karte auf dem Verbandsbureau (Bibliothekszimmer) abgegeben. Freitag, den 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Saale der Branerei „Friedrichshain“, Am Friedrichshain 22/29: General-Versammlung. Tages-Ordnung: Kasenbericht vom vierten Quartal. Bericht des Vorstandes, der Verstattdkontrollkommission, der Arbeitsvermittler und der Schlichtungskommission. Ergehungen für die Ortsverwaltung. Beiträge der Ortsverwaltung. Aufstellung der Delegiertenkandidaten zum Verbandstag. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung. Salonmöbel-Tischler. Mittwoch, 21. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den Andreas-Geßfäßen, Andreasstr. 21: 60/18 Branchens-Versammlung aller in der Salonmöbel-Branchen beschäftigten Tischler. Tages-Ordnung: 1. Wie gestalten sich unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung wird zahlreicher Besuch erwartet. Donnerstag, 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Fr. Kubat, Blumenstr. 38: Branchens-Versammlung aller auf Näh- und Damenschreibtische arbeitenden Kollegen. Tagesordnung: Wie können wir unsere Lage verbessern. Es ist Pflicht jedes Kollegen der Branche zu erscheinen. Die Kommission. A. H.: Wenzel, Krautstr. 3. Donnerstag, den 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr Branchens-Versammlung der Stellmacher im „Rosenthaler Hof“, Rosenthalerstr. 11-12. Tages-Ordnung: 1. Der Kampf der Wagenfabrikanten und Stellmachermeister gegen den Deutschen Holzarbeiter-Verband. 2. Diskussion. — 3. Branchenangelegenheiten. — 4. Verschiedenes. Die Kommission.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Städt. Th.) Mittwoch, abends 8 Uhr: Die Nacht der Finsternis. Schauspiel in 5 Akten v. Leo R. Tolstoj. Uebersetzt von Raphael Löwenfeld. Donnerstag, abends 8 Uhr: Cyprienne. Freitag, abends 8 Uhr: Der Veichenfresser. Passage-Theater. Anfang d. Abendvorstellung 8 Uhr. Miß Gertrude, Tänzerin. Karl Bernhard, der Humorist. — Vierzehn Rummern. — „Und Pepi singt“ (Pepi Weisk). Gebrüder Herrnsfeld-Theater. Heute zum 107. Male: Der größte Herrnsfeld-Schlager: Familientag im Hause Prellstein. Komödie in drei Akten mit den Autoren A. u. D. Herrnsfeld in den Hauptrollen. Anf. 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr (Theaterkasse). Fröbels Allerlei-Theater Schönhauser Allee 148. Jeden Sonntag und Mittwoch: Konzert Theater, Spezialitäten, Tanz. Anf. Sonntags 6 Uhr, Mittwochs 8 Uhr. Sonnabende für Sommerfeste sind noch frei.

Deutsches Amerikanisches THEATER. Jeden Abend 8 Uhr!! Gastspiel Ad. Philipp. Sonnt. nachm. 3 Uhr, halbe Preise: Ueber'n großen Teich. Zum 61. Male: ER & ICH. Passage-Theater. Anfang d. Abendvorstellung 8 Uhr. Miß Gertrude, Tänzerin. Karl Bernhard, der Humorist. — Vierzehn Rummern. — „Und Pepi singt“ (Pepi Weisk). Gebrüder Herrnsfeld-Theater. Heute zum 107. Male: Der größte Herrnsfeld-Schlager: Familientag im Hause Prellstein. Komödie in drei Akten mit den Autoren A. u. D. Herrnsfeld in den Hauptrollen. Anf. 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr (Theaterkasse). Fröbels Allerlei-Theater Schönhauser Allee 148. Jeden Sonntag und Mittwoch: Konzert Theater, Spezialitäten, Tanz. Anf. Sonntags 6 Uhr, Mittwochs 8 Uhr. Sonnabende für Sommerfeste sind noch frei.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin. Sektion der Puffer. Unseren sowie den Mitgliedern des Gesangsvereins der Puffer hiermit zur Nachricht, daß der Kollege Wilhelm Büttner verstorben ist. Ihre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle nach dem Gethsemanen-Kirchhof in Nordend statt. Regie-Beteiligung wünscht Die örtliche Verwaltung. 133/13 A. H.: H. Neumann. Dankfagung. Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes Wilhelm Castrop sage ich allen Teilnehmern, besonders seinem Meister und Mitarbeiter und dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande meinen innigsten Dank. 29166 Witwe Emma Castrop. Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und schönen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters, des Stein-trügers Emil Schriener, sage allen Freunden und Verwandten sowie allen Mitgliedern der Zimmerer-Friedrichsberg meinen innigsten Dank. Witwe Schriener nebst Kindern. 29165 Carl Weiß-Theater. Nr. Frankfurterstr. 132. Täglich abends 8 Uhr: Die lebende Brücke auf Kuba. Sonnabend nachm. 4 Uhr Kinder-vorstellung, keine Preise: Kubozahl und das lustige Schnoiderlein. W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Dill. Blumenstr. 16. Zum letzten Male: Die Räuber. Schauspiel in 5 Akten v. Fr. v. Schiller. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Donnerstag: Extravorstellung: In russischer Leibeigenschaft. Kasino-Theater Lothringergstr. 37. Täglich 8 Uhr. Nur noch bis 1. März inkl. Die goldene Brücke. Am 2. März zum erstenmal: Die Herren Zöhne. Sonntag nachm. 4 Uhr zum letztenmal: Das Opernlaun. Bernhard Rose-Theater Gesundbrunnen, Badstraße 58. Voranzeige! Dienstag, den 27. Febr. (Fastnacht): Ein Winterfest am Rhein. (Großes Kostüm-Ballett.) Eine Aircureise v. St. Goar bis Caub Gr. Bachus-Guldigungs-Feßzug. Winterianen-Ballett. 2 Dreister. Beginn 8 Uhr. Trianon-Theater. Anfang Loulou. 8 Uhr. Sonntag nachm.: Die herbe Frucht. Moabit. Gesellschaftshaus. Wiclowstr. 24. Inh.: H. Peters. Heute Sonntag: Große Extra-Soiree der Original-Harburger Sängers. Direktion: K. Fricke u. Kascho-Krause. Anf. 6 Uhr. Entree 20 u. 50. Nachher sowie im Ball. oberen Saale: Anf. 4 Uhr. Jeden Mittwoch und Sonntag: Orin, Harb. Sängers.

Sozialdemokrat. Wahlverein für den IV. Berliner Reichstagswahlkreis (Königlicher Viertel). Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser Genosse, der Arbeiter Aug. Neufert wohnhaft Rübenerstr. 19, Stadtbezirk 100, gestorben ist. Ihre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt. (Görlitzer Viertel.) Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser Genosse, der Sattler Otto Freier wohnhaft Reichenbergerstraße 18, Stadtbezirk 88, gestorben ist. Ihre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht 242/8 Der Vorstand. Verband der Sattler Ortsverwaltung Berlin. Allen

Folies Caprice
 Budapest - Theater
 132 Linienstr. 132.
 Ecke Friedrichstraße.
 Zum 157. Male
Nach d. Zapfenstreich.
 Vorher: **Der Beheme**
 u. d. ausgezeichn. Spezialitäten.
 Anfang 8 Uhr.
 Vorverkauf: Karl v. Werthheim u. an
 der Theaterkasse von 10 Uhr vor-
 mittags an.

Palast-Theater
 Burgstr. 24, 2. u. 3. St. Böfse.
 Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Mlle. Eugenie
 Schauspielerin im Verein mit
 Goldschmieds Kunstwerk.
Li Bello
Miß Astre Norton
 die zweite Zigarette.
La belle Leonie
 Geistesphantastin.
 Die Herbstparade. Schwanz.
 Familienfeste in Barber, Pflanz-
 und Zigarettengeheimnissen.

Sanssouci
 Kottbusser
 Str. 4a.
 Dir. Wilhelm Reimer.
 Heute Mittwochs 1. Male:
Die Wogen des Glück.
 Orig.-Schausp. in 4 Akten
 von Oscar Walther.
 Sonntag, 5. u. 6. u. 7. u. 8. u.
 Sonntag, Montag, Donnerstag:
 Hoffmanns Nord. Sänger
 und Tanztruppen.

Gustav Behrens
 Spezialitäten-
 Theater
 Frankfurter
 Allee 85.

Die größte Sensation
des Ostens sind
Die kleinen Mädchen von Berlin.
 Im zweiten Bilde:
Die sechs schönen Kanalgigantinnen.
 Außerdem
 X das neue Februar-Programm. X
Etablissement Buggenhagen
 Moritzplatz.
 Täglich
 in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.

Arbeiter - Radfahrer - Verein Charlottenburg
 Mitglied des A.-R.-B. "Solidarität".
 Sonntagabend, den 24. Februar 1906
Gr. Wiener Maskenball
 verbunden mit
Reigenfahren, Vorträgen u. anderen Ueberraschungen.
 im Restaurant „Vergnügungs-Parc“, Tegeler Weg 74/75.
 Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf.
 Das Komitee.
 NB. Da der Wirt in den „Germania-Sälen“ in Charlottenburg, Herr
 C. Bodisch, seine Unterthätigkeit in betreff des freien Lokals zurückgezogen
 hat, ist auch unserer Vertrag wegen Abhaltung eines Vergnügens in diesem
 Lokal hinfällig geworden, und waren wir demnach gezwungen, uns ein
 anderes Lokal zu suchen, um diesen schon mit mehr Kosten verknüpften Ball
 überhaupt stattfinden zu lassen.
 Das Lokal „Vergnügungs-Parc“ ist 10 Minuten vom Bahnhof Jungfern-
 heide entfernt, und können auch Gäste, welche schlechte Fahrverbindungen haben,
 unter Vorzeigung ihrer Einlaßkarte einen Fremder kostenlos benutzen. Die
 Fremder halten an der Spree-Ecke Schulstraße.
 Da es uns nun durch diese Umstände bedeutend schwerer gemacht,
 dieses Vergnügen zu veranstalten, bitten wir alle Freunde und Gönner des
 Vereins, uns hierin gütigst zu unterstützen.
 Arbeiter-Radfahrer-Verein Charlottenburg.
 29245

Reichshallen.
 Täglich:
Stettiner Sänger
 (Kensel, Pietro, Weiten,
 Bödman, Bödme,
 Balben, Seidel, H. u. D.
 Schröder).
 Anfang
 8 Uhr,
 Sonntag
 7 Uhr.

Carl Gabriels
Volks-Museum
 Friedrichstr. 112a,
 am Oranienbr. Tor
 Zirk 2000 Aus-
 stellungsobjekte!
 Entree 30 Pf.
 Sold. u. Kind. 20 Pf.
 Sämtl. Räum. 60 Pf.

Otto Pritzkwos
Berliner Anormitäten-Theater
 Münzstr. 16.
 Neu! Neu!
Die Elite - Liliputaner - Truppe
 die kleinsten Vortragskünstler und
 Sterne der Liliputaner der Welt.
 Die Fuß-Künstlerin **Margarete**
Marjet, **Hollsteiner Armida**, wahr-
 legendige **Baudecorne**, **Pluto**,
Bunderhahn, geb. mit 4 Beinen,
 2 Köpfe, 1 Kopf, lebend. u.
Riesen, Pygmae, Phänoenen,
Palire usw.

Die größte Sensation
des Ostens sind
Die kleinen Mädchen von Berlin.
 Im zweiten Bilde:
Die sechs schönen Kanalgigantinnen.
 Außerdem
 X das neue Februar-Programm. X
Etablissement Buggenhagen
 Moritzplatz.
 Täglich
 in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.

Kleine Anzeigen.
 Jedes 5 Pfennig.
 Wort: 5. Das erste
 festgedruckte
 Wort 10 Pf. Worte mit mehr
 als 15 Buchstaben zählen doppelt.
 Anzeigen für die nächste
 Nummer werden
 in den Annahmestellen für Berlin
 bis 1 Uhr, für die Vororte bis 1 1/2 Uhr,
 in der Hauptexpedition Linden-
 strasse 69 bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.
**Regulatoren, Freischwinger, Takt-
 schenker, verfallene Pländer** Weiden-
 weg neuzeihn. +35*
Wettensagerel (spottbillig) **Hand-
 leihhaus Weidenweg** neuzeihn. +35*
Gardinenverkauf, Teppichverkauf
 Weidenweg neuzeihn. +35*
Stoppdecken, Tischdecken Weiden-
 weg neuzeihn. +35*
**Bettenverkauf, Bettmatteln, Herren-
 garben, Damensocken, Knüttel-
 wäsche, Verkleidetes, Spottpreise.**
 Verkaufszettel gereinigter **Ladenschließ-
 handlung Weidenweg.** +35*
Deckbett, Unterbett, Kissen mit
 glattrottem **Teppich**, zusammen 10,50,
 nur (Handliche) **Andreasstraße 38.** *
**Kostlos-geliefertes Deckbett, Unter-
 bett, zwei Kissen, 18,00, Andreas-
 straße 38.** 12438*
**Sommerliches Bauernbett, Deck-
 bett, Unterbett, zwei Kissen, 27,00.**
 Großes **Betten, Tisch 1,00, Handliche**
Andreasstraße 38. Günstigste nach
 überall. 12442*

Nähmaschinen, ohne Geld, Woche
 1,00, Uhr **Gratzigstraße**, gebrauchte
 12,00 an **Rödenstraße 60/61**,
 Große **Frankfurterstraße 43**, **Preng-
 lauerstraße 59/60.** +89*
Nähmaschinen, Zahl bis 10,00,
 mer **Teilhahn** **lauft oder nach-
 weist.** Sämtliche **Systeme, Woche**
 1,00, ohne **Anzahlung, Postkarte,**
Krauser, Alsterstraße 90. +37*
Bezahl 10,00, mer Nähmaschine
lauft oder nachweist. Sämtliche ohne
Anzahlung, Postkarte, Hermann,
Wieselsstraße 13. +72*
**Möbelverkauf in meiner Möbel-
 fabrik** **Wallstraße 80/81, nahe Spittel-**
markt. Infolge des großen **Umzugs**
 befinden sich am **Lager viele zurück-
 gebliebene und verleihe gewesene Möbel,**
 die wie **neu** sind, **Kleiderständer,**
**Bettlatten 28,00, Ausziehtisch 16, Tisch-
 deckel mit Federmatratze und**
**Kleiderschrank 38, Taschentisch 50, Jalousie-
 schirm 70, Badstühle 20, An-
 gebot 25, ganze **Einrichtungen billig.**
Transport frei. 911*
Teppiche, mattiert Japaner und
Perse, 2 Meter lang, nur 3,25.
Weidenbergs **Teppichhaus, Große**
Frankfurterstraße 125. 12148***

Handfrauen! Die beste **Milch-
 gibis** **Beddinghale, Stand 157, Eier**
 nur 15 Pfennig. +54*
Stoppdecken billig **Hebril** **Größe**
Frankfurterstraße 9, parterre. +1
Schöne große Federbetten, Stand
20 Markt, Dresdenstraße 38, vorn
II links. 912*
Hochlegante Herrenanzüge und
Paletots aus feinsten Stoffen 25-40
Markt, Verkauf Sonntag und Sonntag.
Verkaufhaus Germania, Unter
den Linden 21, Reineckstraße 11598*
Lauben - Baumaterialien, neue
und gebrauchte, wie: Kantholz, Bretter,
Latten, Balken, Ähren, Fenster,
Linoleum, Dachpappe usw. billig.
Früher Kottbusserdamm 22, jetzt Döber-
heide 2 (am Hermannplatz). 25618*
**Tambourier - Maschinen, Hoch-
 meyer, alleiniger Fabrikant C. Sell-**
mann, Gollnowstraße 26, nahe der
Landbergerstraße. 11348*

Teilhahn. **Anfertigung ele-
 ganter Herrengarderobe.** **Marcus,**
Landbergerstraße 75. 29008*
Verkehrsfokal der Gewerkschaften,
Bereinszimmer, 20 bis 100 Personen,
noch frei, 7/10 Pf. Schulstraße 30.
Bereinszimmer mit Pianino noch
einige Tage zu vergeben. **Restaurant,**
Löwenstraße 21. 11918*
Zwei Bereinszimmer mit Pianino
noch einige Tage frei. **Reinen**
Freunden und Bekannten empfehle
ich mein echt Potsdamer Stangen-
bier, Lichtungsweg 11, Dalg, Stall-
straße 51/52. +9*
Wäsche wird sauber gewaschen, im
Freien getrocknet. **Lafen, Feldstraße**
6/10, Abholung Sonntagabends. **Emil**
Konrad, Köpenick, Müggelsee-
straße 40. 29056
**Platinabfälle, Gold, Silber, Ge-
 bilde, alte Uhren, Kehrholz, Staubgold,**
photographische Rückstände, alte
Teile, sowie sämtliche gold- und
silberhaltigen Abfälle **lauft Gold-**
schmelze **Broch, Brandelstraße 4,**
Telephon Amt 4, 6058. 913*
Bereinszimmer (Pianino), ganz
separat, 35 Personen fassend,
Gartenstraße 17. 29026*
Konfirmationsausgewaschen, für
abgetragene Kleidungsstücke **gibt**
ebenfalls doppelten Preis. **Komne**
aus anherhalb, Scher, Anien-
straße 216. 29186*
**Wäsche wird sauber, schonend ge-
 waschen, freies getrocknet.** **Lehmische**
6/10, drei und vier Handtücher 0,10,
vier Taschentücher 0,10, Abholung
Montags. **Frau Ober, Köpenick,**
Schloßstraße 27. 12808*
Wäschehaus. **Den Gewossen**
empfehle bei Bedarf meine Wasch-
und Bleichmittel. **Wäsche wird sauber**
und flottet gewaschen, im Freien
getrocknet. **Karl Koch, Köpenick,**
Grünauerstraße 21, Abholung Son-
abend. 12798*
Damenmasken **verleiht** **billig**
privat, Köhler, Remelerstraße 52, 137

Stellenangebote.
Haushalt zum 1. März gesucht.
**Fünf Aufgänge, Wohnung und die-
 zeln monatlich.** **Dudenstraße**
11, 1. 27406
Marmorsteifer **verlangt**
Beihagen, Köpenickstraße 129. 29269
Schreiner, Schriftbinder, gesucht.
Derfelde muß mit den Verhältnissen
vertraut sein und den Meister zeit-
weise vertreten können. **Näheres bei**
Keg, Nordend. +187
Lehrbuben **verlangt** **Woldemar**
Guttmann, Dresdenstraße 75.
Goldschmied-Gehilfen, Reparatur,
verlangt **Lucas, Neue Grünstraße 22.**
Kreisjägerschreiber und Hütten-
macher finden dauernde Beschäftigung
Jerusalemstraße 65. 29056
Korbwarengesellen auf edige,
grüne geschlagene Arbeit **verlangt**
W. Grohmann senior, Französisch-
Buchholz, Hauptstraße 50, hinter der
Kirche. 29016
Geldleihen. **Lüthiger** **Wagner**
wird verlangt **Rödenstraße 109a.**
Rechnerinnen. **Junge Mädchen,**
welche im Rechnen geübt sind, per
sofort gesucht. **Redungen mit Hand-**
schriftprobe 1-2 mittags oder 8-9 Uhr
abends. **H. Jandorf u. Co., Belle-**
Alliancestraße 1/2. 12778*
Arbeiterin auf schwarze Schürzen
im Hause **verlangt** **Gummert,**
Schneidestraße 226a. +98
Lehrmädchen **verlangt** **Müller,**
Ritterstraße 83. 29076
11-15jähriges Mädchen für leichte
Haushaltarbeit und zwei Kinder (bei-
sondere fünfjährig) verlangt. **Haupt-**
bedingung: Liebe zu Kindern. **Frau**
Emment geordnete Liebste, Sebans-
straße 57 III, Schöneberg. 12788*
Stenographeninnen, tüchtige,
im Hause. **Berner, Bernauerstr. 94.**
Mädchen **logischer** **verlangt**
Trenkel, Fohlgangstraße 31a, Luer-
gebäude II. +37
Mamsell, Damen-Kochstellen, im
außeren Hause, Kefke, Luchner-
straße 105. +55*

**Deutscher Holzarbeiter-
 Verband.**
 Wegen Streit und Differenzen ist
Zuzug fernzuhalten
 von **Bildhauermeister, Kreis-**
sängerschreibern und Tischler
 von der **Firma Beck u. Co.,** **Reander-**
straße 4, und Schleichstraße 42;
 von **Treppengeländer - Arbeitern**
(Dresdler, Tischler, Stellmacher,
Polierer, Maschinenarbeiter und
Bildhauer) von der Treppengeländer-
fabrik **Joseph Dresdler, Guben-**
straße 33;
 von **Dresdler** **von Panitzsch,**
Brannenstr. 79;
 von **Korbwarenern** **von Knorr,**
Friedrichsberg, Franz, Chaussee 127;
 von **Verputzmalern** **Horn u.**
Häufsbauern **von der Firma**
Abrahamson u. Steiner, Köpenick-
straße 33;
 von **Eisernern** **von Bau Gerhardt**
in Golenzer, Schweidenerstr. 6 und 7,
und Bau Kramer, Großenerstr. 27
 die **Beuten der Holzgeräthfabrik**
Hiller, Charlottenburg, Dornburgstr. 51,
Meier, Bismarckstr., Trauerstr. 17,
Vietrop, Charlottenburg, Tauroggen-
straße, höhere Schule in Spandau,
Friedrichstraße, und Bau Dr. Frieden-
thal in Nikolssee,
 und **Tischlern** **von Ebers** **Möbel-**
tischler, Rinkenstraße 22, und
von Parkettbenedigern **von Bau**
Schoffow, Gleditschstr. 12.
Die Ortsverwaltung.

Gardinen, Stores, Bettdecken,
 enorm billig. **Reihe 1 bis 3 Fenster**
Extracuriositäten, Gardinen-Verkauf
Jerusalemstraße 11/12. 12218*

**Gelegenheitskäufe: Paletots, An-
 züge, Dolan, Koffer, Revolver**
Leihgeschäfte, Uhren, Goldschmied, Restel
spottbillig. **Lude, Oranienstraße 131.**
Reifgläser, Operngläser, Reife-
zeuge, Regulatoren, Freischwinger,
Harmonikas, Geigen, Sitar, Stopp-
decken, Teppiche, spottbillig. **Lude,**
Oranienstraße 131. 28766*
Teppiche! (leibhaftig) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes
im Teppichlager Köpenick, Gendel-
markt 4, Bahnhofs Böfse. 254/12*
Sofa, wie neu, 21,00, Weide,
Große Hamburgerstraße 18/19. 256/20
Chaiselongue, Tischensofa, Tru-
meau, mahagoni, mahagoni, Auszieht-
ische, Kreuzeisenband, Bettstellen, ein-
zelne Kassetten ganz billig. **Andreas-**
straße 57, vorn Keller, Lazarus. *
Damenhüte, spottbillig **nur Pappel-**
Allee Nr. 140, Odessa Schönhauser
Allee. *
Grammophonplatten und Repara-
turen. **Rothenburg, Prengla-**
uerstraße 42, 2. Hof. 11718*

Handfrauen! Die beste **Milch-
 gibis** **Beddinghale, Stand 157, Eier**
 nur 15 Pfennig. +54*
Stoppdecken billig **Hebril** **Größe**
Frankfurterstraße 9, parterre. +1
Schöne große Federbetten, Stand
20 Markt, Dresdenstraße 38, vorn
II links. 912*
Hochlegante Herrenanzüge und
Paletots aus feinsten Stoffen 25-40
Markt, Verkauf Sonntag und Sonntag.
Verkaufhaus Germania, Unter
den Linden 21, Reineckstraße 11598*
Lauben - Baumaterialien, neue
und gebrauchte, wie: Kantholz, Bretter,
Latten, Balken, Ähren, Fenster,
Linoleum, Dachpappe usw. billig.
Früher Kottbusserdamm 22, jetzt Döber-
heide 2 (am Hermannplatz). 25618*
**Tambourier - Maschinen, Hoch-
 meyer, alleiniger Fabrikant C. Sell-**
mann, Gollnowstraße 26, nahe der
Landbergerstraße. 11348*
Nähmaschinen, alle Fabrikate,
ohne **Anzahlung, wöchentlich 1,00, ge-**
braucht 12,00, Postkarte genügt.
Blumenstraße 6, Aderstraße 113. 29006
Schaukelwanne **verkauft** **Remes,**
Voedstraße 4. 29126
Rosenhalsstraße 57, 1. Etage.
Gelegenheitskäufe. **Neu eingetroffen:**
Große Rollen abgedachte Gardinen,
Reiter 1,35, Kallbeidende Tisch 1,65,
Stores, weiß und creme, Stück 1,45,
Ferner: Gardinenreste, zu 1 bis 4
Fenstern, Vorhänge, Kissen, Kissen,
Teppiche, Kissenreste, Portieren,
Stoppdecken, bedeutend unter Preis.
Gardinen-Zweig, kein Laden. *
Grüntrangegeschäft **verkauft** **Neue**
Poststraße 54. 29206
Panzerbretter, 1,75 lang, eckig
summiert, 6,50. **Landbergerstraße 42, II.**
Grüntrangegeschäft **verkauft**
Lehringstraße 12. 28968
Restaurant, Ede, große Räume,
großer **Umzug, sofort zu verkaufen**
gegen **Kranke. **Restaurants** **unter**
C. 100 Postamt 29. 29036
Grüntrangegeschäft, Rolle, Klein-
handel mit **Spinnstoffen, 24 Jahre**
einer **Hand, zu verkaufen. **Böhm,****
Bellealliancestraße 59. 29156
Pianino, kreuzförmig; mahagoni,
140,00. **Krummstraße 8, parterre.** 916
Restaurations, für **Parteienessen**
Goldgrube, Nähe großer **Fabrikten,**
30/2 Dachstuhl, 6/2 **Defektier, viel**
Schnaps, Miete 1800,00, Brauerei-
hölle 1000,00, wegen **Wiederan-**
derung sehr **billig **verkauft.** **Näheres**
Böllner, Zeburstraße 3. 916
Tischensofa, Salongarnitur, Kleider-
schrant, Säulentrumeau, elegant, sofort
billig **verkauft. **Zwischenstraße 40/41,****
hochpartiere **Luft, herrschaftlicher**
Umzug. 287/11
Restaurations, **Öfen, alles**
geschält, vier **Jahre **leiste** **Hand,****
1200,00 **Miete, aufschließende **Wohnung,****
sofort **Ertragen **Brand, Friedrichs-****
straße 6. 29256
Tischensofa, Schreibstuhl, Kinder-
pult 6,00, Verkleidetes **billig.**
Tresdenstraße 54 II. 29196
Gund, **Reichhüser, umständlicher**
billig **verkauft. **Schneider, Nider-****
dorferstraße 30. 29216
Altes **Sofa **umzugs halber** **zu****
verkaufen **Glogauerstraße 23, IV**
rechts. *
Fischfutter, großes, lebendes,
Landstraße, Dresdenstraße 19. 29276****

Wohnungen.
Hermannstraße 62, Niddorf, neues
Haus, Wohnungen von 2 und 1
Zimmer, Balkon, Südost, sofort
billig zu vermieten. 12238*
Dudenstraße 36, 37, 38,
billige, gesunde **Kleinwohnungen**
sofort und 1. April. Näheres **Wirt 37.** *
Kleine Wohnungen **find zu**
vermieten, Dunderstraße 21. 29285
Schlafstellen.
Möblierte Schlafstelle für **Herrn,**
Admiralstraße 16, Bittere **Gartig.** *
Freundliche Schlafstelle, **Bar-**
hagerstraße 14/15, vorn **IV,**
Köpenick. +37*
Schlafstelle, **Herrn, Köpcke**
Str., Strammstraße 29. 29116*
Mietgesuche.
Möbliertes Zimmer oder Schlaf-
stelle **sucht** **junger **Mann.** **Nähe****
Linienstraße. **Offerten mit **Preisangabe****
P. H. 13, Postamt 12. 29126
Reiter **Mann **sucht** **alleinige****
Schlafstelle **Offerten **A. B., Expedition****
Luisenpark 14/15. +10
Möbliertes Zimmer, Arbeiter, **sucht**
möblierte **Schlafstelle **oder** **Zimmer,****
allein, **Segend **Gartenplatz. **Offerten******
mit **Preis **unter** **„A.“** **Expedition****
Aderstraße 36. +92

Stellenangebote.
Haushalt zum 1. März gesucht.
**Fünf Aufgänge, Wohnung und die-
 zeln monatlich.** **Dudenstraße**
11, 1. 27406
Marmorsteifer **verlangt**
Beihagen, Köpenickstraße 129. 29269
Schreiner, Schriftbinder, gesucht.
Derfelde muß mit den Verhältnissen
vertraut sein und den Meister zeit-
weise vertreten können. **Näheres bei**
Keg, Nordend. +187
Lehrbuben **verlangt** **Woldemar**
Guttmann, Dresdenstraße 75.
Goldschmied-Gehilfen, Reparatur,
verlangt **Lucas, Neue Grünstraße 22.**
Kreisjägerschreiber und Hütten-
macher finden dauernde Beschäftigung
Jerusalemstraße 65. 29056
Korbwarengesellen auf edige,
grüne geschlagene Arbeit **verlangt**
W. Grohmann senior, Französisch-
Buchholz, Hauptstraße 50, hinter der
Kirche. 29016
Geldleihen. **Lüthiger** **Wagner**
wird verlangt **Rödenstraße 109a.**
Rechnerinnen. **Junge Mädchen,**
welche im Rechnen geübt sind, per
sofort gesucht. **Redungen mit Hand-**
schriftprobe 1-2 mittags oder 8-9 Uhr
abends. **H. Jandorf u. Co., Belle-**
Alliancestraße 1/2. 12778*
Arbeiterin auf schwarze Schürzen
im Hause **verlangt** **Gummert,**
Schneidestraße 226a. +98
Lehrmädchen **verlangt** **Müller,**
Ritterstraße 83. 29076
11-15jähriges Mädchen für leichte
Haushaltarbeit und zwei Kinder (bei-
sondere fünfjährig) verlangt. **Haupt-**
bedingung: Liebe zu Kindern. **Frau**
Emment geordnete Liebste, Sebans-
straße 57 III, Schöneberg. 12788*
Stenographeninnen, tüchtige,
im Hause. **Berner, Bernauerstr. 94.**
Mädchen **logischer** **verlangt**
Trenkel, Fohlgangstraße 31a, Luer-
gebäude II. +37
Mamsell, Damen-Kochstellen, im
außeren Hause, Kefke, Luchner-
straße 105. +55*

Achtung! Kürschner!
 Da wir gemäß dem Beschluß
 der öffentlichen Versammlung vom
 7. Februar betreffend die Sperre
 über die Werkstatt des Hofkürschner-
 meisters
Karl Salbach
 an alle Organisationen und Zahl-
 stellen die **Plakate** **versandt** **haben,**
 so gilt es, die **Sperre** **bis** **zum** **Wider-
 ruf** **unsererseits** **streng** **zu** **beachten.**
Deutscher Kürschnerverband,
Hofstraße Berlin.
Verband der Kürschner Berlin
und Umgegend. 102/6

Wichtiges. **Gelegenheits-**
kauf, mit **kleinem **Auszahlung,****
nur **so **lange** **Vorrat, 4,55, 5,55, 6,55, 7,50,****
8,45, 9,55, 10,55. 12068*
Wichtiges. **Gelegenheits-**
kauf, mit **kleinem **Auszahlung,****
nur **so **lange** **Vorrat, 4,55, 5,55, 6,55, 7,50,****
8,45, 9,55, 10,55. 12068*
Möbelverkauf in **Wolle **und****
buntem **Woll, **zu **Sofabezügen****
ausreichend, in **allen **Größen.** **Weiden-****
bergs **Teppichhaus, Große**
Frankfurterstraße 125. 12108*
Wichtiges. **Gelegenheits-**
kauf, mit **kleinem **Auszahlung,****
nur **so **lange** **Vorrat, 4,55, 5,55, 6,55, 7,50,****
8,45, 9,55, 10,55. 12068*
Möbelverkauf in **Wolle **und****
buntem **Woll, **zu **Sofabezügen****
ausreichend, in **allen **Größen.** **Weiden-****
bergs **Teppichhaus, Große**
Frankfurterstraße 125. 12108*
Wichtiges. **Gelegenheits-**
kauf, mit **kleinem **Auszahlung,****
nur **so **lange** **Vorrat, 4,55, 5,55, 6,55, 7,50,****
8,45, 9,55, 10,55. 12068*
Möbelverkauf in **Wolle **und****
buntem **Woll, **zu **Sofabezügen****
ausreichend, in **allen **Größen.** **Weiden-****
bergs **Teppichhaus, Große**
Frankfurterstraße 125. 12108*******

Wichtiges. **Gelegenheits-**
kauf, mit **kleinem **Auszahlung,****
nur **so **lange** **Vorrat, 4,55, 5,55, 6,55, 7,50,****
8,45

In den Arbeits- und Lohnverhältnissen der städtischen Gärtner und der Garten- und Parkarbeiter

wird uns aus gewerkschaftlichen Kreisen geschrieben: Wie aus einem Bericht im „Vorwärts“ ersichtlich, schlägt die Parl. und Gartenbau-Deputation der Stadt Berlin dem Stadtverordnetenkollegium für die obengenannte Arbeiterkategorie folgende Lohnskala vor:

- 1. Die Saisonarbeiter, also die nur im Sommer beschäftigten Arbeiter und alle Rentnempänger, bleiben ausgeschlossen.
- 2. Für die ständig beschäftigten Gärtner und Arbeiter wird nachfolgende Lohnskala ohne rückwirkende Kraft vom 1. April 1906 eingeführt:
 - Anfangslohn der Gärtner 4 M., nach 3 Jahren 4,25 M., nach 6 Jahren 4,50 M., nach 9 Jahren 4,75 M., nach 12 Jahren 5 M.
 - Anfangslohn der Arbeiter 3 M., nach 3 Jahren 3,25 M., nach 6 Jahren 3,50 M., nach 9 Jahren 3,75 M., nach 12 Jahren 4 M.

Alle Gärtner und Arbeiter, die am 1. April 1906 3 Jahre hintereinander im Gartenbau ständig beschäftigt sind, erhalten 4,25 M. bzw. 3,25 M.

Die elfstündige Arbeitszeit soll noch aufrecht erhalten werden. Es ist für die Reichshauptstadt geradezu beschämend, eine derartige Lohnskala aufzustellen, und zwar beschämend sowohl anderen Städten gegenüber, wie auch gegenüber der Privatindustrie, der gewerblichen Gärtnerei.

In Ludwigshafen a. Rh. z. B. fand vor zwei Monaten auch eine Neuregelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter statt. Bei dieser Gelegenheit wurde für die Gärtner und Gartenarbeiter folgende Lohnskala festgelegt: Gärtner, die über 21 Jahre alt sind, erhalten einen Anfangslohn von 4 M., jedes Jahr um 10 Pf. steigend bis nach 10 Jahren mit dem Höchstlohn von 5 M. Gartenarbeiter: Anfangslohn 3 M., 10 Jahre um je 10 Pf. steigend bis 4 M. Sämtliche Gärtner und Gartenarbeiter werden als ständige Arbeiter anerkannt. Nach zweijähriger Dienstzeit werden 5 Tage, nach dreijähriger 10 Tage Urlaub im Jahre gewährt.

Arbeiter mit eigenem Hauslohn erhalten nach einem Jahre in Krankheitsfällen bei einer Krankheitsdauer von länger als zwei Wochen einen Krankengeldzuschuß bis zur Höhe des regelmäßigen Tagelohns. Bei Einweisung in ein Krankenhaus oder in eine sonstige Heilanstalt wird der Familie das Krankengeld bis zu 1/2 des regelmäßigen Tagelohns ergänzt. Bei Krankheiten von mindestens acht Tagen Dauer wird die von den Krankenkassen festgesetzte Karenzzeit, der Differenzbetrag vergütet.

Nach zehnjähriger ununterbrochener Dienstzeit und dauernder Unvermögensfähigkeit erhält der Arbeiter ein jährliches Ruhegehalt und beim Ableben dessen Hinterbliebene eine Rente. Nach dreijähriger Dienstzeit ist zur Entlassung eines Arbeiters die Zustimmung des Hauptauschusses des Stadtrats notwendig. Ferner nehmen die Angestellten an dem einzuführenden, in die einzelnen Betriebe der Stadt eingegliederten, Arbeiterauschuss teil. Die Arbeitszeit beträgt täglich neun Stunden. Für Überstunden werden 25 Proz. für Arbeiten an Sonn- und Feiertagen sowie für Nacharbeiten werden 50 Proz.

Zuschlag gezahlt. Arbeiter, welche an gesetzlichen Feiertagen arbeiten müssen, erhalten Doppellohnung!

Wir meinen, das eine Beispiel wird vollauf genügen, die geradezu jämmerliche Rückständigkeit der reichshauptstädtischen Lohnpolitik den Parl. und Gartenarbeitern gegenüber vor Augen zu führen. Aber die Rückständigkeit erscheint in einem noch weit größeren Lichte, wenn man sich bergegenwärtig: erstens, die Art und Weise, wie bei der Verwaltung der Stadt Berlin zwischen Gärtnern und Gartenarbeitern unterschieden wird, und zweitens, wie die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der gewerblichen Gärtnerei sind.

Die Stadt Berlin beschäftigte im Jahre 1901 zufolge einer damals von der Gartenbau-Deputation vorgenommenen Zählung 929 Gärtner, Arbeiter und Arbeitsfrauen, wovon sich 277 von der Armenverwaltung zugewiesene Männer und Frauen befanden. „Gärtner, Arbeiter und Arbeitsfrauen“ sagte man Summa-Summarum, um damit zu vertuschen, daß nur etwa 7 bis 10 (sage und schreibe: sieben bis zehn!) wirklich als Gärtner in den Listen figurieren (nämlich die sogenannten „etatmäßigen“, das heißt in praxi Obergärtner oder Abteilungsleiter), während alle anderen Gärtner einfach als Arbeiter geführt wurden! Das Verhältnis wird heute jedenfalls noch das gleiche sein und soll wohl auch bei der neuen in Vorschlag gebrachten Lohnskala so bleiben. So ergibt sich in Wirklichkeit für die Gärtnergehälter der Stadt Berlin ein Tagelohn von 3 bis 4 M. bei elfstündiger Arbeitszeit — gegenüber 4 bis 5 M. bei neunstündiger Arbeitszeit in Ludwigshafen! — Von all den sonstigen sozialen Wohlfahrtsmaßnahmen in Ludwigshafen gegen dem Gärtners in Berlin ganz zu schweigen. Zu schweigen auch von den teureren Lebensverhältnissen in Berlin, deren Unterschied sich z. B. schon aus den behördlich festgesetzten „ortsüblichen Tagelöhnen“ widerspiegelt. Ludwigshafen 2,50 M. für erwachsene männliche Arbeiter — Berlin 2,00 M!

Und zweitens die Löhne der Stadtverwaltung gegenüber dem Gärtnergewerbe, der Privatindustrie also. (Wir nennen hier der Kürze halber nur die der Gärtnergehülften, die der Arbeiter sieben immer in dem entsprechenden Verhältnis.) A. Ludwigshafen: 1. gewerbliche (Landwirtschafts-) Gärtnerei pro Tag 3,50 bis 4 M. und zehnstündige Arbeitszeit; 2. Stadtverwaltung 4 bis 5 M. und neunstündige Arbeitszeit. B. Berlin: 1. gewerbliche Landwirtschaftsgärtnerei 5 bis 5,50 M. und zehnstündige Arbeitszeit; 2. Stadtverwaltung (vergleiche die oben gegebene Aufklärung!) 3 bis 4 M. und für etwa ein Dutzend Mann bis 5 M. und elfstündige Arbeitszeit. Und wie lächerlich wenige sind in Berlin in „ständiger“ Arbeit; die meisten müssen jedes Jahr wenigstens einige Wochen aussetzen, damit sie ja Saisonarbeiter bleiben! Der Lohnsatz in der Berliner Landwirtschaftsgärtnerei, der 50 Pf. Minimallohn vorsieht, wurde schon 1903 vor dem Gewerbegericht mit dem Allgemeinen Deutschen Gärtnerverein abgeschlossen; gegenwärtig wird von derselben Organisation eine Bewegung geführt, die auf 55 Pf. Mindestlohn und 9 1/2 stündige Arbeitszeit abzielt. Das weitere Streben geht dahin, die Verhältnisse der geltenden Bauarbeiter zu erreichen, was innerhalb einiger Jahre gelingen dürfte, wenn — ja, wenn die Stadtverwaltung Berlin nicht noch so unerhört weit zurück wäre; den Privatunternehmern ist der Hinweis auf diese Rückständigkeit immer eines der willkommensten Mittel gewesen, weitere Aufbesserungen zurückzuweisen. So ist die Stadtverwaltung der Reichshauptstadt in der Tat eine „Rufstange“ — für Niedrighaltung der Lebenslage der Arbeiterschaft. Die um die Verbesserung ihrer Lebenslage kämpfenden Berliner Gärtner und Gartenarbeiter appellieren an alle, die es angeht, dem unwürdigen Zustand ein Ende zu bereiten

und mindestens diejenigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Berliner Parl. und Gartenverwaltung einzuführen, die in der gewerblichen Landwirtschaftsgärtnerei Groß-Berlins schon eingeführt sind! Eine gemeinsame Versammlung der in der Stadtgärtnerei und in der gewerblichen Landwirtschaftsgärtnerei tätigen Gehülften und Arbeiter wird noch diese Woche zur Sache Stellung nehmen, um gemeinsam in der oben gekennzeichneten Richtung zu wirken.

Aus der Frauenbewegung.

Brix. In einer hier am 15. Februar stattgefundenen öffentlichen Volksversammlung für Frauen und Männer sprach Schriftsteller Störmer über: „Die Frau in der heutigen Gesellschaftsordnung und der Klassenkampf“. In einstündiger Rede erläuterte Redner den Unterschied zwischen reich und arm. Er führte aus, daß von den notwendigen materiellen Gütern der Arbeiter am wenigsten habe, während die Reichen von allem im Überfluß besäßen. In Punkte Religion sei es anders; gerade das arme Volk müsse am meisten davon aufnehmen. Besonders den Frauen habe recht viel von dieser Verdummungslehre an. Und das alles zusammen nenne man göttliche Weltordnung. Redner vergleicht den Aufbau der heutigen Gesellschaftsordnung mit einer Pyramide, deren Grundpfeiler nur aus Arbeitermassen besteht. Vertragen diese Pfeiler den Dienst, dann gerät die Pyramide ins Wanken, und schließlich stürzt der ganze Bau in sich zusammen. Aus den Trümmern werde erst eine Weltordnung entstehen, die von jedermann gutgeheißen werden könne. In der Diskussion unterzog Hr. Ziel die militärischen und religiösen Verhältnisse einer heftigen Kritik. Sie vertrat den Standpunkt, daß jeder, der innerlich mit der Kirche gebrochen habe, aus der Landeskirche austreten müsse. Hr. Kümmerly unterstützte die Ausführungen. Nach dem sodann erstatteten Bericht der weiblichen Vertrauensperson ist eine Einnahme von 117,35 M. erzielt worden, der eine Ausgabe von 2,85 M. gegenübersteht, so daß 114,50 M. an die Arztkasse abgeliefert werden konnten. Einstimmig wurde Hr. Vogt als Ortsvertrauensperson wiedergewählt. Leider war die Versammlung nur schwach besucht. Mit einer Aufforderung zum Abonnement auf die „Gleichheit“ und einem Hoch auf die Sozialdemokratie schloß die Versammlung.

Wilmersdorf. (Berichtigung.) Die für Donnerstag angekündigte Versammlung findet bei Fischer, Rauchstr. 1 statt, irrtümlich ist Nr. 7 angegeben.

Witterungsübersicht vom 20. Februar 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C	Temp. in F
Smolensk	763	DSO	2	bedeckt	1	34
Damburg	761	SO	3	Rebel	3	37
Berlin	762	DSO	2	Regen	2	36
Frankf. a. M.	763	SO	3	bedeckt	5	41
München	765	SO	4	wolfig	1	34
Wien	764	SW	1	Rebel	0	32

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 21. Februar 1906.
Niemlich trübe und neblig mit geringen Niederschlägen und schwachen südwestlichen Winden; Temperatur wenig verändert.
Berliner Wetterbureau

Zu Strandfesten.

Strand-Anzüge
10.— 7.— 6.—
4 Mk. 25

Papier-Anzüge
creme 10 Mk.

Strand-Mützen und Hüte
0.75 50 Pf.

Zu Alpenfesten.

Tiroler Joppen
10.— 7.50 **5 Mk. 75**

Tiroler Hosen
5.— 4 Mk.

Wadenstutzen, Lodenhüte, Ledergürtel, Hosenträger, Schmuckfedern, Krawatten, Hemden
u. s. w.
sehr billig.



Baer Sohn

Spezialhaus grössten Masstabes

Chausseestrasse 24a/25 • 11 Brückenstrasse 11
Gr. Frankfurterstr. 20.

So:



— nur so sieht ein Paket des echten „Kathrein's Kneipp-Malz-Kaffee“ aus! —

Darauf achte man beim Einkauf!

Volkskaffee und Speisewirtschaft
Prinzenstr. 73, neben der Turnhalle. 1582*
Mittags- und Abendbrot, Speisen von 20 Pf. an in großer Auswahl. Soufflen und Kaffee zu jeder Tageszeit. Großes Bierzimmer, empfiehlt **Heinrich Hoppe**, früher Kaserstr. 21.

H. & P. Uder, Engel-Ufer 5.
Berlin SO. 10.
Tabak-Großhandlung u. Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten zu Originalpreisen.**
Amt 4, 3014.

Steppdecken
billigt direkt in der Fabrik
72. Wallstr. 72.
wo auch alle Steppdecken aufgearbeitet werden. **Bernhard Zirhandel**, Berlin Ks. **Plautz. Katalog gratis.**

Zum unverzagten Rehberger
Johannes Fricke, Pagstr. 135
Geben Mittwoch:
Frische Blut- u. Lebertourter
in bekannter tadelloser Güte.
3 Verzinszimmer, Räume für
Kellereien.
Kernsprecher Amt 2, 3167, 2011

Verband der baugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands
Achtung! Bauarbeiter. Achtung!

Donnerstag, den 22. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause,
 Engel-Ufer 15, Saal 3:

Baudeputierten-Versammlung.

Tagesordnung: Siehe Inserat im „Bauhilfsarbeiter“.
 Sorge jeder dafür, daß seine Arbeitsstätte vertreten ist.

Achtung! Träger und Hilfsarbeiter in Decken-Baugeschäften.

Donnerstag, den 22. Februar, abends 8 Uhr, im Lokal von Augustin,
 Dranienstraße 103:

Versammlung aller in Decken-Baugeschäften beschäftigten Träger u. Hilfsarbeiter.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
 Zahlreiches Erscheinen der Kollegen erwartet. Der Zweigvereins-Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV 9679.
 Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV 3353.

Branchen-Versammlung
 der Elektro-Monteur und Hilfs-Monteur

Donnerstag, den 22. Februar 1906, abends 8 1/2 Uhr
 in Franzes Festsaal, Sebastiansstraße 39
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Adolf v. Elm: „Unsere
 Taktik im wirtschaftlichen Kampfe“. 2. Diskussion. 3. Verbands-
 Angelegenheiten. 4. Aufnahme neuer Mitglieder.

Bezirks-Versammlung
 für Spandau und Umgegend.

Donnerstag, den 22. Februar 1906, abends 8 1/2 Uhr
 im Lokale von Kuntze, Spandau, Schönwalderstraße 80
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag: „Der politische Massenstreik“. Referent: Reichstags-
 Abgeordneter Bernstein. 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten.

Zur Beachtung!
 Alle Vertrauensleute, welche von dem bisherigen
 Bezirkskassierer A. Klement, Rixdorf, Steinmehlf. 97
 wohnhaft, Material entnommen haben, ersuchen wir,
 sich zwecks Nachprüfung und Feststellung mit den noch
 in ihrem Besitz befindlichen Beitragsmarken und Kassens-
 buch am Mittwoch, den 21. Februar, abends 7 Uhr, in
 unserem Bureau, Engel-Ufer 15, 1 Tr., Zimmer 2 ein-
 zufinden. Um pünktliches Erscheinen ersucht
 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche.

Donnerstag, den 22. Februar 1906, abends 8 Uhr, in den Armin-Hallen,
 Kommandantenstr. 20:

General-Versammlung.

Fortsetzung der Tagesordnung der General-Versammlung vom 16. Februar 1906.
 Um rege Beteiligung an der Versammlung ersucht 137/8* Der Vorstand.

**Vereinigung der Maler,
 Lackierer, Anstreicher.**

Filiale Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 36. Telefon: Amt IV, 9720.

Generalversammlung der Filiale Berlin.

Donnerstag, den 22. Februar 1906, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshause“, Engel-Ufer 15:
 Tagesordnung: Bericht des Vorstandes. Neuwahl des Vorstandes. Vereinsangelegenheiten.
 In dieser Versammlung ist es Pflicht jedes Kollegen zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Dr. Schönemann,
 Spezial-Arzt für
 Haut- und Harnleiden,
 Frauenkrankheiten. Sekt:
 Friedrichstr. 203 Ecke
 Schützenstraße.
 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr. 124/9

Vereinigung der Fliesenleger
 Deutschlands (Ortsverein Berlin, Abt. I u. II).

Donnerstag, den 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Neuen Klubhaus,
 Kommandantenstr. 72:

Bersammlung mit Frauen.

Tages-Ordnung:
 Vortrag des Direktors Pauly über: „Feuerbestattung“.
 Mit Modell-Krematorium. 288/7
 Regen Besuch erwartet Der Vorstand.

Achtung! Portefeuller! Achtung!

Verband der Portefeuller u. Ledergalanterie-Arbeiter u. Arbeiterinnen
 Zahlstelle Berlin.

Mittwoch, den 21. Februar, in Graumanns Festsaal, Raunynstr. 27:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Die Arbeiterbewegung in der Portefeulle-Industrie seit 50 Jahren.
 Referent: Verbandsvorsitzender Kollege Herm. Weinschild. 2. Dis-
 kussion. 3. Verschiedenes.
 Gäste willkommen!
 Das Erscheinen aller Mitglieder erwartet Die Ortsverwaltung.
 Die Versammlung wird Punkt 9 Uhr eröffnet. 109/2

Zentralverband der Steinarbeiter.
 Berlin I.

Mittwoch, 21. Februar, abends 8 Uhr, im „Englischen Garten“,
 Alexanderstr. 27c:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Die Jugendländerei der hiesigen Innung. Wie stellen wir uns dazu?
 2. Die Delegiertenwahlen zum Verbandskongress. 3. Bericht von der Gau-
 konferenz in Stettin. 4. Verschiedenes.
 In dieser Versammlung darf kein Kollege fehlen.
 Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung.

Zigarrensortierer u. Kistenbekleber

Donnerstag, den 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr,
 findet im Lokal von Feind, Wein-Strasse 11, eine

Öffentl. Versammlung

statt. Referenten sind: die Kollegen Karl Arnhold und Reichstags-
 Abgeordneter A. v. Elm-Hamburg. 291/5
 Das Erscheinen aller ist dringend notwendig. Der Einberufer.



**WARENHAUS
 HERMANN TIETZ**

LEIPZIGERSTRASSE — ALEXANDERPLATZ

Durch
 Decoration

während der

Weissen
 Woche

leicht gelittene Artikel, sowie die vom Ausschnitt übrig gebliebenen

Reste und Coupons

kommen nur heute, soweit der Vorrat reicht, sehr billig zum Verkauf.

Hemdentuchreste Meter von 10 Pf. an | Damennachthemden 2⁷⁵
 Damenhemden, Jacken, Beinkleider von 95 Pf. an.

Spitzen, Stickereien — Tischtücher, Gedecke, Taschentücher, Serviteurs,
 Weisse Kleiderstoffe. — Restbestand Korsetts 95 Pf. 1²⁵



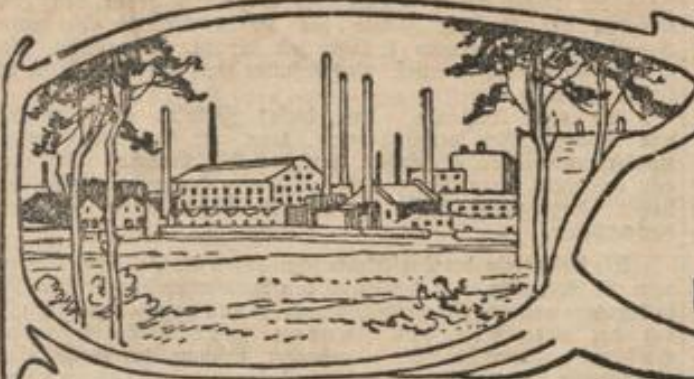
New-Departure-Freilauf-Bremsnabe

Die beste der Welt

Erhältlich in jeder besseren
 Fahrradhandlung.

Millionen im Gebrauch

Engros-Vertrieb: Romain Talbot, Berlin S.



Horror

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt



Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1983.

Nr. 43. Mittwoch, den 21. Februar 1906.

Inserate Sechsgespaltene Kolonelle 20 Pfg.
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Am Dienstag, den 6. März, 8 Uhr abends, finden in Groß-Berlin die Generalversammlungen der Wahlvereine statt, welche sich mit dem Normalstatut und den Satzungen für die Einzelkreise beschäftigen.

Die bitten Partei und Gewerkschaften, an diesem Tage keine anderen Veranstaltungen zu treffen.

Der Aktions-Ausschuß.

Zur Lokalliste! Am 24. d. Mts. veranstaltet der Männer-Turnverein in Schenkendorf bei Königs-Wusterhausen im Lokal des Gastwirts Albert Schulz einen Maskenball. Da das genannte Lokal der Arbeiterchaft nicht zur Verfügung steht, weise man alle etwa angebotenen Villetts entschieden zurück.

In Rudow, Kreis Teltow-Beesow, steht das Lokal von Franz Reime, jetziger Inhaber Schäfer, der Arbeiterchaft nicht mehr zur Verfügung.

Posen. Am Mittwoch, den 21. d. M., findet unsere Wahlvereinsversammlung bei Schimle, Barutherstr. 51, statt.

Wahlkreis Prenzlau-Angermünde. Sonntag, den 11. März, mittags 1 Uhr, tritt in Schwedt a. D. im Gasthof zum deutschen Hause unsere Parteikonferenz zusammen. Tagesordnung: 1. Bericht der Kreisvertrauensperson. 2. Gründung eines Kreiswahlvereins. 3. Verschiedenes. Der Vertrauensmann.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Eine außerordentliche Stadtverordneten-Sitzung findet am Donnerstag statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Vorlage betreffend Zuschlagserteilung auf die 1905er Anleihe, die sozialdemokratische Interpellation, die beim Magistrat anfragt, was er zu tun gedenkt, um die seit nunmehr zwei Jahren vorgenommenen Arbeitslorenzählungen fruchtbar für die ermittelten Arbeitslosen zu gestalten, sowie die erste Lesung des Etats.

Der Hauptetat balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 31 1/2 Millionen. Die Steuern sollen wie folgt festgelegt werden: Personen mit einem Einkommen von nicht mehr als 900 Mark haben keine Gemeindecinkommensteuer zu zahlen. Im übrigen beträgt der Zuschlag zur Staatseinkommensteuer 100 Proz. Die Gemeindegrundsteuer ist in Höhe von 162,34 Proz. der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer — 2,4 pro Mille des gemeinen Wertes der bebauten und unbebauten Grundstücke, die Gemeindegewerbesteuer in Höhe von 100 Proz. der staatlich veranlagten Gewerbesteuer zu erhöhen, und zwar soll der Ertrag der Grund- und Gewerbesteuer zusammen einem Satze von 150 Proz. der staatlich veranlagten Realsteuern gleichkommen. Die Gewerbesteuer der in Klasse IV veranlagten Steuerpflichtigen von 4, 8 und 12 und — soweit der Betrag der im Jahre 1905 aufgefundenen Warenhaussteuer ausweist — auch noch von 16 M. wird außer Hebung gestellt. Die Betriebssteuer wird in Höhe von 100 Proz. der festgelegten Betriebssteuer, die Gemeindeumlagesteuer in Höhe von 1 Proz. des Umlagewertes der bebauten und 1 1/2 Proz. des Umlagewertes der unbebauten Grundstücke erhoben. Die nach Maßgabe des Gebäudewertes zu erhebende Kanalisationsgebühr wird auf 1 Proz. festgesetzt.

In der Automobilfabrik in der Wallstr. 18 war dem dort beschäftigten 20jährigen Schlosser Gustav Preuß, Charlottenburger Alter 51 tothhaft, am Montagabend Benzol über die Arme gespritzt. Ohne darauf zu achten, nahm er eine brennende Petroleumlampe in die Hand, um sie auf einen anderen Tisch zu stellen. Dabei fing das Benzol Feuer und verbrannte dem Schlosser den linken Unterarm sehr erheblich und brachte ihm am rechten Unterarm zwei fünf Markstücker große Brandwunden bei. Er begab sich sofort zur Unfallstation in der Herxstraße, wo ihm seine Wunden verbunden wurden.

Gestern nachmittag um 3 Uhr schob der 27jährige Telegraphenarbeiter Gustav Stolzenburg aus der Eibingerstr. 97 einen Handwagen über den Damm des Kanalspades. Als er die Straßenbahngleise kreuzen wollte, überhörte er das Warnungssignal eines dahervorfahrenden Straßenbahnwagens der Linie 78, er wurde auf das Pflaster geschleudert und blieb erheblich verletzt liegen. Stolzenburg wurde nach der Unfallstation Zoologischer Garten gebracht, wo Hautabwäsungen an der linken Schulter, am linken Unterschenkel und ein Knochenbruch festgestellt wurden. Nach Anlegung eines Rotverbandes wurde er in einer Droschke nach seiner Wohnung geschafft.

Lichtenberg.

Die Gemeindevertretung genehmigte in ihrer letzten Sitzung den kostentlosen Austausch einiger Grundstücke in der Rathausstraße und bewilligte aus vorhandenen Heberzinsen früherer Jahre 10 679 M. zur Deckung der Unkosten, die anlässlich der Errichtung des eigenen Fuhrparks für Feuerwehr und Straßenreinigung entstanden sind.

An die Bureaubeamten der Gemeinde sind 1111 M. für Mehrarbeit gelegentlich der Volkszählung neben den mit Berlin gemeinsam zu tragenden Unkosten gezahlt worden. Die Vertretung erteilte nachträglich die Zustimmung zu dieser Ausgabe, nachdem auf Anregung unserer Genossen der Gemeindevorsteher zugestimmt hatte, das Resultat der Sonderaufnahme den Gemeindevorstetern nach Fertigstellung zu übermitteln. Die Polizeiverordnung, die Reinigung der Bürgersteige durch die Hausbesitzer betreffend, wird auf Antrag des Gemeindevorstehers aufgehoben. Der Antrag ist eine Folge des Ausganges eines Rechtsstreites, den die angeblich „besonderes Interesse an der Entwicklung der Gemeinde nehmenden“ Hausbesitzer anstrengen ließen und der das Ergebnis hatte, daß auf Unterhaltung und Reinigung der Bürgersteige durch die Gemeinde erkannt wurde. Die Anfrage unserer Genossen, ob der Gemeindevorstand nun die Kostenfrage auf Grund des Kommunalabgabengesetzes durch Erlaß eines Ortsstatuts zu regeln gedenke, rief sofort vier der Herren vom Besch auf den Plan. Sie bethätigten sich erst, als der Gemeindevorsteher die Erklärung abgab, daß der Vorstand zu der Frage noch nicht Stellung genommen habe. — Die Kosten für Herstellung von Straßenbelichtungsvoorrichtungen wurden für das Rechnungsjahr 1906 in gleicher Höhe wie im Jahre 1905 festgesetzt und weiter die Grundstücksbesitzer in der Hohen-Schönhauserstraße, der Frankfurter Chaussee, der Eitelstraße und Wilhelmstraße, soweit im abgelaufenen Rechnungsjahre Bürgersteig-

regulierungskosten entstanden sind, in Gemäßheit des Ortsstatuts zu 75 Proz. der Kosten herangezogen. — Für die zu errichtende Desinfektionsanstalt, die am Feuerwachegebäude ihren Platz finden soll, werden 12 900 M. bewilligt und beschloffen, dort zugleich einen Unterhausraum für die Laternenwärter mit anzubauen. — Die erhobenen Einsprüche gegen die Gemeindevorsteherliste wurden sämtlich zugunsten der Einsprechenden erledigt. — Daß eine Gemeindevorsteherliste vorübergehen sollte, ohne daß sich die Herren Hausbesitzer aus Gemeindevorsteherliste die in früheren Jahren einmal aufgewandten Bürgersteigerstellungskosten zurückbewilligen, erscheint ausgeschlossen. Dabei ist zu beachten, daß die größere Zahl der Antragsteller längst nicht mehr Besitzer der Grundstücke sind, für die sie jetzt Ertragforderungen stellen, und obwohl bei den Veräuferten dieser Grundstücke die gehaltenen Aufwendungen längst in harter Münze wieder eingefädelt worden sind, die Gemeinde muß bluten! Diesmal betrug der Abzugs 2869 M. — Die Erstellung neuer Pflasterkonzeptionen für den Ortsteil am Bürgerheim gab unseren Genossen Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß es bei dem Mangel an öffentlichen Anlagen praktisch kein dürfte, die Terrängegesellschaften, auf deren Baugelände öffentliche Plätze im Bebauungsplane vorgesehen sind, zur Verpflanzung dieser Plätze schon jetzt zu veranlassen. Das hätte den Vorteil, daß mit dem Einsetzen der Bebauung diese Plätze schon wirkliche Anlagen darstellen. Der Anregung soll Folge gegeben werden.

Rixdorf.

Die kürzlich bei dem Brande in der Münchenerstr. 20 in Rixdorf ums Leben gekommene Frau ist jetzt rekonvalesziert worden. Es handelt sich bei der Toten um die 38 Jahre alte aus Stettin gebürtige ehewerthene Martha Just, geb. Pappe.

Schöneberg.

Der Stadtverordnetenversammlung lag am Montag eine stattliche Anzahl wichtiger Punkte zur Beschlußfassung vor. Zunächst handelte es sich um die Petition eines Bezirksvereins wegen Beseitigung der hiesigen Schmutzmannschaft, die der Ausschuss des Magistrats zu überweisen beantragte, damit dieser bei dem Minister des Innern in diesen Tagen vorstellig werden möge. Diese Angelegenheit gab dem Genossen Käter Gelegenheit, auf die Bedürfnisfrage näher einzugehen. Unter Redner geistelte gebührend die Tätigkeit der Polizei am 21. Januar. Zu den zwei Versammlungen waren eine große Anzahl Beamten ausgetreten, die vielleicht dem wirklichen Zweck ihres Vorhandenseins, dem Schutz der Bürger entzogen waren, wie überhaupt politische Aktionen, wenn sie von Sozialdemokraten ausgehen, sich einer ganz besonderen polizeilichen Aufmerksamkeit erfreuen. Selber hat die Gemeinde selbst sich des Rechtes der Mitbestimmung über diese Institution begeben. Durch die Angliederung an die Berliner königliche Polizeiverwaltung habe die Bürgerchaft wohl das Recht zu zahlen, aber „nix to seggen“. — Stadtv. Reilmann lang ein Loblied auf den schweren Stand der Schulleute. Darauf wurde unseren Rednern durch einen Schulrat eine Erwiderung unmöglich gemacht. Der Ausschussantrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Eine Petition des hiesigen Gastwirtsvereins betreffend Erteilung der Konzession zum Verkauf ein schließlich von Spirituosen usw. wurde einstimmig durch Uebergang der Tagesordnung erledigt.

Ein Besuch um Erhöhung der Mietsentwässerung der unterbeheizten Beamten sowie des Beamtenvereins um Beseitigung der Fehlbauordnung wurde dem Magistrat als Material überwiesen, nachdem Käter (Soz.) namens der Fraktion aus Gründen der Billigkeit dafür eingetreten war.

Sodann gab es wieder eine länger als zweistündige Krankenhausdebatte. Der Stadtv. Leidig, früher Mitglied des Magistratskollegiums, schien seinem Unmut bei Gelegenheit der Kostenbewilligung für Ausstattung des neuen Krankenhauses Ausdruck geben zu wollen. Er bemängelte zunächst, obgleich er früher als Vorsitzender der Hochbau- und der Krankenhausbau-deputation die Voranschläge selbst begutachtet, die Kostensüberschreitungen der nur bis vier Millionen festgesetzten ersten Bauperiode. Nach seiner Ansicht hätte alles bedehnt billiger hergestellt werden müssen, nur um den diesjährigen Etat, über dessen ungünstige Bilanzierung verschiedene Gerichte unlaufen, nicht zu hoch zu belasten. Mähte man nicht die Hände über dem Kopf zusammenschlagen, so ruft der Vertreter der zweiten Klasse aus, daß die bewilligte Summe schon um 800 000 M. überschritten sei? Jedenfalls beschränkt dieser Stadtverordnete nicht, jemals ein Krankenhaus in Anspruch nehmen zu müssen. — Die meisten Redner, unter anderen auch unsere Genossen Käter und Hoffmann, wandten sich schärf gegen diese Ausführungen. Hoffmann betonte, daß Gelegenheiten zu wirklichem Sparen schon oft vorhanden waren, z. B. als es sich um den Beitrag zum Hochzeitsgeschenk des Kronprinzen oder um das teure Experiment des Reformgymnasiums handelte. Die Arbeiterchaft würde ein Sparsystem bei Ausgaben kultureller Natur nicht verstehen. Es sei schon obnehin genug gekaufert worden, und wie sollte es erst beim Siechen- und Armenhause werden, dessen jetziger Zustand eine Schande für Schöneberg bedeute. — Die geforderten Mittel in Höhe von 341 600 Mark wurden einstimmig bewilligt.

Unter Ablegung einer Reihe weiterer Punkte wurden sodann noch 20 000 M. zur Errichtung von Baulichkeiten und zum Ankauf von 15 Ackerpferden zur vorläufigen Bewirtschaftung unseres Nieselgutes in Ragow bewilligt. Nach den Angaben des Dezernenten sind von der in Betracht kommenden Fläche bereits 700 Morgen aptiert, während weitere 2000 Morgen noch brach liegen.

Mit seinem Automobil-Löschwagen hat die Schöneberger Feuerwehr anscheinend großes Pech. Vor einiger Zeit wurde die Automobylfrige in der Marxstraße bei einer Starambolage schwer beschädigt und mußte vier Wochen außer Betrieb gesetzt werden. Gestern nachmittag hatte der Automobil-Löschwagen, der von der Automobilabteilung nach dem Depot zurückgebracht werden sollte, großes Malheur. Beim Ausbiegen eines elektrischen Straßenbahnwagens kam es zu einem Zusammenstoß, wobei dem Auto die Achse gebrochen wurde. Man mußte das Fahrzeug daher ins Schleppland nehmen.

Rummelsburg.

Der Vohlagener Grundbesitzerverein wendet sich in einer Petition um Herabsetzung des Kommunalsteuer-Zuschlages von jetzt 150 Proz. auf 120 Proz. an die Gemeindevertretung sowie an die Deffentlichkeit. Eingangs der Petition wird behauptet, daß dem Vohlagener Grundbesitzerverein im vorigen Jahre wiederholt das Versprechen gemacht worden sei, daß auch in diesem Jahre eine weitere Herabsetzung des Steuerzuschlages erfolgen würde. Wer ein solches Versprechen abgegeben hat, ist leider vergessen worden anzuführen, daß es ein Mitglied vom Gemeindevorstand sein sollte, ist kaum

anzunehmen. Bezeichnend für die Vohlagener Grundbesitzer ist es aber, daß die Herren allem Anscheine nach kein Verständnis dafür haben, daß von vernünftigen Seiten ein solches Versprechen überhaupt nicht gegeben werden kann. Bei einem Orte von der Größe und Entwicklung wie Vohlagen-Rummelsburg können die Steuerverhältnisse mit Bestimmtheit niemals voraus beurteilt werden, auch konnte speziell in diesem Jahre, wo weit über zwei Millionen Mark zu Zwecken bewilligt wurden, aus denen Einnahmen nicht zu erwarten sind, auf eine Herabsetzung nicht gerechnet werden. Weiter wird behauptet, daß bei Richternmähigung der Steuern eine große Anzahl Wohnungen und Läden trotz billiger Mieten leer bleiben, auch würden diejenigen Mieter, welche bereits gemietet haben, bei Bekanntwerden der Richternmähigung so schnell wie möglich den Ort wieder verlassen. Auch die armen Fabrikbesitzer und Geschäftsinhaber seien bei Richternmähigung gezwungen, sich in der Stadtbahn in den Abteilen zweiter Klasse zu drängen, da sie durch Ersparungen an den Kommunalsteuern, die sie hier zu zahlen hätten, in den westlichen Vororten mietefrei wohnen. Aber auch für die nun einmal nicht zu neigende Tatsache, daß der Zugang im letzten Jahre bei einer Einwohnerzahl von jetzt 35 000 über 9000 betrug, wissen die Herren Grundbesitzer eine Erklärung. Es heißt in der Petition: „Der große Zugang ist nur zurückzuführen auf das Bekanntwerden des Versprechens, daß auch in diesem Jahre eine weitere Herabsetzung des Steuerzuges erfolgen wird. Ob wohl auch nur einer von den Zugezogenen von einem solchen Versprechen etwas weiß, und nur auf Grund dessen zugezogen ist? Es wird dann weiter gesagt, daß die vorjährige Herabsetzung um 10 Proz. einen Ausfall von etwa 14 000 M. ergeben habe, und demnach der Ausfall in diesem Jahre bei einer Herabsetzung um weitere 20 Proz. nur etwa 25 000 M. betragen wird. In Wirklichkeit betrug aber der Ausfall im vorigen Jahre nicht 14 000 M., sondern 33 930 M. und zwar 14 200 M. bei der Einkommensteuer, 17 600 M. bei der Grundwertsteuer und 2130 M. bei der Gewerbesteuer. Bei einer Ermäßigung um weitere 20 Proz. in diesem Jahre würde der Ausfall die Summe von mindestens 75 000 M. erreichen, und zwar 33 000 M. bei der Einkommensteuer, über 37 000 M. bei der Grundwertsteuer und etwa 5000 M. bei der Gewerbesteuer. Daß eine solche Summe für eine Gemeinde, welche fast noch alle Wohlfahrtsrichtungen für die ärmere Bevölkerung zu schaffen hat, keine Rolle spielen sollte, werden auch die Vohlagener Grundbesitzer kaum behaupten wollen. Wenn man die Herren Hausbesitzer so lamentieren hört, so sollte man wirklich meinen, ihnen sei das Wohl der armen Mieter an das Herz gewachsen, in Wirklichkeit kommt die Sache aber darauf hinaus, durch noch größeren Zugang die Nachfrage nach Wohnungen und Läden zu erhöhen, um dann anstatt der Steuerschraube die Mietschraube anzuziehen zu können. Daß eine Herabsetzung des Steuerzuges allen Steuerzahlern sehr erwünscht sein würde, haben wir nicht nötig weiter zu betonen. Das ganze Geschrei der Herren war ganz überflüssig, denn es liegt in der Hand dieser Hausbesitzerpartei, ob die lächerlichen Verhältnisse, wie sie in der Petition geschildert werden, eintreten sollen oder nicht. Wenn die Vertreter des Grundbesitzes einer Erhöhung des Zuschlages zur Grundwertsteuer von jetzt 3 Proz. auf 3 1/2 Proz. zustimmen würden, so erzielte die Gemeinde einen Mehrertrag von etwa 40 000 M., der Ausfall bei einer Ermäßigung der Einkommensteuer von 150 Proz. auf 120 Proz. und der Gewerbesteuer von 225 Proz. auf 195 Proz. würde etwa 38 000 M. betragen, es wären dann sogar noch 2000 M. für Wohlfahrtsrichtungen übrig. Die Mehrbelastung der Hausbesitzer würde bei einem Grundstückswert von 100 000 M. 40 M. pro Jahr betragen; wenn dadurch aber die Vermichtung von Vohlagen-Rummelsburg verhütet werden kann, so mühte dieser Grund allein schon genügen, um diese kleine Belastung gern zu tragen. — Dazu kommt aber noch, daß sämtliche Wohnungen und Läden preiswerte Mieten erhalten, mithin auch die finanziellen Vorteile sehr große sein würden. Also wie wäre es?

Ein dreister Einbruchsdiebstahl ist am gestrigen frühen Morgen in dem Beamtenhause in Rummelsburg verübt worden. Während die Wohnung des Lehrers J. auf kurze Zeit leer stand, drangen die Eindrehler mittels Nachschlüssels ein und als später die Tochter des Wohnungsinhabers erdrienen, bemerkten sie zwar, daß die Zimmer beleuchtet waren und daß Personen darin herumgingen, konnten jedoch keinen Einlaß erhalten. Es wurde nun die Polizei benachrichtigt, welche die Korridortür gewaltsam öffnen ließ. Die Eindrehler, welche Lunte gerochen, hatten sich jedoch inzwischen durch die Hintertür entfernt. Einen großen Reifelhob, in welchen sie Silberjachen, Wäsche usw. eingepackt hatten, liegen die Diebe bei der Flucht im Stich. Sie waren auch gerade bei einem Pechgelage gestört worden, denn auf dem Tische standen noch eine unbenuzte Flasche Wein und eine Reihe von Gläsern. Erbeutet hatte die Bande bares Geld und mehrere wertvolle Gegenstände.

Steglitz.

Der erste Zusammenstoß auf der neuen Grunewaldbahn hat gestern stattgefunden. In der Nähe des Rathauses in Steglitz fuhr das Automobil Z 1166, das sich in der Richtung nach Berlin bewegte, mit dem Wagen Nr. 1 der Grunewaldbahn zusammen. Die fünf Insassen des Automobils kamen glücklicherweise nur mit dem Schrecken davon. Dagegen ist der entstandene Materialschaden recht erheblich.

Ober-Schöneweide.

Fast ertrunken wäre gestern nachmittag der vier Jahre alte Sohn des Arbeiters Wable aus der Rathausstr. 3. Der Kleine hatte mit anderen Kindern an der Böschung des Spreerucks gespielt, als er plötzlich hinunterstürzte und gegenüber dem Lokale „Zum Ruffhäuser“ in den Fluten verschwand. Während die Geipelen die Flucht ergriffen, machten sich die in der Nähe weilenden Arbeiter Schäfer und Wilas an die Rettungsarbeit und warfen sich in das nasse Element. Nach einigem Suchen gelang es den Braven, den leblosen Körper zu erfassen. Sofort angeforderte Wiederbelebungsvorjuche waren von Erfolg begleitet und so konnte der Kleine der geängstigten Mutter übergeben werden. Wenn keine weiteren Folgen sich einstellen, ist die Hoffnung vorhanden, den Knaben am Leben zu erhalten.

Bei dem am Sonnabend, den 17. Februar, bei Börner, Ostendstraße, stattgefundenen Maskenball des Arbeiter-Gesangvereins Liedertafel ist einem Genossen auf dem Nachhausewege ein Vormonate mit circa 43 Mark verloren gegangen. Der ehrliche Finder wird gebeten, dasselbe bei Roas, Marienstr. 1 (bei Eble) gegen Belohnung abzugeben.

Johannisthal.

Der Verkauf des v. Trüpfelerschen Geländes zu Wauzwecken hat den Vertreter der Pfarrei Rudow veranlaßt, an die Gemeinde-

Vertretung ein Gesuch um Ueberlassung eines Platzes zu einem Kirchenbau zu richten. Die Vertretung muß doch dem Volke erhalten werden. Die Vertretung nahm indes ihren Beschluß vom Jahre 1903 wieder auf, nach dem sie den Kirchenbau der Kirchengemeinde überläßt. Ein Gesuch, dem Schützenverein zur Erhaltung des Deutschentums im Auslande einen jährlichen Beitrag von 25 M. zu leisten, wurde dahin erledigt, daß eine einmalige Unterstützung von 100 M. bewilligt wurde. Unsere Genossen brachten ihren gegenseitigen Standpunkt dahin zum Ausdruck, daß es in erster Linie die örtliche Schule zu verbessern gelte, dafür solle man lieber Mittel bewilligen. Der Gemeindevorsteher gab bekannt, daß auf den Antrag der Gemeindeverwaltung, am Aufgange zur Bahn einen Fahrkartenschalter zu errichten, vom Eisenbahnminister die Antwort eingelaufen sei, daß ein solcher Schalter an der Nieder-Schöneweide wie Johannisthaler Seite eingerichtet werden solle. — Da auch unsere Patrioten anlässlich der Silberhochzeitfeier des Kaiserpaars nicht zurückbleiben wollen, beantragte Herr Dr. Rich. 6000 M. zum Fonds eines Turnhallenbaues zu stiften, natürlich aus Steuermitteln. Unsere Parteigenossen fanden mit ihren Darlegungen, doch eine solche gemeinsinnige Sache nicht mit einem derartigen Anlaß in Verbindung zu bringen, kein Gehör. Der Antrag wurde angenommen. Der Antrag des Rektors, einen zwölften Lehrer anzustellen, fand keine Zustimmung, jedenfalls ist für einen derartigen kulturellen Zweck kein Geld da, ganz wie wo anders. Am Schlusse der Sitzung weiterte sich der Gemeindevorsteher, auf einige an ihn gerichtete Fragen Antwort zu geben, auch die Protokollierung dieses Vorganges verweigerte er. Es handelte sich darum, warum wichtige, zum Teil schon über ein Jahr alte Gemeindefestbeschlüsse nicht ausgeführt seien. Die Schuld schiebt der Gemeindevorsteher auf die Gemeindevertretung, die ihm die dazu nötigen Kräfte vorenthalte.

Die Parteigenossen der Orte Adlershof, Alt-Glienitz, Köpenick, Nieder-Schöneweide, Johannisthal, Britz, Rudow, Baumhulweg werden darauf aufmerksam gemacht, daß Herr Bahn in Rudow unseren Genossen seinen Saal zu Versammlungen dertueigert, und zwar weil er sich besseres Publikum heranziehen will. Da Herr Bahn aber auch Vödemmeister ist und seine Ware in den obigen Orten zum Verkauf bringt, so dürfte es eine Ehrenpflicht der Parteigenossen in den obigen Orten sein, dafür zu sorgen, daß Herr Bahn auch das bessere Publikum seine Waare konsumieren lassen möge. Wird in diesem Sinne überall verfahren, so dürfte der Herr bald einsehen, daß er mit der organisierten Arbeiterschaft rechnen muß.

Die Wahlvereinsvorsitzende von Johannisthal, Rudow, Adlershof, Nieder-Schöneweide und Alt-Glienitz.

Wilmersdorf.

Ein behauerlicher Unglücksfall ereignete sich am Montag auf dem Neubau Berliner. Ecke Uhlandstraße. Beim Abbruch des Fahrstuhls fiel eine Eisenkugel einem untenstehenden Lehrling auf den Kopf. Mit einer klaffenden Kopfwunde wurde der Bedauernswerte mittels Krankenwagens dem Krankenhause zugeführt.

Viesdorf.

Eine Unglücksfälle. Als der gestern nachmittags 8 Uhr 35 fällige Güterzug nach Kaulsdorf eben den Uebergang bei Wiesdorf passierte, kreuzte ein Gespänn vom Dominium Wiesdorf das Gleise in dem Augenblick, als der Güterzug von Kaulsdorf herangefahren kam. Das auf den Schienen befindliche Pferd wurde gänzlich zermalmt, der Reiter kam noch glücklich davon. Da nun in der fraglichen Zeit von 3 bis 3³⁰ zwei Stadtbahn- und zwei Güterzüge je einer von und einer nach Berlin diese Uebergangsstelle passieren, außerdem aber alle mit dem 3³⁰ fälligen Stadtbahnzuge mitwohnende Personen dies. Stelle kreuzen müssen, so wäre derartige Unfälle am Platze; auf dahingehende Gesuche an die kgl. Eisenbahndirektion ist bis dato nichts gesehen. Nun ist aber Wiesdorf auch gleichzeitig Station für Wuhlgarten, und alle von Berlin kommenden Besucher (circa 25000 Personen im Jahre) müssen diesen Unglücksplatz überqueren; ein Unglücksfall in größerem Maßstabe sieht also täglich bevor.

Kallberge-Rudersdorf.

Zu dem großen Einbruch in Kallberge-Rudersdorf. 5480 M. deutscher Reichsmark, welche bei dem kirchlich in Kallberge-Rudersdorf verübten Einbruchdiebstahl erbeutet wurden, sind jetzt in Wilmersdorf ermittelt worden. Bei der dort wohnhaften Rentiere W. erschien kurz nach Ausführung des Diebstahls ein Mann, der sich als Rentier Bauer aus Strausberg vorstellte und angab, er sei in höchster Not. Frau W. möge ihm doch für 5480 M. Papiere abnehmen. Da die Rentiere von dem Diebstahl noch nichts wußte, nahm sie dem angeblichen W. auch die Papiere, die in deutschen Reichsmarkenscheinen bestanden ab. Zweifellos steht unter dem Rentier Bauer der Urheber des Einbruchs selbst. Es existiert allerdings in Strausberg ein Rentier Bauer, doch hat derselbe mit der Angelegenheit nicht das geringste zu tun. Den gleichen Namen hatte der gefährliche Einbrecher auch am Morgen nach dem Diebstahl dazu mißbraucht, um in einem Berliner Bankgeschäft einen Teil der gestohlenen Papiere loszuschlagen. Die Polizei hat zur Ermittlung des falschen Rentiers Bauer eine eifrige Tätigkeit entwickelt.

Spandau.

Der Rückgang der Schlachtungen am hiesigen Orte wird durch folgende Zahlen recht lebhaft illustriert. Es wurden geschlachtet:

	1904	1905
Großvieh	8259 Stück	8037 Stück, weniger 222 Stück.
Fleischschaff	609	633 „ mehr 24 „
Kälber	8787	8598 „ weniger 189 „
Schafe	8307	8799 „ mehr 492 „
Schweine	21610	18212 „ weniger 3404 „
Pferde	322	395 „ mehr 73 „

Die Schweineschlachtungen sind in ganz erheblicher Weise zurückgegangen, während die Pferde- und Kälberschlachtungen zugenommen haben. Ob die vom Minister Rod in Aussicht gestellten Schweinemessier eine Aenderung herbeiführen werden?

Der Bericht über das Asyl für Obdachlose liefert einen traffen Beitrag für die „Vereinsarbeit“ unserer Gesellschaftsordnung. Die stärkste Frequenz im Jahre 1904 hatte der Monat Februar mit 475 Personen. Im Januar 1905 wurde das Asyl von 608 Personen aufgesucht.

Berliner Nachrichten.

Das verdrachte „Silberfest“.

Das sogenannte „Silberfest“, das gestern Abend im Neuen Opernhause (Kroll) stattfand, ist in letzter Stunde aufgeschoben worden. Der Rechtsanwalt Vudorus, der nun doch noch existiert, hat verschiedenen Zeitungen eine Erklärung geschickt, in der es heißt:

„Wegen eingetretener Erkrankung mehrerer Künstler, an deren Mitwirkung mit Rücksicht auf die hohen Eintrittspreise besonders gelegen war, ist das Silberfest vom 20. Februar 1906 auf Sonntag, den 11. März, abends 7 Uhr, bei Kroll verlegt worden. Die Einlasskarten behalten Gültigkeit.“

Natürlich sind die Erkrankungen ebenso fingiert, da ja die Künstler, an deren Mitwirkung Herr Vudorus gelegen war, niemals zugefagt haben. In diesem Falle bedeutet aufgeschoben aufgehoben. Der Schluß dieses Festes dürfte sich günstigenfalls in Moabit abspielen, denn es wird berichtet, daß bereits ein polizeiliches Ermittlungsverfahren gegen die Veranlasser eingeleitet sei. Ob dabei etwas herauskommen wird, steht dahin, da ein Redakteur des „Wolffischen Telegraphenbureaus“ schreibt, daß Herr V. Morphimist und Alkoholist sei und

den Eindruck eines geistig abwenden Menschen mache, man ihn also schwer wird gerichtlich verantwortlich machen können. Er soll in den letzten Tagen 635 M. Schulden für Automobilmobilien gemacht, die Bezahlung aber einer bekannten Familie überlassen haben. Auch habe er keine dauernde Wohnung. Er wohnte in der letzten Zeit in der Wintersfeldt-, Lützow- und Bülowstraße, besorgte den Umgang auf einem Auto und ist gegenwärtig unbekanntem Aufenthaltsort. Er befindet sich stets in Begleitung zweier großer Hunde und trägt einen Revolver, um sofort „Rechtfertigung“ zu verlangen, wenn ihn jemand schief ansieht.

Zur Charakterisierung des ganzen Wohlthätigkeitshumbugs bilden die Vorbereitungen zu diesem Silberfest einen köstlichen Beitrag. Ueber diesen Vorgang wird folgendes geschrieben:

In den ersten Tagen des Januar verhandelte Rechtsanwalt Vudorus gedruckte Karten, in denen die Empfänger eingeladen wurden, durch Unterschreiben einer beiliegenden gedruckten Beitrittserklärung in das Komitee des nunmehr fast bekannten Silberfestes einzutreten. Offenbar ist also Rechtsanwalt Vudorus der geistige Urheber dieser eigenartigen Unternehmung. Hierfür sprechen noch mehrere andere Umstände. In einer von ihm geleiteten gesellschaftlichen Vereinigung, die ihre Reunions und Feste meist an Donnerstagen veranstalteten, hat Rechtsanwalt Vudorus nämlich wiederholt eingehende Mitteilungen über das geplante Silberfest gemacht und, wie bestätigt werden kann, die Mitwirkung aller in den verschiedenen Programmen genannten Persönlichkeiten, unter denen — nebenbei gesagt — kaum ein einziger berühmter Name fehlte, als vollendete, feststehende Tatsache hingestellt. Obwohl die bombastischen Erklärungen, die Rechtsanwalt V. vom Stapel ließ, hart angezweifelt wurden und klar auf der Hand lag, daß das Silberfest auf ungläublich schwachen Grundlagen vorbereitet wurde, ließ sich doch eine ganze Anzahl Mitglieder bestimmen, für das Silberfest Propaganda zu machen, und da Rechtsanwalt Vudorus versprochen hatte, daß eine große Firma die erforderlichen Kostüme für eine „Silber-Brantiqua-Prille“ gratis zur Verfügung stellen würde, fanden sich auch mehrere jüngere Mitglieder, meist Damen, die sich bereit erklärten, bei dieser Quadrille mitzuwirken. Es haben auch tatsächlich schäblichste Versuche, Proben hierzu zu inszenieren, stattgefunden und zwar im Restaurant Prinz Wilhelms, Potsdamerstraße, und im Hotel Prinz Albrecht. Sie blieben aber verlustig, denn die meisten der Mitwirkenden waren sich der Zweifelhaftheit der ganzen Sache bewußt und zogen sich allmählich zurück.

Bei einem Galle der schon mehrfach erwähnten Gesellschaft, der am 6. Februar im Hotel Kaiserhof abgehalten wurde, erklärte Rechtsanwalt Vudorus in einer Rede, Prinz Joachim Albrecht habe in einer ihm gewährten Audienz den Wunsch geäußert, daß bei dem Konzert, das gelegentlich des Silberfestes stattfinden sollte, eine Komposition von ihm zum Vortrag gelangen möchte. Diese Mitteilung konnte in der Form, wie sie Rechtsanwalt V. machte, den Eindruck erwecken, daß der Prinz sein Erscheinen auf dem Feste zugesagt habe. Es scheint, als ob er durch seine unwahren Behauptungen nur den Zweck verfolgte, das Publikum mit den Namen der Verühmtheiten und die Verühmtheiten mit der feststehenden Tatsache, daß so und so viel tausend Teilnehmerarten ausgegeben seien, zu ködern.

Die Rechtsanwalt V. zur Vorladung der erwähnten gesellschaftlichen Vereinigung kam, ist wohl keinem der Mitglieder klar; offenbar sind die Veranstaltungen dieser Vereinigung lediglich geschäftliche Veranstaltungen des Herrn V., von dem stets die Einladungen ausgehen und der von den „Mitgliedern“ alljährlich Mitgliedsbeiträge einzuziehen pflegt. Es ist vielleicht nicht uninteressant, daß der „Vorstand“ der Vereinigung, bei der übrigens auch zahlreiche Offiziere in Uniform verkehren, auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege des Zeitungsinserats Gäste aufzutreiben bemüht ist, denen nach einiger Zeit Mitgliedsbeitragsquittungen präsentiert werden.

Nachdem diese Veranstaltung so elendig in die Brüche gegangen ist, wird wohl bei unseren Flottenschwärmern tiefe Betrübniß eintreten, denn der Ertrag des Festes sollte ja für die Flotte verwendet werden, natürlich nachdem die „Unkosten“ gedeckt worden wären, und die waren sicherlich keine geringen. Wieviel Personen bei dieser Geschichte die Geleimten sind, entzieht sich unserer Kenntnis.

Mietverträge.

Das Polizeipräsidium warnt davor, Mietverträge über Räume in neuerbauten oder umgebauten Häusern für eine Zeit abzuschließen, zu welcher die von der Ausfertigung des Rohbauabnahme-Scheines ablaufende Frist von sechs Monaten für die Gebrauchsabnahme-Prüfung noch nicht verstrichen ist, da die Polizeibehörde vor Ablauf dieser Frist das Verziehen der fraglichen Räume nicht dulden und nach den gesetzlichen Bestimmungen auch nicht dulden können.

Die Polizeibehörde werden nach wie vor auf Anfragen aus dem Publikum über den voraussichtlichen Termin der Belegbarkeit von Wohnungen in neuen beziehungsweise umgebauten Häusern bereitwillig Auskunft erteilen.

Die neue Untergrundbahn.

Der Ausschuss zur Vorbereitung der Untergrundbahn Siemens u. Halske verwendete seine heutige Sitzung lediglich zur Erörterung der Frage, ob die Bahn in der Schönhauser Allee als Untergrund- oder Hochbahn gebaut werden soll. Seitens der sozialdemokratischen Vertreter war ein Evidenzantrag eingebracht worden, falls der Vertrag genehmigt werden sollte, der Gesellschaft aufzugeben ist, die Bahn auch in der Schönhauser Allee als Untergrundbahn auszubauen. Der Antrag wurde gegen fünf Stimmen abgelehnt. Die Schönhauser Allee wird also zugunsten der Ausdehnungsgesellschaft einer privatkapitalistischen Gesellschaft verhungt werden. Die Weiterberatung wurde dann vertagt.

Der Arbeitsnachweis für städtische Arbeiter, welcher dem Zentralarbeitsnachweis angegliedert ist, erfreut sich, wie uns aus den Kreisen städtischer Arbeiter geschrieben wird, seit einigen Wochen einer wachsenden Beliebtheit einzelner städtischer Verwaltungszweige, wie aus folgenden ersichtlich ist. In der verfloffenen Woche wurden fünf Arbeiter für die öffentliche Beleuchtung von dem betreffenden Betriebsinspektor verlangt. Anstatt nun die eingeleiteten arbeitslosen städtischen Arbeiter zu beschäftigen, wurden ausdrücklich solche Arbeiter verlangt, welche noch nicht in städtischen Betrieben beschäftigt gewesen sind. Gestern wird uns der gleiche Fall gemeldet, der dieselbe Verwaltung betrifft. Das gab Veranlassung, den Verwalter des Rathweises über diese sonderbare Angelegenheit zu interpellieren. Die Antwort lautete, daß in der Tat ausdrücklich betont worden sei, daß die einzustellenden Arbeiter noch nicht in städtischen Diensten beschäftigt gewesen sein dürfen, obwohl der Verwalter des Rathweises auf die bezügliche Magistratsverfügung hingewiesen habe. Während seinerzeit vom Magistrat verstanden wurde, daß die einzelnen Verwaltungszweige ihren Bedarf an Arbeitskräften beim Rathweis für städtische Arbeiter decken sollten, scheinen die untern Betriebsinspektoren sich absolut nicht daran zu halten. Es ist nicht das erste Mal, daß die untern Organe der Stadtverwaltung sich Dinge herausnehmen, die ihnen nicht zustehen, während es wert wäre es aber festzuhalten, ob der Magistrat und die Stadtverordneten mit diesem Vorgehen einverstanden sind.

Ein Konkurrenzmandat? Gegenwärtig verfährt ein Anonymus an Architekten und Maurermeister ein gedrucktes Zirkular mit der Ueberschrift: „Ausgang aus der Nr. 10 des „Vorwärts“ vom 19. Januar 1906.“ In diesem Zirkular ist eine in unserem Blatt enthaltene Gerichtsverhandlung abgedruckt, die sich auf eine Privat-

Nlage der Fahrstuhlunternehmerfirma B. Ritsch gegen den Vorsitzenden der Berliner Filiale des Bauhilfsvereins des Verbandes Bauhilfsvereine Karl Heidemann bezieht und die für Herrn Ritsch nicht gerade schmeichelhaft verlief. Das Resultat war, daß Herr Ritsch die Klage zurückzog.

Aus dem Umstände, daß dieses Zirkular an Architekten und Maurermeister verandt wird, kann nur auf ein niedriges Konkurrenzmandat geschlossen werden. Wir brauchen wohl nicht erst besonders zu erklären, daß wir dieser Sache vollständig fern stehen, das gleiche trifft zu auf die Organisation der Bauhilfsvereine.

Die Beschwerde der Droschkenfahrer gegen die Polizeiverordnung vom 23. November v. J. betreffend den Verkehr unbefestigter Droschken in der Leipziger- und Friedrichstraße, am Potsdamer Platz usw. hat der Minister des Innern Herr v. Bethmann-Hollweg nunmehr nach eingehender Prüfung der einschlägigen Verhältnisse beantwortet. Der Bescheid lautet in abnehmendem Sinne. Wie seinerzeit gemeldet, richtete sich die Beschwerde der Droschkenfahrer hauptsächlich gegen die Rechtsgültigkeit der Polizeiverordnung und zwar aus dem Grunde, weil die Interessenten bei der Neuregelung dieser Dinge nicht mitgewirkt hätten und vor Erlass der Verordnung nicht gehört worden seien.

Ueber Hennig wird gemeldet, daß er noch in Berlin vermutet wird und allem Anscheine nach fremde Hilfe genießt.

Der anhaltende Hochwasserstand der Spree hat bereits einen fast unbeschreiblichen Schaden verursacht, am 5. mehr, als auch die Frühjahrshochwasser der überfluteten, an der Spree gelegenen Kanäle unmöglich ist, auch wenn das Wasser noch bis zum nächsten Monat zurücktreten sollte. Aber nicht nur auf dem Lande, sondern auch in den Städten verursacht das Hochwasser erheblichen Schaden. Die Dautätigkeit auf den Zudenweiden in Moabit ist teilweise zerstört; schon seit Monaten ist ausgebautes Gelände durch das vom dem Wasserstande der Spree abhängige Grundwasser überflutet und obwohl mit Hand- und Dampfmaschinen Tag und Nacht gearbeitet wird, ist es bisher noch nicht gelungen, das Gelände wassertreu zu halten. Das Grundwasser ist auch in zahlreichen Keller in Moabit und im Schleisschen Vor-Biertel eingedrungen, so daß hier schon seit Monaten die Räume unbewohnbar sind. Technisch liegen auch die Verhältnisse in den an der Obersee gelegenen Städten, woselbst das Grundwasser teilweise zu Tage tritt. In einem Maß, das Wasserstandes ist vorläufig noch nicht zu denken, da sowohl die Obersee-Seen als auch der Spreewald noch anhaltendes Hochwasser aufzuweisen haben.

Einem rohen Substanz, welcher leicht zu einer verhängnisvollen Katastrophe hätte führen können, verübten vorgestern Abend gegen 7 Uhr in der Auguststraße, nahe am Koppenplatz, zwei etwa zwanzigjährige Knabens. Zur genannten Zeit stand vor einem Zigarrengeschäft eine Dame, deren Mann in den Laden getreten war, um Einkäufe zu machen. Zwei junge Burchen näherten sich unbemerkt der vor dem Schaufenster stehenden Frau, zündeten ein Streichholz an und legten die kostbare Federboa in Brand, welche die Dame um den Hals trug. Sofort loderten die hellen Flammen empor. Glücklicherweise gelang es Passanten, die Boa von dem Körper der Bedrohten herunterzureißen, bevor die Kleidung Flammen fing, so daß die Dame vor ernstlichen Verletzungen bewahrt blieb. Ein Wächter, der sich nach seinem Dienst begeben wollte und den Vorfall mit ansah, nahm die Verfolgung der beiden Knabens auf, und es gelang ihm auch dieselben einzubohlen und mit Hilfe von Passanten nach der Polizeiwache zu schaffen.

Und immer wieder Lysol. Wegen starker Eifersucht unternahm gestern die 24jährige Blätterin Albine Boh einen Selbstmordversuch. Sie war mit einem Bauarbeiter verlobt und glaubte, dieser gebe ihr Grund zur Eifersucht. Das bedauernswerte Mädchen beschloß nun in den Tod zu gehen. Kurz bevor sie zu dem Selbstmordversuch schritt, schickte sie ihrem Bedächtigem ein Telegramm und setzte ihn dadurch von ihrem Vorhaben in Kenntnis. Die sofort benachrichtigte Polizei mußte gewaltsam in die Behausung der Lebensmüden eindringen. Die B. hatte bereits ein großes Quantum Lysol getrunken und kam in bedenklichem Zustande in das Krankenhaus. — Gleichfalls durch Lysol verurtheilt der Arbeiter Albert Kade, Glasowstraße 31 wohnhaft, seinem Leben ein Ende zu bereiten. Auch das Befinden des A. ist trübsalig. Das Motiv zu dem Selbstmordversuch ist auf Familienzwistigkeiten zurückzuführen. — Ein älterer Herr in der Blumenstraße, der später als der Posthilfsbote Ernst Dieze festgestellt wurde, genoh gleichfalls von dem Gift. Er mußte nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden, wo er auf den Tod daniederlag.

Ein folgenschwerer Zusammenstoß im Straßenbahnbetriebe fand gestern nachmittags am Kaulplatz statt. Dort stieß der Straßenbahnwagen Nr. 217 der Linie 78 mit einem Kraftwagen zusammen und zwar mit solcher Gewalt, daß der 27jährige Telefonarbeiter Gustav Stolzenburg, Eibingerstr. 17 wohnhaft, auf die Straße geschleudert und schwerverletzt davongetragen wurde. Der Bedauernswerte hatte an der Schulter und an den Unterschenkeln zahlreiche Hautabstülpungen sowie einen Knochenbruch und innere Verletzungen davongetragen; er erhielt die erste Hilfe in der Unfallstation XX am Zoologischen Garten.

Ein Einbrecher und Schachfischer ist jetzt ermittelt und verhaftet worden. Vor einiger Zeit wurde in der Schachplattenfabrik von Dr. Grünbaum, Sanktstr. 18, ein Einbruchdiebstahl verübt, wobei den Dieben ein Grammophon, 60 Schachplatten sowie eine eiserne Geldkassette mit zwei Schachformularen, mehreren Wechseln und barem Gelde zur Beute fielen. Am Tage nach dem Einbruch wurde in dem Bankgeschäft von Löwenberg u. Co. in der Jägerstr. 10 durch einen Hotelbedienten ein Scheck über 5000 Mark mit der gefälschten Unterschrift des Herrn Dr. Grünbaum zur Zahlung präsentiert. Da aber das Bankhaus von dem Diebstahl bereits unterrichtet war, wurde der Hotelbedienter festgenommen und die Polizei herbeigeholt. Inzwischen war jedoch der unbekante Auftraggeber, der auf der Straße gewartet hatte, spurlos verschwunden. Der Vergleich zahlreicher Handchriften führte schließlich auf die Spur eines Reisenden Friedrich, der früher in der erwähnten Fabrik tätig war. Es wollte jedoch nicht gelingen, den Verdächtigen dingfest zu machen, da er keine feste Wohnung besah. Jetzt hat jedoch H. in der Voltastraße sein Schicksal erteilt. Er wurde dort von Kriminalbeamten erkannt und verhaftet. In seinem Besitze fand man ein ganzes Arsenal von Diebstahlwerkzeugen. H. ist dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden.

Vermißt. Seit dem 14. Dezember 1905 wird der Rikshändler Ferdinand Witweh, am 11. Mai 1840 zu Königsberg i. Pr. geboren, vermißt. Beschreibung: Größe 1,75 Meter; Statur: schlank, kräftig; Haare: blond, voll; Bart: blond; Schürze: grau; Augen: grau; Zähne: klein vollständig; Gesicht: rund; Kennzeichen: Trauring B.T. gezeichnet. Bei seinem Fortgange war derselbe bekleidet mit schwarzem feinen Pul, grauem Rock, dunkler Weste und Hose (Pfeifer und Salz), schwarzen Jagstiefeln, schwarzen, langen Strümpfen, Trittschuh, darüber ein weißes Leinenhemd (gez. F. W.), schwarzem Serviette, und führte einen schwarzen Regenmantel mit silberner Kräfte bei sich. Von den Kleidern sind am 16. Dezember 1905 einige, wie Joppe, Hut, Schirm, am Tegeler See in einem Kahn aufgefunden worden, die Leiche des W. ist jedoch bisher nicht gefunden und wird angenommen, daß der Genannte sich vielleicht anderwärts das Leben genommen hat, oder daß die Leiche vom Wasser fortgetragen worden ist. Personen, welche Angaben zur Sache machen können, werden gebeten, dies der Kriminalpolizei, Zimmer 328, oder einem Polizeirevier zur J.-Nr. 510 IV 37. 06 mitzuteilen. Angenehme Belohnung wird von den Angehörigen gewährt.

Feuertochter. Gestern früh um 3 Uhr hatte die erste Kompanie in der Greifswaldstr. 13 einen Wohnungsbrand zu löschen. In der Greifswaldstr. 20 brannten Möbel und Tischlerstr. 18 Papier usw. Außerdem liefen Alarme aus der Schulendorferstr. 17a und anderen Stellen ein.